

Preussische Allgemeine



Nr. 12 · 25. März 2022

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €

Die verlassenen Kinder von Kiew

Während Millionen Ukrainer vor dem Krieg fliehen, stecken Hunderte von Leihmüttern geborene Babys in der Hauptstadt und andernorts im Land fest **Seite 3**



Glücklos Vor 100 Jahren starb der naive „Friedenskaiser“ Karl I. **Seite 10**



Abgehängt Ein Gespräch mit Reiseveranstalterin Natalia Romanova **Seite 18**

AUFGEFALLEN

Kein Passenzug bei Terroristen

Durch eine Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes schuf der Gesetzgeber im Sommer 2019 die Möglichkeit, Personen mit Doppelpass, die sich an Kampfhandlungen einer terroristischen Vereinigung im Ausland beteiligen, die deutsche Staatsangehörigkeit zu entziehen. Absicht der damaligen Großen Koalition von Union und SPD war es, über diese Regelung eine abschreckende Wirkung auf Sympathisanten von Terrorgruppen wie dem Islamischen Staat (IS) zu entfalten.

Von der Verlustregelung ausgenommen wurden Minderjährige. Auch IS-Kämpfer, die sich bereits im ausländischen Gewahrsam befanden, mussten nicht befürchten, ihren Status als deutsche Staatsangehörige zu verlieren. Auch für andere Terrorunterstützer hat die vor über zwei Jahren auf den Weg gebrachte Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes offenbar bislang keine Auswirkungen gehabt.

Wie ein Sprecher des Bundesinnenministeriums auf Anfrage mitteilte, ist der Bundesregierung kein einziger Fall bekannt, in dem jemand die Staatsbürgerschaft verloren hätte, weil er sich „an Kampfhandlungen einer terroristischen Vereinigung im Ausland“ beteiligt hat. Gar keine Zahlen konnte die Regierung zu den Auswirkungen von zwei weiteren Änderungen des Staatsangehörigkeitsrechts vorlegen: 2019 war auch die Einbürgerung von Ausländern verboten worden, die in Mehrehe leben. Zudem war die Frist für einen Entzug der deutschen Staatsbürgerschaft aufgrund von falschen Identitätsangaben von fünf auf zehn Jahre verlängert worden. **N.H.**

POLITIK

Die Kette von Peinlichkeiten reißt einfach nicht ab

Die von Kanzler Olaf Scholz bei Beginn des Ukrainekriegs ausgerufenen „Zeitenwende“ gerät für Teile der Regierung zur historischen Farce

VON HANS HECKEL

Bundeskanzler Scholz sprach kurz nach Ausbruch des Ukrainekriegs von einer „Zeitenwende“, was wohl ausdrücken sollte, dass er und seine Regierung die Zeichen für den Epochenwechsel verstanden hätten. Ist das so? Bislang jedenfalls reiht sich ein Fauxpas an den anderen. Das lässt nur den Schluss zu, dass die Ampel-Koalition mit der neuen Realität völlig überfordert ist. Schlimmer noch: Dass es den Akteuren schlicht an der geistigen Statur und dem politischen Überblick mangelt, um mit einer wirklichen historischen Herausforderung zurechtzukommen.

Zuletzt war es Wirtschafts- und Klimaschutzminister Robert Habeck, der sich und sein Land blamierte – und seine Partei, die Grünen. Am Persischen Golf begrüßte er den Vertreter Katars mit einer unterwürfigen Verbeugung, die einmal sinnbildlich werden könnte für die Hilflosigkeit der Führung des heutigen Deutschland. Durch seine Partnerschaft mit dem despotischen Emir, die er „großartig“ nannte, entlarvte er das moralische Pathos seiner Partei als Schönwetter-Heuchelei. „Wir Grünen unterscheiden nicht zwischen guten und schlechten Diktatoren“, hatte Habecks Parteifreund, der derzeitige Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir, unlängst noch getönt. Und ob sie das tun!

Begonnen hat die Serie der Peinlichkeiten bekanntlich mit den 5000 Helmen, die Berlin anstelle von Waffen an Kiew liefern wollte. Mittlerweile ist fast untergegangen, dass man gleichzeitig Estland sogar verboten hatte, Feldhaubitzen aus NVA-Beständen an die Ukraine zu übergeben, die Deutschland dem baltischen Verbündeten überlassen hatte.

Beschämende Szenen

Den Höhepunkt des Peinlichen stellte zweifellos das Verhalten des Bundestages nach der Rede des ukrainischen Präsidenten Selenskyj dar. Auf Beschluss der Ampel-Mehrheit ging man bruchlos zur Debatte über die Impfpflicht über. Der historische Moment geriet zur Farce. Warum? Weil „Impfpflicht“ nun einmal auf der Tagesordnung stand. Katrin Göring-Eckardt hatte die Leitung der beschämenden Sitzung. Jene Grünen-Politikerin, die sich gern als Gewissen der Nation ausgibt.

Als Oppositionschef Friedrich Merz die Situation im Plenum noch retten wollte, wurde er von der Ampel niedergestimmt und parteipolitischer Spielchen bezichtigt. Ein vielsagender Vorwurf, zeigt er doch, in welcher Münze jene Leute denken, die ihn in einem solchen Moment erheben. Reue für diese Entgleisung bekundeten die Verantwortlichen erst, als sie die Empörung und Verachtung wahrgenommen hatten, die ihnen für den Fehltritt entgegenschlug.

Woher nur rührt diese Kette des Versagens? Offenbar haben wir es mit einer Generation von Luxuspolitikern zu tun, die sich nur mit Problemen befassen mögen, die sie sich selbst ausgedacht haben und deren „Bewältigung“ ihnen daher auch Spaß macht. Etwa der angeblich unmittelbar bevorstehende Klima-Kollaps, der Kampf gegen „Rechts“ (oder was sie dazu erklären), für das Gendern oder für immer peniblere Sprachregelungen, die unser Denken bis ins tägliche Leben hinein formen sollen nach ihren Vorstellungen.

Innenministerin Nancy Faeser hat die Gefahr von „Rechts“ gerade erst wieder zur „größten Bedrohung der Demokratie“ aufgepumpt, ohne dafür irgendwelche Daten liefern zu können. Warum auch? So wie ihre Kollegen ist sie längst daran gewöhnt, allein auf der Basis von Behauptungen und ohne Rücksicht auf Fakten regieren zu können. Wie Kinder, die sich ihre Welt so machen, wie sie ihnen gefällt.

In deren ideologischen Kokon dringt die Realität schon seit Jahren kaum noch ein. In diesem sich selbst bestätigenden Kreis, den die regierungsnahen Medien nahezu perfekt abgerundet haben, war die „politische Elite“ sicher vor solchen Zumutungen. Zur Not konnten Probleme mit Geld zugeschüttet werden. Doch das reicht plötzlich nicht mehr. „Zeitenwende“? Starke Zweifel sind angebracht, ob Scholz überhaupt begriffen hat, was dieses Wort bedeutet.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Im Schatten der Weltpolitik wählt das Saarland einen neuen Landtag **Seite 4**

Kultur

Das Essener Folkwang-Museum wird 100 Jahre alt. Seine Wurzeln liegen in Hagen **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

Auch die Woiwodschaft Ermland und Masurien nimmt ukrainische Flüchtlinge auf **Seite 13**

Lebensstil

Wie in Brandenburg an der Havel ein Rudel Waldmöpse die Runde macht **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

Gefahr durch ukrainische Kernkraftwerke? Nach einhelliger Meinung sämtlicher Experten besteht sie nur im Umkreis der Anlagen. Trotzdem versucht Kiew mit Alarmismus, eine Intervention des Auslands zu provozieren

„Keine essentiellen Anlagen beschädigt“

Feueregefechte auf dem Gelände von Europas leistungsstärkstem Kernkraftwerk Saporischschja

VON WOLFGANG KAUFMANN

Beurkundend an dem seit Ende Februar tobenden Krieg in der Ukraine ist nicht zuletzt, dass erstmals in der Geschichte Kampfhandlungen im Umfeld von Kernkraftwerken (KKW) stattfinden. Der osteuropäische Staat steht in der Rangliste der weltweit größten Produzenten von Atomstrom an siebter Stelle.

Die Ukraine besitzt insgesamt vier in Betrieb befindliche KKW, die allesamt noch aus Sowjetzeiten stammen: Saporischschja am Dnjepr (Dnipro) nahe der Stadt Enerhodar im Südosten der Ukraine, das mit seinen sechs Reaktoren das leistungsstärkste KKW in ganz Europa ist und eine elektrische Gesamtleistung von 6000 Megawatt hat; Riwna unweit von Warasch im Nordwesten des Landes mit vier Reaktoren; das Kernkraftwerk Süd-Ukraine bei Juschnoukrajinsk südlich von Kiew mit drei Reaktoren und Chmelnyzkyj nahe Netischyn in der Nordwest-Ukraine mit zwei aktiven und zwei im Bau befindlichen Atommeilern.

Vier KKW aus Sowjetzeiten

Alle 15 der aktuell Strom produzierenden Reaktoren sind Druckwasserreaktoren der sowjetischen Modelle WWER V-213, WWER V-302, WWER V-320 und WWER V-338. In diesen wird zur Verlangsamung des Neutronenflusses sowie zur Kühlung ausschließlich Wasser verwendet. Das unterscheidet die WWER-Baureihe von den graphitmoderierten Siedewasserreaktoren vom Typ RBMK. Ein solcher kam unter anderem in dem inzwischen komplett stillgelegten KKW Tschernobyl zum Einsatz und sorgte dort für die folgenschwere Havarie vom 26. April 1986.

Die Kampfhandlungen im aktuellen Ukrainekrieg führten bislang vor allem zu Beeinträchtigungen des Betriebes in Saporischschja. In der Nacht vom 3. zum 4. März gab es Feueregefechte auf dem Gelände dieses KKW. Russischen Meldungen zufolge griffen ukrainische Einheiten die seit dem 28. Februar von russischen Fallschirmjägern besetzte Anlage an. Kiew hingegen behauptet, dass feindliche Panzer herangerollt seien und das Kraftwerk beschossen hätten. Auf jeden Fall geriet nur ein 500 Meter vom Reaktor entferntes Schulungszentrum in

Brand. Nach Angaben der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) wurden bei dem Scharmützel „keine essentiellen Anlagen beschädigt“.

Dennoch sagte der Chef des ukrainischen Energiekonzerns Naftogaz, Jurij Witrenko, später: „In dieser Nacht stand ganz Europa auf der Schwelle zur atomaren Katastrophe.“ Und der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba beschwor das Gespenst eines nuklearen Störfalles „zehnmal größer ... als Tschernobyl“.

Tatsächlich ist es so, dass „Atomkraftwerke nicht für Kriegsgebiete gemacht“ sind, wie James Acton, der Co-Direktor des Nuclear Policy Program der „Denkfabrik“ Carnegie Endowment for International Peace in Washington mit Blick auf die Ukraine bemerkte. Andererseits stecken die WWER-Reaktoren in dicken Beton-Umhüllungen. Die Kerne mit den Brennstäben lagern zusätzlich noch in extrem stabilen Stahlgefäßen. Insofern

wären mehrere direkte Artillerie- oder Raketenstreifer nötig, um eine Wirkung zu erzielen.

Andere Technik als Tschernobyl

Die Achillesferse der Anlagen stellen die Kühlsysteme dar. Diese werden selbst nach dem Herunterfahren der Reaktoren noch benötigt, um die verbleibende und durchaus beträchtliche Restwärme abzuleiten. Wenn es hier zum Stillstand der Pumpen aufgrund von Stromausfällen oder Beschädigungen käme, könnte eine Kernschmelze wie im japanischen KKW Fukushima Daiichi erfolgen. Dort kollabierte nach dem Tōhoku-Erdbeben samt nachfolgendem Tsunami vom 11. März 2011 am Ende auch die Notstromversorgung.

Aber selbst im Falle des Schmelzens des Reaktorkerns ist ein solch dramatischer Strahlungsausbruch wie in Tschernobyl 1986 nicht zu erwarten. Denn da-

mals sorgte der Brand des Graphit-Moderators in dem oben komplett aufgerissenen Reaktor für den Transport radioaktiver Partikel in große atmosphärische Höhen und über weite Gebiete Europas. Darauf verwies unter anderem Clemens Walther, der Leiter des Institutes für Radioökologie und Strahlenschutz an der Universität Hannover.

Zu ähnlichen Einschätzungen kamen das Bundesamt für Strahlenschutz in Salzgitter, der Generaldirektor der IAEO, Rafael Grossi, und der Atomexperte der Umweltschutzorganisation Greenpeace, Heinz Smital. Gefahr bestehe nach einhelliger Meinung sämtlicher Experten nur im näheren Umkreis der ukrainischen KKW. Dessen ungeachtet hätte ein Zusammenbruch der Stromversorgung in dem heftig umkämpften Land aufgrund kriegsbedingter Notabschaltungen der Atommeiler vielerlei fatale Folgen für die Menschen dort.



Die sechs Reaktoren haben eine Gesamtleistung von 6000 Megawatt: Das Kernkraftwerk Saporischschja am Dnjepr Foto: Ralf1969

NACHFRAGESCHUB

Atombunker und Jodtabletten

Die Befürchtung, dass es infolge des russischen Überfalls auf die Ukraine zu einer nuklearen Katastrophe kommen könnte, löste einen Ansturm auf private Atombunker aus. Der technische Leiter der Berliner Firma Bunker Schutzraum Systeme Deutschland (BSSD), Mario Piejde, sagte gegenüber dem Nachrichtenmagazin „Focus“: „Bei uns brechen alle Dämme. Seit Tagen bekommen wir täglich mehr als 100 Anfragen und viele verbindliche Bestellungen.“ Dadurch sei die Firma jetzt bereits bis Ende 2023 ausgelastet. Das Angebot von BSSD reicht von spartanisch ausgestatteten und „nur“ 49.000 Euro teuren Fertigmodulen mit 9,6 Quadratmetern Grundfläche, die im Boden versenkt oder im Garten aufgestellt werden können, bis hin zu mehreren Millionen kostenden Anlagen samt Luxus-Inventar. Auf Wunsch auch gern mit einer 1,3 Tonnen schweren Panzertür, die vor Druckwellen und Radioaktivität sowie direktem Beschuss schützen soll. Dabei profitiert das Unternehmen vom Fehlen öffentlicher Bunker, für das die Bundesregierung verantwortlich ist, der derartige Anlagen zu kostspielig waren.

Aber zumindest hat das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz dafür gesorgt, dass 189,5 Millionen Kaliumjodid-Tabletten bereit liegen, die im Falle eines Nuklearunfalls an die Bevölkerung verteilt werden und die Entstehung von Schilddrüsenkrebs aufgrund der Aufnahme von radioaktivem Jod verhindern sollen. Die Behörden warnen davor, solche Tabletten auf eigene Faust zu kaufen und zu schlucken, denn der gesundheitliche Schaden durch diese Art von „Strahlenprophylaxe“ könnte deutlich größer ausfallen als der Nutzen. Trotzdem verzeichnen etliche deutsche Apotheken eine deutlich verstärkte Nachfrage und daraus resultierende Lieferengpässe. Diese wiederum führen dazu, dass Menschen, die wegen chronischer Schilddrüsenerkrankungen Jodid benötigen, länger auf ihr Medikament warten müssen.

W.K.

TSCHERNOBYL

„Putins barbarischer Krieg bringt ganz Europa in Gefahr“

Der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba warnte vor „Strahlungslecks“, die „unmittelbar bevorstehen“

Das ukrainische Kernkraftwerk Tschernobyl, in dessen Block Vier sich am 26. April 1986 der bislang schwerste Unfall bei der zivilen Nutzung von Atomenergie ereignete, ging im Dezember 2000 außer Betrieb. Seitdem finden auf dem Gelände unweit der nunmehrigen Geisterstadt Prypjat nahe der ukrainisch-weißrussischen Grenze nur noch Demontage- und Sicherungsarbeiten statt. In diesem Zusammenhang wurden auch Abklingbecken errichtet, in denen rund 20.000 abgebrannte Brennelemente der Blöcke Eins bis Drei lagern.

Gleich am ersten Tag des Ukrainekrieges besetzten russische Einheiten die Atomruine sowie die Sperrzone darum.

Hierbei wurde die Datenfernleitung unterbrochen, über welche die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) kontinuierlich Informationen über die Situation in der havarierten Anlage erhielt. Außerdem hinderten die Besatzer das vorgefundene Personal in Tschernobyl am Schichtwechsel, sodass dieses über einen sehr langen Zeitraum Dienst tun musste. Beides führte zu scharfen Protesten der IAEO an die Adresse Moskaus.

Am 8. März kam es infolge der fortwährenden Kämpfe zur Unterbrechung der Stromzufuhr für die Aggregate zur Kühlung des Wassers in den Abklingbecken. Daraufhin wurden dieselbetriebene Notstromgeneratoren in Betrieb genommen.

Der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba warnte vor „Strahlungslecks“ in Tschernobyl, die „unmittelbar bevorstehen“ und fügte hinzu: „Putins barbarischer Krieg bringt ganz Europa in Gefahr.“

Die IAEO äußerte hingegen kurz darauf, dass die Abklingbecken groß genug seien, um die Nachzerfallswärme der alten Brennelemente auch ohne aktive Kühlung abzuleiten, zumal die mit Uranoxid gefüllten Röhren bereits eine vergleichsweise geringe Radioaktivität aufwiesen. Daher sehe man keine „kritische Auswirkung auf die Sicherheit“. Dem pflichteten die Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) in Köln sowie das deutsche Bundesamt für Strahlenschutz

„Radiologische Auswirkungen auf Deutschland sind nach dem Stand der verfügbaren Informationen nicht zu befürchten“

Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit

bei. Letzteres fügte hinzu: „Radiologische Auswirkungen auf Deutschland sind nach dem Stand der verfügbaren Informationen nicht zu befürchten.“

Deutlich ernster würde die Lage aussehen, wenn die Ukraine, wie eigentlich geplant, die Ruine von Tschernobyl als zentrales Zwischenlager für alle strahlenden Abfälle aus den Kernkraftwerken des Landes benutzt hätte.

Die Reparatur der beschädigten Hochspannungsleitung erfolgte am 13. März. Dabei leistete Weißrussland wohl Hilfeleistung. Seither gab es keine weiteren Meldungen aus Tschernobyl, die auf die Möglichkeit eines neuerlichen Atomunfalls hindeuten.

W.K.

Bestellt und nicht abgeholt

Während Millionen Ukrainer versuchen, vor dem Krieg zu fliehen, dürfen Hunderte von Leihmüttern ausgetragene Babys sowie schwangere Leihmütter das Land nicht verlassen. So offenbaren sich die Abgründe eines unethischen Geschäfts

VON BIRGIT KELLE

In der Ukraine herrscht nicht nur Krieg, sondern auch Kinderstau. Hunderte von Neugeborenen warten in Luftschutzkellern von Reproduktionskliniken wie etwa bei Marktführer BioTexCom darauf, von ihren Besteller-„Eltern“ abgeholt zu werden. Diese scheuen zwar nicht das Überschreiten ethischer Grenzen, um mit allen Mitteln der Reproduktionsmedizin und viel Geld an ein Kind zu kommen, aber dann doch das Überqueren realer Landesgrenzen bei Lebensgefahr für sich selbst. Leidtragende des kriegsbedingten Kinder-Lieferketten-Staus sind die Kinder selbst, die nun neugeboren in Plastikkörbchen in Luftschutzkellern von fremden Krankenschwestern versorgt werden, bis jemand sie holt. Die Leihmütter müssen in der Regel mit Kaiserschnitt entbinden und dürfen das Kind nicht stillen, damit keine Bindung zum Kind aufgebaut wird. Das Naheliegendste in dieser Notsituation, dass die Gebärenden ihre Kinder selbst versorgen, darf also nicht passieren, stattdessen bekommen die Kinder Milchfläschchen von Fremden.

Die Kliniken, die dieses lukrative Geschäft mit dem unerfüllten Kinderwunsch weltweiter und häufig homosexueller Paare betreiben, wenden sich nun mit dramatischen Appellen an ausländische Botschaften und Politiker, um Lösungen zur Ausfuhr der Kinder aus dem Kriegsgebiet zu finden. Immerhin hat jedes einzelne Baby zwischen 50.000 und 70.000 Euro gekostet. Somit liegen wahre Schätze in Kiew's Kellern, und es gilt abseits des menschelnden Faktors auch, Verträge zu erfüllen.

Wenn Kinder zur Ware werden

Natürlich muss man diesen Kindern jetzt helfen, sie können wirklich gar nichts für ihre Lage. Allerdings dokumentiert die Situation leider auch sehr anschaulich, wohin es führt, wenn man einmal damit beginnt, Kinder wie Objekte zu handeln. Man kann nur hoffen, dass im Durcheinander des Krieges nicht noch Kinder vertauscht und falschen Eltern zugeordnet werden, und sich daraus noch weit größere Dramen ergeben. Die Bilder aus den Kinderschlafräumen zeigen Klebezettel mit Nummern, die am Bettchenrand mit Pflasterstreifen festgeklebt sind. Alles ein reiner Wahnsinn.

„Helft den Eltern, ihre Kinder zu holen!“ rufen nun manche Zeitungsredaktionen dramatisch. Und wer angesichts der Bilder dieser kleinen Würmchen in ihren Plastikschaalen nicht emotional aufheizt, hat kein Herz. Gleichzeitig bedeutet Unterstützung für diese Eltern juristisch, ihnen bei der Durchführung einer Straftat behilflich zu sein. Muss man jenen helfen, die sich bewusst über die Rechtsordnung ihrer Länder hinwegsetzen und im Ausland das tun, was im eigenen Land verboten ist? Immerhin 15.000 Paare in Deutschland tun dies jährlich. Ungefähr 6000 davon in der Ukraine, die inzwischen zum europäischen Eldorado des Leihmuttergeschäfts mutiert ist. Sicher ist, wir müssen aus humanitären Gründen den Kindern helfen, die Eltern müsste man aber genaugenommen anzeigen.

Aber damit nicht genug: Nicht nur die Neugeborenen, auch Hunderte schwangerer Frauen, die im Auftrag reicher West-Paare gerade Kinder austragen, dürfen nicht ins sichere Ausland flüchten. Allein die Firma BioTexCom spricht von rund 600 Schwangeren. Täglich werden etwa drei Kinder allein bei diesem Unternehmen geboren. Was passiert danach mit den Leihmüttern? Wer sichert ihre medizinische Versorgung nach Kaiserschnitt gerade mitten in Kiew?

Jene, die noch nicht entbunden haben, dürfen das Land nicht verlassen, haben aber oft eine eigene Familie und eigene andere



Kollateralschaden des Krieges und eines sonst kaum beachteten Geschäfts: Neugeborene Babys in einer Kiewer Geburtsklinik

Kinder. Die Kliniken nehmen bewusst Frauen mit Geburtserfahrung unter Vertrag. Sie sind vertraglich gebunden, während der Schwangerschaft auf gesunde Ernährung zu achten, Drogen und Alkohol zu meiden, dürfen aber auch jetzt das Land nicht verlassen, weil sie sich sonst strafbar machen. Oder schlimmer: Weil sie die Kinder, sollten sie im Ausland gebären, eventuell behalten müssen, weil die meisten europäischen Staaten – wie auch Deutschland – Leihmutterchaft unter Strafe stellen. Diese Kinder würden auf deutschem Boden also nicht mehr an die Besteller ausgehändigt werden. Ein Dilemma für alle Beteiligten an diesem Menschenhandel.

So zeigt der Krieg nicht nur die hässlichen Seiten der menschlichen Natur, sondern auch die Fratze dessen, was man in unseren Breitengraden unter dem Begriff „Leihmutterchaft“ subsumiert. Ein verniedlichender Begriff, denn hier wird ja keine Mutter geliehen, sondern eine Frau im wahrsten Sinne des Wortes zum reinen Brutkasten degradiert. Als Mutter will man sie ja explizit gerade nicht.

Das Problem ist nicht neu

Bereits vor fast genau zwei Jahren, während der ersten Corona-Lockdowns, waren ähnliche Problemlagen in der Ukraine entstanden. Durch die weltweiten Reisebeschränkungen gingen auch damals Hunderte von Neugeborenen in der Ukraine fest. Bestellt und nicht abgeholt. Die Kliniken setzten auch damals Hilferufe an ausländische Institutionen ab, immer bemüht, die Balance zu halten zwischen der Dramatik der Lage bei gleichzeitiger Beruhigung der Eltern, dass man alles im Griff habe. Damals bekam man Videos zu sehen von Babywagen-Massen-Räumen, umsorzt von putzig gekleideten Krankenschwestern mit pastelligen Tiermotivleibchen. Doch genau so, wie sich die Bedürfnisse von Neugeborenen nicht mit den „Social distancing“-Regeln einer globalen Pandemie in Einklang bringen lassen, können sie auch nicht

mit bezahlten Krankenschwestern in Luftschutzkellern befriedigt werden.

Das Problem hat jetzt einen anderen Auslöser als vor zwei Jahren, es ist aber in seiner Grundform geblieben und lässt sich einfach zusammenfassen: Leihmutterchaft ist Menschenhandel. Alles, was danach kommt, sind Kollateralschäden, die eben eintreten, wenn man einmal beginnt, Kinder wie Objekte auf dem Weltmarkt zu handeln. Es gilt als Errungenschaft der Zivilisation und weltweite Übereinkunft, dass Organhandel ethisch verwerflich und verboten ist – auch um die Selbstausbeutung armer Menschen zu verhindern. Eine Niere auf dem Weltmarkt zu kaufen wird also kollektiv geächtet. Ein ganzes Kind zu kaufen, wird hingegen unter heterosexuellen und schwulen Promi-Pärchen auch in der Boulevard-Presse zur modernen Form der Familiengründung hochstilisiert.

Wenigstens ist die beschönigende Maske inzwischen deutlicher gefallen als noch vor zwei Jahren. Da die verständlichen Sorgen jener Eltern, die gerade um das Leben ihrer Kinder in Kiew bangen, manche zu allen Mitteln und auch Verzweiflungstaten treibt, sahen sich die ukrainischen Kliniken genötigt, bei Facebook und Co. Klartext zu den potentiellen Eltern zu reden.

Manche von ihnen versuchten nämlich „ihre“ Leihmutter aus der Ukraine ins sichere Deutschland zu holen, bis die wertvolle Brut entbunden ist. Was gut gemeint sein mag, wäre aber illegal, und so warnte BioTexCom die Kundschaft vor diesem Schritt angesichts der Rechtslage in Deutschland. Wörtlich: „Die Leihmutter wird als Mutter gelten und der Versuch der Übergabe des Kindes als Kinderhandel bezeichnet. Sie werden nie als Eltern des Kindes anerkannt.“

Kinder aus dem Katalog

Genau so ist es faktisch: Kinderhandel. Ein Kind wird mit Hilfe von Katalogen und Internetprofilen geplant. Es existieren Katalo-

ge mit dem angepriesenen Erbgut der Eizellspenderinnen, von Haarfarbe bis Augenfarbe und IQ-Wert. Auf den Internetseiten oder ebenfalls in Katalogen können dann die Leihmütter ausgesucht werden. Bewusst werden alleine für diese beiden Faktoren zwei unterschiedliche Frauen benutzt, damit die Leihmutter nicht ihre eigenen Eizellen austrägt und sie somit keinerlei genetische Verwandtschaft zum Kind besitzt. Das soll nicht nur juristischen Auseinandersetzungen nach der Geburt vorbeugen, sollte die Frau das Kind behalten wollen, sondern auch psychologisch eine Bindung zwischen Gebärender und Kind verhindern. Die Schwangere brütet ein fremdes Ei, und man will auch, dass es ihr fremd bleibt.

Man verzeihe die drastische Sprache. Doch wenn Kinder wie ein Auto mit Sonderanfertigungen auf dem Weltmarkt bestellt, bezahlt und dann abgeholt werden, ist wenig Platz für Sentimentalitäten. Es ist inzwischen ein Milliardengeschäft, weswegen sich der Markt zunehmend auch in Europa ausbreitet, nachdem Indien und Asien voranschritten und die USA deutlich teurer sind. Dort muss man mit einer sechsstelligen Summe rechnen. Ausbeutung von Frauen bleibt es aber auf allen Kontinenten.

Junge Frauen riskieren alle Folge- und Nebenwirkungen massiver Hormonbehandlungen, um als Leihmütter zu fungieren, und werden dabei mit für ihre Verhältnisse hohen Summen gelockt. Zum Vergleich: Von den gut 70.000 Euro, die die Besteller in der Ukraine an die Kliniken zahlen, bekommt die Leihmutter selbst um die 10.000 Euro, während sie mit normaler Arbeit durchschnittlich nur rund 300 Euro monatlich erarbeiten könnte. Sie verdient mit einer Geburt also fast drei Jahresgehälter. Für viele Gebärende sind 10.000 Euro also ein Vermögen. Gerade bezahlen sie jedoch möglicherweise nicht nur mit der Ausbeutung ihrer Körper, sondern vielleicht auch mit ihrem Leben dafür.

Perspektiven für Deutschland

In Deutschland ist Leihmutterchaft noch verboten. Das Embryonenschutzgesetz verhindert sowohl Eizellspende als auch Embryonenspende und Leihmutterchaft. Die Betonung liegt auf „noch“, denn die aktuelle Ampelregierung hat sich auf die Fahnen geschrieben, zumindest die sogenannte „altruistische“, oder auch „nicht-kommerzielle“ Leihmutterchaft legalisieren zu wollen. Die blumige Theorie besagt, dadurch, dass kein Geld zwischen Bestellern und Leihmutter fließt, wäre alles nur ein Akt der Nächstenliebe für verzweifte Menschen mit Kinderwunsch und somit eine gute Tat. Gerne bemüht man das Beispiel der Schwester, die für ihre Schwester oder die Mutter, die für Sohn oder Tochter stellvertretend das Kind austrägt. Es bleibt also quasi in der Familie.

Die Realität in der Erfahrung anderer Länder zeigt jedoch: Die altruistische Variante ist nur die Einstiegsvariante und Türöffner für den kommerziellen Markt. Und ganz so nicht-kommerziell ist es auch nicht in der altruistischen Variante, denn selbstverständlich lassen sich die dafür nötigen Fertilitätskliniken dafür fürstlich bezahlen. Die Einzige, die hier zwar das gesamte gesundheitliche Risiko und das Kind trägt, dafür aber rein gar nichts bekommt, ist die Leihmutter selbst.

Aber das nennt sich modern und laut neofeministischer Auslegung „selbstbestimmte weibliche Reproduktionsarbeit“. Welch ein emanzipatorischer Fortschritt.

● Birgit Kelle ist Publizistin und schreibt unter anderem für „Die Welt“, „Focus“ und „The European“. Zuletzt erschien „Nach Normal? Das lässt sich gendern! Gender-Politik ist das Problem, nicht die Lösung“ (FinanzBuch Verlag 2020).
www.birgit-kelle.de

—
So zeigt der Krieg nicht nur die hässlichen Seiten der menschlichen Natur, sondern auch die Fratze dessen, was man in unseren Breitengraden unter dem Begriff „Leihmutterchaft“ subsumiert

MELDUNGEN

Schlappe für Berlin

Leipzig – Das Bundesinnenministerium darf Aufnahmeprogramme für Flüchtlinge, die von den Bundesländern initiiert werden, stoppen. Dies hat das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig am 15. März entschieden. Das Gericht hatte in einer Grundsatzentscheidung über eine Klage des Landes Berlin geurteilt. Berlin wollte im Juni 2020 im Rahmen eines Landesprogramms zusätzlich 300 Immigranten aus dem Flüchtlingslager Moria auf der griechischen Insel Lesbos aufnehmen. Der damalige Innenminister Horst Seehofer (CSU) hatte dem Vorhaben Berlins allerdings seine Zustimmung verweigert, weil er die Bundeseinheitlichkeit nicht gewahrt sah. Wie das Bundesverwaltungsgericht entschied, kann das Bundesinnenministerium tatsächlich seine Zustimmung versagen, um negative Auswirkungen auf den Bund selbst oder andere Bundesländer zu verhindern. Die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts ist rechtskräftig. N.H.

Ethikräte gefordert

Köln – Die Seniorenvertretung Köln-Innenstadt hat in einem offenen Brief an die parteilose Oberbürgermeisterin Henriette Reker unabhängige Ethikräte für private und staatliche Pflegeeinrichtungen gefordert, die verhindern sollen, dass einwilligungsunfähige Sterbende ohne Vormund oder Angehörige noch ein viertes Mal gegen das Coronavirus geimpft werden. Dass es derartige Vorfälle gibt, bestätigte der Vorsitzende der Seniorenvertretung Karl-Heinz Pasch gegenüber der „Kölnischen Rundschau“. Laut Aussage des Pflegepersonals sind hierfür vor allem externe Ärzte verantwortlich, die zum Einsatz kommen, wenn Notfälle auftreten. Manche Mediziner, so Heimtarbeiterinnen, hätten die Vakzine sogar noch verabreicht, als der Tod ihrer Patienten unmittelbar bevorstanden habe. Ein solches Vorgehen sei in keiner Weise gerechtfertigt und erfordere konsequente Gegenmaßnahmen. W.K.

DLR kündigt Partnerschaft

Köln – Wegen des russischen Angriffs auf die Ukraine hat das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) seine Zusammenarbeit mit der staatlichen russischen Raumfahrtbehörde Roskosmos mit sofortiger Wirkung gekündigt. Daraufhin sprach der Roskosmos-Chef Dmitri Rogosin von einem „irreparablen Schaden“ für die bislang guten beiderseitigen Beziehungen. Allerdings soll die Kooperation zumindest im Hinblick auf die Nutzung der Internationalen Raumstation (ISS) fortgesetzt werden, weil diese unter der Ägide der US-Weltraumagentur NASA sowie der europäischen ESA erfolgt. Insofern ist die aktuelle Mission des deutschen Astronauten Matthias Maurer, der gemeinsam mit zwei russischen Kosmonauten und vier US-Astronauten auf der ISS weilte, nicht akut gefährdet. Ein Sprecher Rogosins teilte zur weiteren Verfahrensweise in der Raumstation mit: „Roskosmos hat Partnern nie einen Grund gegeben, an unserer Zuverlässigkeit zu zweifeln.“ W.K.



Wird sie sein Nachfolger als saarländischer Ministerpräsident? Anke Rehlinger und Tobias Hans

Foto: pa

SAARLAND

„Die Zeit ist reif für einen Neuanfang“

Was dafür spricht, dass die SPD aus der Landtagswahl am Sonntag gestärkt hervorgeht

VON PETER ENTINGER

Am vorletzten Mittwoch brandete im saarländischen Landtag fraktionsübergreifend lang anhaltender Applaus auf Oskar Lafontaine. Er hielt seine letzte Rede als Parlamentarier. Mit dem Ende der Legislaturperiode wird der 78-Jährige seine politische Laufbahn beenden. Menschen, die ihm nahestehen, erwarten, dass er dann auch das Parteibuch der Linken zurückgeben wird. Für einstige Weggefährten hat er nur noch Verachtung übrig. „Asoziale“, „Betrüger“, „Kriminelle“ sind seine Bezeichnungen für jenen Teil der Linkspartei, der die Mehrheit an der Saar hält. Mit denen will Lafontaine nichts

mehr zu tun haben und trat eine Woche vor der Wahl aus der Partei aus. Damit schließt sich ein Kreis. Denn mit Lafontaines Vita hängen Aufstieg und Fall der Saar-SPD eng zusammen.

Lafontaine bricht mit der Linken

1985 führte sie der junge Saarbrücker Oberbürgermeister erstmals in der Geschichte des Landes in die Staatskanzlei. Dort blieb die SPD bis 1999. Die damalige Niederlage schreiben viele Sozialdemokraten bis heute ebenfalls Lafontaine zu, der wenige Monate zuvor als Parteichef und Bundesfinanzminister hingeworfen hatte. Sein temporärer Ausstieg aus der Politik und seine spätere Beteiligung an der Gründung der Linkspartei haben die

Saar-SPD ins Mark getroffen. 2009 holte die Linke an der Saar satte 21 Prozent, vor fünf Jahren waren es immerhin noch mehr als zehn. „Die Größe des linken Lagers hat sich eigentlich nicht verändert. Die abgewanderten Wähler kehren seit der Bundestagswahl aber wieder verstärkt zur SPD zurück. Die Linke wird es schwer haben, ohne Lafontaine noch einmal über die Fünf-Prozent-Hürde zu kommen“, sagt der Saarbrücker Politikwissenschaftler Dirk van den Boom.

Anke Rehlinger, stellvertretende Ministerpräsidentin und Wirtschaftsministerin des Saarlandes sowie Vorsitzende und Spitzenkandidatin der Saar-SPD, steht in diesem trockenen Spätwinter auf den Marktplätzen des Landes und lä-

RHEINLAND-PFALZ

Lange Zeit ein Paradies für Oligarchen

Reichen Russen aus dem Umfeld Putins wurden Filetstücke des Landes besonders günstig verkauft

Im strukturell konservativen, aber seit drei Jahrzehnten von SPD-geführten Kabinetten regierten Rheinland-Pfalz wurden russische Oligarchen mit besonders offenen Armen empfangen. Ganze Häuserzeilen Triers wurden in den letzten Jahrzehnten von russischen Oligarchen zwecks Geldwäsche aufgekauft. Filetstücke des Landes wie der altehrwürdige Nürburgring und der Flughafen Hahn wurden zu besonders günstigen Preisen an russische Oligarchen aus dem Umfeld des Präsidenten Wladimir Putin verhöckert. Zwei von ihnen, Viktor Charitonin und Boris Rotenberg, spielten dabei eine besonders wichtige Rolle.

Russlands Oligarchen haben nach dem Zerfall des Kommunismus unter Präsident Boris Jelzin zunächst die Fußball-

clubs gekauft und dann mit dem großen Einfluss der Fanclubs politische Macht gewonnen, die es ihnen erlaubte, ganze Industriezweige und vor allem die lukrativen Rohstoffe wie Erdöl, Gas, Aluminium in die eigene Tasche zu lotsen.

Putin hat seit 1999 mit den Oligarchen einen Deal: Diejenigen die bereit waren, sich aus seiner Politik herauszuhalten, behielten ihre wirtschaftlichen Privilegien; diejenigen, die nicht dazu bereit waren, wie Michail Chodorkowskij, wanderten für Jahrzehnte in Lager nach Sibirien und ihr Vermögen wurde konfisziert.

Russlands Oligarchen konnten sich darauf verlassen, dass sie und ihr Geld in Europas Metropolen willkommen sind. Der russische Angriff auf die Ukraine hat jedoch zu einer politischen Zeitenwende

in der EU geführt. Nun gelten die Oligarchen als Helfer eines Kriegsverbrechers und sollen als solche zur Verantwortung gezogen werden.

Dem russischen Pharmaunternehmer Charitonin gehören 99 Prozent des Nürburgrings. Die renommierte, nach der Nürburg benannte Motorsport-Rennstrecke auf dem Gebiet der Verbandsgemeinde Adenau in der Eifel war 2012 pleitegegangen und wurde daraufhin sehr günstig an den Russen verkauft, ohne Prüfung, wie dieser zu seinem Vermögen gelangt war. Inzwischen studieren Mitarbeiter der rheinland-pfälzischen Landesregierung täglich die neuesten Sanktionslisten und freuen sich derweil noch, dass Charitonin noch nicht darauf steht, was sich jedoch täglich ändern kann.

chelt. „Ja“, sagt sie auf die Frage, ob ihre Partei denn bereit sei, die Große Koalition mit der CDU fortzusetzen, nur unter umgekehrten Vorzeichen eben. „Warum nicht“, antwortet sie auf die Nachfrage, ob sie denn auch für Koalitionen mit FDP und Grünen bereit sei. Inhaltlich bleibt die frühere Kugelstoßerin und studierte Juristin vage. Nur keine Fehler machen, heißt die Devise.

Hans patzt auf Twitter

Die macht der Ministerpräsident schon zur Genüge. Mit 31 Prozent lag die CDU in der letzten Umfrage sechs Punkte hinter der SPD. Es sieht nicht gut aus für Tobias Hans. Der 44-Jährige folgte Annegret Kramp-Karrenbauer im März 2018, als es diese nach Berlin zog. Der Sohn eines früheren CDU-Fraktionsvorsitzenden ist ein Berufspolitiker. Er hat kein abgeschlossenes Studium, keine fertige Ausbildung, nichts. Sein Fach ist die Inszenierung, seine Disziplin die Rede.

Lange verkaufte Hans sich gut, gab den Corona-Mahner in den Talkshows. Er bespielte mehrere Social-Media-Kanäle gleichzeitig und scharte ein Dutzend von Influencern um sich. Manch einer der Altvorderen zog die Augenbrauen hoch. „Er kommt gut an“, hieß es lange.

Doch spätestens seit dem Bundestagswahl-Desaster, als die CDU alle vier Wahlkreise an die SPD verlor, ist aus dem Multimedia-Talent ein Komplett-Ausfall geworden. Die Umfragewerte sind miserabel. Und dann patzte Hans auch noch auf Twitter. Sein Video, in dem er für eine Benzinpreisbremse warb und Geringverdiener bloßstellte, wurde zur Blamage. Er muss hoffen, dass ein Wunder geschieht und die CDU doch noch an der SPD vorbeizieht. Andere Optionen hat er nicht.

Die SPD wirkt homogen

Hans kann noch von Glück sagen, dass die Alternativen im bürgerlichen Lager dünn gesät sind. Die FDP kämpft nach zehn Jahren erstmals wieder mit realen Chancen um den Einzug in den Landtag, aber ihr weitgehend unbekanntes Personaltableau eignet sich nicht als Sammelbecken der Unzufriedenen. Die AfD, die nach tiefgreifenden Zerwürfnissen ohne Landesliste antreten muss, sollte zwar mit Umfragewerten von sechs bis acht Prozent über die drei Wahlkreise ins Parlament einziehen, als Auffanglager für frustrierte CDU-Wähler taugt sie aber ebenso wenig wie die ebenfalls zerstrittenen Grünen.

Die Schwäche der Kleinen ist das große Plus der homogenen SPD. „Die Zeit ist reif für einen Neuanfang“, sagte die 45-jährige Rehlinger in der vergangenen Woche. Es war an dem Tag, an dem Oskar Lafontaine seine letzte Rede hielt.

Anders ist das bei Boris Rotenberg, der nach einem Bericht der Tageszeitung „Trierischer Volksfreund“ sogar einen gemeldeten Wohnsitz in der ältesten Stadt Deutschlands haben soll. Der 65-jährige Milliardär und sein ein gutes halbes Jahrzehnt älterer Bruder Arkadij Rotenberg stehen ganz vorne auf den Sanktionslisten der westlichen Welt. Sie sollen zu einer der reichsten Familien in Russland gehören und sind enge Vertraute Putins, der ebenfalls aus Europas viertgrößter und Russlands zweitgrößter Stadt stammt. Über den Judo, Putins Lieblingssport, sind sie miteinander bekannt geworden. Die Rotenbergs beherrschen den russischen Pipelinemarkt und haben an den beiden Nord-Stream-Projekten kräftig verdient.

Bodo Bost

FLUCHTWELLE

„Wie 2015 – nur ohne den Staat“

Berlin schlägt Alarm wegen Überlastung – Scharfe Kritik an Nancy Faesers Bundesinnenministerium

VON NORMAN HANERT

Tag für Tag kommen im Schnitt etwa 10.000 Flüchtlinge aus der Ukraine in Berlin an. Die deutsche Hauptstadt ist mit dieser Situation ganz offensichtlich überlastet. Vor allem aus den Berliner Bezirken kommen nun Warnungen, dass die Ämter unter der Belastung zusammenbrechen.

Gegenüber dem rbb-„Inforadio“ sagte die Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey bereits am 14. März, dass sich bis dahin schon insgesamt 28.000 Menschen aus der Ukraine bei den Sozialämtern der Bezirke angemeldet hätten. Viele der Kriegsflüchtlinge kommen in Berlin mittellos an, sodass für sie die Beantragung von Sozialhilfe überlebensnotwendig ist. Die Sozialämter sind wiederum auf solche hohen Zahlen überhaupt nicht eingerichtet.

In Neukölln ist der Andrang hilfsbedürftiger Ukrainer sogar so groß, dass das Sozialamt vorübergehend seine reguläre Arbeit, etwa die Hilfe für Obdachlose oder bei der Grundsicherung, aussetzen musste. „Wir schaffen es einfach nicht“, so eine Bezirksmitarbeiterin gegenüber dem Sender rbb. Neuköllns Sozialstadtrat Falko Liecke wählte eine noch drastischere Formulierung: „Wir saufen ab.“

„Müssen doch wissen, wer kommt“

Der CDU-Politiker kritisierte auch die Informationspolitik des Senats und fehlende Strukturen. Liecke sagte: „Wir werden überschüttet mit Fragen, die wir nicht beantworten können. Zum Aufenthaltsrecht, zur Leistungsgewährung, zu Kita- und Schulplätzen und Sprachkursen, zur sozialen Komponente.“ Giffey und ihre Sozialsenatorin Katja Kipping (Linkspartei) haben inzwischen vorgeschlagen, die Auszahlung von sozialen Hilfsleistungen für die Flüchtlinge auf die Jobcenter zu verlagern. Der Schritt würde nicht nur die Sozialämter der Bezirke von Arbeit entlasten, die Aufgabe würde über die Jobcenter faktisch auf den Bund übergehen.

Der Generalsekretär der Bundes-CDU, Mario Czaja, hat dem Bund inzwischen vorgeworfen, Berlin und die vielen ehrenamtlichen Helfer mit der Aufnahme von ukrainischen Kriegsflüchtlingen allein zu lassen. Czaja, der auch Präsident des Deutschen Roten Kreuzes in Berlin



Ruf nach dem Bund: Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey und Sozialsenatorin Katja Kipping (v.l.) Foto: imago/Jens Schickes

ist, sagte: „Die Ehrenamtlichen sagen mir, sie erleben eine Situation wie 2015 – nur ohne den Staat.“ Einen Vorwurf macht er insbesondere dem Bundesinnenministerium unter der Führung von Nancy Faeser (SPD). Laut Czaja überlässt das Ministerium die Arbeit der Erstaufnahme der Ukraine-Flüchtlinge den freiwilligen Helfern.

Der CDU-Bundesvorsitzende Friedrich Merz warf Faeser zudem vor, dass weiterhin zu viele aus der Ukraine geflüchtete Menschen unregistriert nach Deutschland kämen. „Wir müssen doch wissen, wer kommt“, so Merz. Gegenüber dem „Tagesspiegel“ sagte der CDU-Chef weiter: „Ob da zum Beispiel Menschen einreisen, die keine ukrainischen Staatsbürger sind. Ob verdeckt Asylbewerber darunter sind. Und wir müssen sicherstellen, dass Frauen und Kinder, die hier Schutz suchen, nicht von Straftätern mitgenommen werden.“

Inzwischen kommen nicht nur aus Berlin, sondern aus Landkreisen und

Kommunen in ganz Deutschland Rufe nach mehr Engagement des Bundes bei der Versorgung und der Verteilung der Flüchtlinge. Bei einem Gipfelgespräch am 17. März einigten sich Bund und Länder zumindest darauf, dass der Bund die gerechte Verteilung ukrainischer Flüchtlinge in Deutschland in die Hand nehmen wird und auch „personell und materiell“ Hilfe bei der Registrierung leisten wird. Allerdings will die Bundesregierung erst am 7. April beschließen, inwiefern sich der Bund an den finanziellen Belastungen beteiligt.

Weiter große Versprechen gemacht

Ungeachtet der jetzt schon gewaltigen Probleme und dieser zögerlichen Haltung der Ampel-Koalition sicherte die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Reem Alabali-Radovan (SPD), eine unbegrenzte Aufnahmebereitschaft zu: „Deutschland wird allen Menschen Schutz bieten, die aus der Ukraine zu uns fliehen“, so die in Moskau

geborene Staatsministerin gegenüber der Funke-Mediengruppe.

Ob Deutschland diese Zusage tatsächlich einhalten kann, bleibt abzuwarten. Nach Erkenntnissen des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR sind inzwischen zehn Millionen Ukrainer auf der Flucht, knapp 3,4 Millionen von ihnen haben das Land verlassen. Der polnische Grenzschutz geht davon aus, dass seit dem 24. Februar bereits mehr als zwei Millionen Menschen allein nach Polen geflüchtet sind.

Inzwischen kommt aber auch Polen an die Grenzen seiner Aufnahmefähigkeit. Viele Aufnahmezentren und Notquartiere für Flüchtlinge in polnischen Städten sind mittlerweile überfüllt. Zudem kommen nun immer öfter auch Ukrainer über die polnisch-ukrainische Grenze, die keine Verwandten oder Bekannten in Polen haben. Insbesondere Berlin wird sich infolge dessen darauf einrichten müssen, dass in den kommenden Wochen weiterhin Tag für Tag zehntausend Kriegsflüchtlinge in der Stadt ankommen werden.

KOLUMNE

Überfordert

VON THEO MAASS

Am Berliner Hauptbahnhof ist das Scheitern der deutschen und Berliner Flüchtlingspolitik zu bewundern. Obdachlose dort sind keineswegs „nur“ Biodeutsche, deren Schicksal dem rot-rot-grünen Senat Wurscht ist. Die Geflüchteten aus der Ukraine verteilen sich über das ganze riesige Gebäude: Von der Toilette bis zur Sitzbank auf dem Bahnsteig über die windgeschützten Plätzchen auf dem Bürgersteig, überall haben sie sich notdürftig niedergelassen. Die Betreuung der Flüchtlinge ist offenkundig vollkommen unzureichend, die Verwaltung der Hauptstadt mit der Aufgabe komplett überfordert.

Der Aufenthalt kann für die Ukrainerinnen sogar gefährlich werden: Jüngere, gutaussehende Frauen aus der Ukraine erfreuen sich der besonderen Aufmerksamkeit arabisch-orientalischer Asylsucher, die schon länger – konkret seit 2015 – hier sind. Ebenso stellen Menschenjäger aus dem Rotlichtmilieu den Frauen nach.

Zwar herrscht in fast allen Regionen Syriens inzwischen mehr oder weniger Ruhe, weshalb Dänemark – beispielsweise – die Asylsucher von dort wieder in deren Heimat zurückschickt. Aber die Berliner Landesregierung schiebt so gut wie niemanden ab, selbst wenn er nach deutschem Recht ausreisepflichtig wäre, und darauf ist Rot-Rot-Grün sichtbar stolz.

Nun zeigt sich, dass die Decke zu kurz ist. Die Kriegsflüchtlinge aus Osteuropa und die Wirtschaftsimmigranten aus dem Orient sind eben nicht zusammen verkraftbar. Was die Lage noch verschärft: Seltsamerweise treten neuerdings orientalische Asylsucher am Berliner Hauptbahnhof mit ukrainischen Personalpapieren auf. Offenbar ist es kein großes Problem, in der Ukraine an dortige Aufenthaltstitel zu gelangen. Bürokratie und Verwaltung der Ukraine sind offenbar noch nicht auf dem Niveau, das von einem EU- und NATO-Beitrittskandidaten zu erwarten ist. Wenn Ukrainerinnen aus Düsseldorf, Leipzig oder Berlin vor aggressiven Orientalen nach Polen flüchten müssen, damit sie nicht sexuell belästigt werden, sagt das viel über die Berliner Realitäten aus.

MELDUNG

Maßnahmen enden fast alle

Berlin – Berlin hebt zum 1. April 2022 fast sämtliche sogenannten Corona-Maßnahmen auf. Dann gilt wie in anderen Bundesländern nur noch ein sogenannter Basisschutz, der darin besteht, dass eine Maskenpflicht in Bus und Bahn, in Krankenhäusern sowie Pflegeheimen beibehalten wird. Zudem werden in Schulen die Coronatests fortgeführt. Zunächst hatten die mitregierenden Grünen den angekündigten Lockerungen eine Absage erteilt. Allerdings kam zuletzt von dort keine Kritik, sondern Schweigen. Offenbar wollen die Grünen das ohnehin fragile Verhältnis zur SPD und insbesondere zu deren Parteivorsitzender, Berlins Regierender Bürgermeisterin Franziska Giffey, nicht weiter strapazieren. Die SPD könnte nach den Mehrheitsverhältnissen auch mit CDU und FDP regieren. F.B.

RASSISMUS

Welle von antirussischen Hassverbrechen

Brandanschläge, Anfeindungen und sogar Morddrohungen gegen russischsprachige Bürger

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat vor Anfeindungen gegen Russen in Deutschland gewarnt. Steinmeier sagte, der Krieg in der Ukraine sei der Krieg der politischen Führung in Moskau und nicht der russischen Menschen. Das Bundeskriminalamt hat seit Kriegsbeginn eine dreistellige Zahl von politisch motivierten Straftaten registriert, die sich gegen russischsprachige Menschen richten. Allein die Berliner Polizei registrierte in den ersten drei Wochen des Krieges rund 100 Angriffe auf russische Institutionen oder Privatpersonen in der deutschen Hauptstadt. Die Bandbreite der Delikte reicht von Sachbeschädigungen über Beleidigungen, Bedrohungen und Körperverletzungen bis hin zu Brandstiftungen.

Als besonders gefährlich müssen zwei Brandanschläge angesehen werden. In der

Nacht zum 11. März haben Unbekannte mit einem Molotow-Cocktail einen Brandanschlag auf die Internationale Lomonossow-Schule in Berlin-Marzahn verübt. Die Schule ist nach dem russischen Naturwissenschaftler und Dichter Michail Lomonossow benannt. Die staatlich anerkannte Ganztagschule mit gymnasialer Oberstufe bietet in einigen Fächern Unterricht in deutscher und in russischer Sprache an.

Kirche voller Flüchtlinge attackiert

Bei dem Brandanschlag wurde der Eingangsbereich der Schulturnhalle stark beschädigt. Da die Polizei einen Bezug zum Krieg in der Ukraine nicht ausschließen kann, hat in dem Fall der polizeiliche Staatsschutz die Ermittlungen übernommen. Bereits einige Tage zuvor hatte es

ein Feuer an einem Geräteschuppen der Schule gegeben. Bilder einer Überwachungskamera lassen auf einen Einzeltäter als Brandstifter schließen.

Ebenfalls unbekannte Täter warfen in Berlin-Charlottenburg Flaschen gegen die Fenster einer russisch-orthodoxen Kirche. Dabei seien drei Fensterscheiben der Kirche in der Wintersteinstraße beschädigt worden, teilte die Berliner Polizei mit. Menschen seien nicht verletzt worden. Ein besonders abscheulicher Anschlag, denn in dem Gebäude sind derzeit Ukraine-Flüchtlinge untergebracht.

Auch in diesem Fall hält die Polizei wegen des Krieges in der Ukraine eine politisch motivierte Tat für wahrscheinlich. Die Ermittlungen hat deshalb der polizeiliche Staatsschutz im Landeskriminalamt übernommen. Keinen Eingang in

die Statistiken von Polizei und Staatsanwaltschaften finden oftmals die Anfeindungen, die sich gegen das Personal russischer Restaurants richten. Ein betroffener Gastronom, der in Berlin-Kreuzberg das Restaurant „Datscha Kreuzberg“ betreibt, berichtet gegenüber dem Sender rbb allein von 15 Drohanrufen bereits am ersten Tag des Krieges.

Berlins Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey (SPD) äußerte sich inzwischen besorgt darüber, dass sich Menschen russischer Herkunft Anfeindungen ausgesetzt sähen. Wie Bundespräsident Steinmeier hob auch Giffey hervor, man dürfe den Krieg, den Wladimir Putin führe, nicht dem russischen Volk zuschreiben. Es gelte jetzt, Brücken zu bauen und den Feindseligkeiten entgegenzuwirken. N.H.

● MELDUNGEN

Vegan ist auch nicht besser

Gland – Wer auf Fleisch verzichtet, ernährt sich nicht automatisch umweltfreundlicher. Das geht aus der aktuellen Studie des World Wide Fund For Nature (WWF) mit dem Titel „Wasserverbrauch und Wasserknappheit“ hervor. Eine Ernährung ohne jegliche tierische Produkte verschlingt pro Person 45 Kubikmeter Wasser pro Jahr. Vegetarier kommen auf 39 Kubikmeter und Fleischesser auf 29 Kubikmeter. Laut WWF werden nur 18 Prozent des in der Nahrungsmittelproduktion eingesetzten Wassers für die Herstellung tierischer Lebensmittel verwendet. Ein weiteres Problem ist, dass Obst, Gemüse, Nüsse und ähnliches vielfach aus Regionen stammen, in denen Wasserknappheit herrscht. Als ganz besonders schädlich bezeichnet der Umweltverband den Anbau von Mandeln, aus denen man angeblich klimafreundliche vegane Milchsorten gewinnt: Um ein Kilo Mandeln auf den Markt zu bringen, benötigen die Landwirte in den Hauptanbaugebieten 2000 Liter Wasser. **W.K.**

Taliban lauern in Europa

Madrid/Wien – In Spanien haben Ermittlungsbehörden bei einem afghanischen Asylbewerber Fotos, Namen und Daten von zwei Ausbildern des österreichischen Bundesheeres gefunden. Auf den Fotos waren die Soldaten unmaskiert zu sehen. Laut der österreichischen Zeitung „Kurier“ könnten sich damit Angehörige des österreichischen Bundesheeres in Lebensgefahr befinden. Soldaten des österreichischen „Jagdkommandos“ waren im Zuge der „Resolute Support Mission“ in Afghanistan für die Ausbildung einheimischer Sicherheitskräfte im Einsatz gewesen. Laut „Kurier“ ist davon auszugehen, dass die Taliban nach dem Abzug der US-Truppen „Zugang zu allen geheimen Akten des internationalen Einsatzes“ erhalten haben. Die neun österreichischen Soldaten, die als Ausbilder in Afghanistan im Einsatz waren, sollen aufgrund der Bedrohungslage die Ausstellung von Waffenscheinen beantragt haben. **N.H.**

Polen hofft auf EU-Milliarden

Warschau – Das Lob von EU-Ratspräsident Charles Michel für das Agieren der polnischen Regierung in der aktuellen Krise nährt in Warschau Hoffnungen auf die baldige Freigabe blockierter EU-Milliarden. Wegen Kritik an der polnischen Justizreform hält die EU-Kommission 36 Milliarden Euro aus dem Corona-Aufbaufonds für Warschau zurück. Gleichzeitig ist Polen durch den russischen Einmarsch in die Ukraine nun innerhalb der EU in eine Schlüsselstellung gerutscht. Laut dem polnischen Grenzschutz sind mehr als zwei Millionen ukrainische Flüchtlinge ins Land gekommen. Im Streit mit Polen um die Justizreform steht der EU-Kommission durchaus ein Spielraum zur Anwendung der Rechtsstaatsklauseln zu. Allerdings pochen Politiker im EU-Parlament, wie Vizeparlamentspräsidentin Katarina Barley, für ein konsequentes Vorgehen gegenüber der polnischen Regierung. **N.H.**

RUSSLAND-ITALIEN

Italiens Sympathien für Putin

Sowohl linke als auch rechte Politiker wollen an ihren guten Beziehungen zu Moskau festhalten

VON PETER ENTINGER

Matteo Salvini probierte es mit der Flucht nach vorne. Der Anführer der recht-nationalen Lega war an die polnisch-ukrainische Grenze gereist, um Asylsuchende in Empfang zu nehmen. Doch der örtliche Bürgermeister hatte ein T-Shirt dabei, das den russischen Machthaber Wladimir Putin mit der Aufschrift „Russische Armee“ zeigte. Wohl in keinem EU-Land ist das Verständnis für das Vorgehen der Russen so groß wie in Italien. Salvini ist kein Einzelfall, aber für ihn ist die aktuelle Entwicklung äußerst peinlich. 2017 präsentierte er sich mit Putin-Shirt auf dem Roten Platz in Moskau, im gleichen Jahr unterzeichnete er einen Kooperationsvertrag seiner Lega mit Putins Partei. Und heute? „Krieg ist immer schlecht. Wir müssen uns um diplomatische Lösungen bemühen“, sagt er vage.

Ukraine als „NATO-Marionette“

Als Putin vor Jahren seine Truppen auf die Krim schickte, fielen die EU-Sanktionen auch deshalb vergleichsweise milde

aus, weil Italien sich querstellte. 2016 reiste sogar eine italienische Politikerdelegation höchst offiziell auf die Krim, und der damalige Staatssekretär des Außenministeriums, ein Politiker der Fünf-Sterne-Bewegung, bezeichnete die Ukraine damals als Marionetten-Staat der NATO. Das brachte Rom zwar eine scharfe Protestnote durch das transatlantische Bündnis ein, doch die Aufregung in Italien hielt sich in Grenzen.

Dort machte man in Sachen Russland in den vergangenen Jahren stets sein eigenes Ding und macht dies bis heute, auch wenn die „All-Parteien-Koalition“ um Mario Draghi offiziell den Sanktionskurs der EU unterstützt. Im vergangenen Juli, als die Luft zwischen Russland und der EU schon ziemlich dick war, reiste eine Delegation von 16 Spitzenmanagern italienischer Konzerne nach Moskau und traf dort auf Staatschef Putin sowie acht Minister.

„Ich sehe ernsthafte Perspektiven für den Ausbau der Geschäftspartnerschaft zwischen Moskau und Rom etwa im Energiebereich“, schwärmte Putin anschließend. EU-Kreise hatten zuvor bei der Regierung interveniert, damit diese

die Organisatoren um eine Absage bittet. Doch der Erfolg hielt sich in Grenzen. Draghi konnte lediglich dafür sorgen, dass drei Energieunternehmen mit größerer Staatsbeteiligung absagten. „Wir können privaten Unternehmen solch eine Veranstaltung eben nicht verbieten“, teilte er damals lapidar mit.

Seit Jahren ermittelt die italienische Staatsanwaltschaft gegen Unternehmer aus dem Umfeld der Lega, die ein Öl-Geschäft mit Moskau einfädeln wollten, bei dem auch die Rechtspartei profitieren sollte. Experten und Italien-Kenner rät-

seln, woher die Russland-Sympathie kommt, die bei Weitem nicht nur die politische Rechte umfasst.

Der ehemalige Ministerpräsident und Sozialdemokrat Matteo Renzi sitzt im Aufsichtsrat eines italienisch-russischen Unternehmens. Maurizio Landini, Chef des größten Gewerkschaftsbundes Italiens CGIL, der traditionell äußerst links aufgestellt ist, rief zusammen mit dem Verband der ehemaligen Partisanen und Antifaschisten zu einer Demonstration auf. Mehr als 50.000 Personen kamen, und es wurde vor allem gegen die NATO gewettert. Damit lagen die Demonstranten ganz auf der Linie des Staatsfernsehens. Ein Korrespondent des TV-Senders RAI bezeichnete den Angriff auf ein Kernkraftwerk als „Eigen-Sabotage der Ukrainer“. Als es in den sozialen Medien daraufhin zu vehementen Protesten kam, wurde der Mann vorübergehend abberufen. Sonst passierte nichts. Wie auch, wenn die Talkshows am Abend parteiübergreifend mit „Putin-Verstehern“ besetzt sind.

„Krieg ist immer schlecht. Wir müssen uns um diplomatische Lösungen bemühen“

Matteo Salvini
Chef der Partei „Lega“

Geschichte als Grund?

In Italien führt man gerne wirtschaftliche Gründe an. Doch diese sind überschaubar. Das Land exportierte 2021 insgesamt Waren für 750 Milliarden Dollar, davon gingen nur knapp acht Milliarden nach Russland. Für 14 Milliarden kauft Rom dort ein, vorwiegend Gas. Andere Länder haben größere Probleme.

Es hängt wohl eher mit der politischen Geschichte Italiens zusammen. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das Land von zwei Großparteien beherrscht, die unter dem Einfluss der NATO und der Mafia (für viele Italiener sind das übrigens zwei Seiten derselben Medaille) standen. Links von ihnen standen die aus Moskau unterstützten Kommunisten, rechts die Neofaschisten.

Als Anfang der 90er Jahre das politische System zusammenbrach, wurden aus den Kommunisten Sozialdemokraten und aus den Faschisten Konservative. Geblieben ist eine tiefgreifende Ablehnung vor der Einmischung von außen. „Was haben wir mit der Ukraine zu tun?“, fragt Giorgia Meloni, Vorsitzende der rechtskonservativen „Brüder Italiens“, und der Präsident der italienischen Vereinigung der ehemaligen Partisanen und Antifaschisten, Gianfranco Pagliarulo, hält Waffenlieferungen an die Ukraine „für einen großen Fehler“. Sein Rat an die Ukrainer ist so gar nicht kämpferisch: „Sie ergeben sich am besten.“



Matteo Salvini Anfang März in Polen: Przemysls Bürgermeister konfrontiert den Italiener mit dem verdächtigen Putin-T-Shirt

UKRAINEKRIEG

Die heikle Neutralität der arabischen Staaten

Saudis und Vereinigte Arabische Emirate halten sich bei Sanktionen gegen Russland auffallend zurück

Während sich die westlichen Länder bemühen, Russland diplomatisch zu isolieren, wie die Tatsache zeigt, dass die UN-Generalversammlung am 2. März mit überwältigender Mehrheit eine Resolution verabschiedet hat, in der Russland aufgefordert wird, seine Intervention in der Ukraine zu beenden, lavieren die beiden größten Golfmächte gegenüber Moskau weiter. Während die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) und Saudi-Arabien die UN-Resolution unterstützten, hatte Abu Dhabi sich am 25. Februar bei der Abstimmung über einen ähnlichen Text, der dem UN-Sicherheitsrat vorgelegt worden war, enthalten.

Der saudische Kronprinz Mohammed bin Salman hat wissen lassen, dass der Krieg gegen die Ukraine ihn nichts angeht. Trotz Bitten des strategischen Partners USA wollen Saudi-Arabien und die VAE ihre Ölförderung nicht erhöhen, um Russland in die Knie zu zwingen. Sie nahmen nicht einmal den Telefonhörer ab, als US-Präsident Biden versuchte anzurufen.

Verstoß gegen Abkommen von 1945

Dies ist ein klarer Verstoß gegen das Abkommen von 1945 zwischen Ibn Saud und Roosevelt auf der „USS Quincy“. Nach diesem Abkommen sollte Saudi-Arabien die Ölversorgung des Westens garantie-

ren, während der Westen die Existenz der Golfmonarchien garantieren sollte. Zweimal hat der Westen sich daran gehalten, 1979 retteten französische Spezialkräfte die saudische Monarchie in Mekka vor radikalen Moslems, und 1991 befreiten US-Truppen Kuwait von Saddam Hussein. Sollten die Golf-Staaten sich jetzt nicht mehr an diesen Deal halten, steht ihre Zukunft in einer immer radikaleren islamischen Welt auf dem Spiel.

Anders der bisherige Paria unter den Golfstaaten, Katar, der wegen seiner Nähe zu den Muslimbrüdern bislang gemieden wurde. Der amerikanische Präsident wertete Katar zum wichtigsten Nicht-NATO-

Verbündeten der Region auf, nachdem dessen Emir bei einem Besuch in Washington versprochen hatte, die von russischem Gas abhängigen Europäer im Notfall mit Flüssiggas zu versorgen. Auch Ägypten, das neuerdings ebenfalls Gas exportiert, bot sich als Helfer an.

In den Tagen nach Kriegsbeginn hatte der Ölpreis mit über 130 Dollar pro Barrel den höchsten Stand seit 2008 erreicht. Auch wenn der Krieg in der Ukraine gut fürs Geschäft sein mag, löst er in den Nicht-Ölstaaten des Nahen Ostens Sorge aus. In Ländern wie den Libanon oder Ägypten stammt ein Großteil des Getreides aus der Ukraine. **Bodo Bost**

VON NORMAN HANERT

Nachdem der Chiphersteller Intel im vergangenen Jahr den Bau einer europäischen Großfabrik angekündigt hatte, wurde nun bekannt, welcher der Standortbewerber in ganz Europa das Rennen um die Ansiedelung gewonnen hat. Das kalifornische Unternehmen Intel hat sich für Magdeburg entschieden. „In der ersten Phase planen wir Investitionen in Höhe von 17 Milliarden Euro für die Errichtung von zwei brandneuen, einzigartigen Halbleiterfabriken in Magdeburg“, sagte Intel-Chef Pat Gelsinger Mitte März. Später sind bis zu sechs weitere Fabriken geplant. Mit der angekündigten Summe stellt Intels „Megafab“ eine der größten Investitionen in Deutschland der letzten Jahre dar.

Intel will in Sachsen-Anhalt zum einen Prozessoren und Grafikchips herstellen, die unter der eigenen Marke verkauft werden. Zugleich will das Unternehmen aber auch im Rahmen der Intel Foundry Services als Auftragsfertiger für Drittkunden tätig sein. Nach Informationen, die der Wirtschaftsnachrichtendienst Bloomberg aus Kreisen erhalten hat, die mit der Finanzierung vertraut sind, wird der deutsche Steuerzahler über fünf Milliarden Euro an Fördergeldern zu dem Projekt beisteuern. Intel will nach eigenen Angaben mit seiner Mega-Fab in Sachsen-Anhalt 3000 dauerhafte Arbeitsplätze in der Chipfertigung schaffen.

Fünf Milliarden Euro vom Staat

Laut Gelsinger war Magdeburg im Rennen der vielen Standortkandidaten „am Ende klar vorn“. Laut Intel-Operations-Vorstand Keyvan Esfarjani hat das Unternehmen mehr als 80 potenzielle Standorte in ganz Europa geprüft. Letztendlich waren Faktoren wie die Verfügbarkeit von Infrastruktur wie etwa eine gute Anbindung an vorhandene Logistikinfrastruktur ausschlaggebend für Magdeburg.

Weitere Faktoren bei der Auswahl seien der Wille und die Fähigkeit gewesen, den großen Bedarf der beiden Chipfabriken an Fläche und Wasser zu decken. Intel legt zudem Wert auf eine Versorgung mit Ökostrom. Nicht zuletzt auch das Vorhandensein qualifizierter Arbeitskräfte sei ein Faktor gewesen, der für Magdeburg gesprochen habe. In Deutschland hatten sich auch Schwerin sowie Standorte in Bayern und Sachsen Hoffnungen auf die Ansiedelung der Großfabrik Intels gemacht.

Nach Angaben von Thomas Horn, dem Chef der Wirtschaftsförderung Sachsen (WFS), hat der Freistaat im Wettbewerb der Standorte „die Silbermedaille bekommen“. Bei ihrer Bewerbung hatten die Sachsen nicht Dresden vorgeschlagen, wo bereits Bosch, Infineon und Globalfoundries



So soll sie aussehen: Die von Intel in Magdeburg geplante 17-Milliarden-Euro-Investition

Foto: Intel

SACHSEN-ANHALT

Intel hat sich für Magdeburg entschieden

Das US-Unternehmen will für 17 Milliarden Euro „zwei brandneue, einzigartige Halbleiterfabriken“ in der Landeshauptstadt errichten

dries Chipfabriken betreiben, sondern ein Areal bei Leipzig. Grund war offenbar der immense Flächenbedarf für die beiden Mega-Fabriken Intels. Nach der Entscheidung der Kalifornier für einen Standort in Sachsen-Anhalt hoffen die Wirtschaftsförderer in Sachsen, mit anderen Chipproduzenten ins Geschäft zu kommen.

Tatsächlich ist Intel nicht der einzige große Elektronikonzern, der plant, seine Halbleiterproduktion hochzufahren und die Produktion im Zuge sogenannter Resilienz-Programme unabhängiger von Fabriken in Asien zu machen. Bereits vergangenes Jahr berichteten Branchenmagazine, das taiwanische Unternehmen TSMC, der weltweit größte unabhängige Auftragsfertiger für Halbleiterprodukte, wolle in Dresden und im japanischen Kumamoto große Chipfabriken aufbauen. Auch der

südkoreanische Samsung-Konzern, nach Intel die Nummer 2 unter den Halbleiterherstellern, soll Pläne für neue Werke in Europa haben.

3000 Arbeitsplätze

Bei diesen Bemühungen der Branchenriesen Intel, Samsung und TSMC spielen mehrere Faktoren eine Rolle. Wie die Versandhändler, gehören die Chiphersteller zu den Branchen, die gestärkt aus der Corona-Pandemie hervorgehen. Allein schon der Umstand, dass Pandemie-bedingt weltweit mehrere Hundert Millionen Arbeitnehmer schlagartig begannen, ihrer Büroarbeit von daheim zu verrichten, hat die Nachfrage nach Computern unversehens steigen lassen. Auch die Autobauer verbauen immer mehr Halbleiterelektronik in ihren Fahrzeugen.

Dazu gekommen ist bei den Chipherstellern ein Bewusstsein für die Anfälligkeit von Lieferketten und zunehmend auch für geopolitische Gefahren. Ein besonders hohes Risiko für die Weltwirtschaft stellt insbesondere der Konflikt zwischen der Volksrepublik China und Taiwan dar. Bei einer Eskalation besteht die Gefahr, dass der taiwanische Chiphersteller TSMC im Falle einer festlandchinesischen Invasion entweder durch Kriegsbeschädigungen ausfällt oder unter die Kontrolle Pekings gerät. Die Auswirkungen wären in beiden Fällen sehr weitreichend. Die Chips des weltgrößten Auftragsfertigers TSMC werden in zahlreichen Produkten verbaut, so in Mobiltelefonen, Rechnern und Autos. Die Taiwanesen sind Technologieführer bei der Herstellung von Chips.

UKRAINE

Chinas Brückenkopf in Europa

Seit 2019 ist das Reich der Mitte der größte Handelspartner des osteuropäischen Landes

China dürfte den russischen Einmarsch in die Ukraine mit größtem Argwohn verfolgen, denn das osteuropäische Land ist ein wichtiger Brückenkopf und Kooperationspartner des Reiches der Mitte auf dem europäischen Kontinent. Durch seine Kontakte zu Kiew gelangte Peking nach dem Zerfall der Sowjetunion in den Besitz sowjetischen Kriegsgerätes. So stammte Chinas erster Flugzeugträger „Liaoning“, die vormalige „Warjag“, aus der Ukraine. Letztere exportierte ab 1991 mehr als 30 Arten hochwertiger Militärtechnik nach China, darunter weitere große Marinesysteme, Transportflugzeuge, Düsen- und Raketentriebwerke, Panzermotoren sowie Luft-Luft-Raketen. Peking wurde dadurch zum größten ausländischen Kunden der ukrainischen Wehrindustrie.

Doch beschränkte sich die Zusammenarbeit nicht nur auf Waffenhandel. Im Jahr 2000 unterzeichneten die Volksrepublik und die Ukraine erste zivile Kooperationsabkommen. Dem folgte 2011 die Ankündigung „strategischer Partnerschaften“ auf den Gebieten Wirtschaft und Handel, Luft- und Raumfahrt, Wissenschaft und Technologie, Kultur, Bildung sowie Gesundheit. Außerdem trat die Ukraine 2017 der chinesischen Belt-and-Road-Initiative bei, welche die Schaffung einer „Neuen Seidenstraße“ zum Ziel hat.

Aus der wirtschaftlichen Annäherung resultierte die Vergabe zahlreicher Aufträge an chinesische Firmen. 2016 baute der Staatskonzern China Oil and Foodstuffs Corporation (COFCO) ein Getreide- und Öl-Terminal im Hafen von Mykolajiw.

2017 wurde vereinbart, dass die China Pacific Construction Group (CPCG) die Erweiterung der U-Bahn in Kiew übernimmt. 2020 ermächtigte die ukrainische Führung den Telekommunikationsriesen Huawei, sowohl die Cyberabwehr als auch die Cybersicherheit im Lande zu verbessern. Im Jahr darauf erging der Auftrag an die China Longyuan Power Group, einen Windpark in der Schwarzmeerstadt Juschne zu errichten.

Seit 2019 ist China der größte Handelspartner der Ukraine und verdrängte Russland auf Platz 2. 2021 betrug das Handelsvolumen zwischen Peking und Kiew 18,98 Milliarden US-Dollar. Das ist eine Steigerung um 80 Prozent seit 2013.

Das Reich der Mitte entwickelte sich in den letzten Jahren zum größten Importeur ukrainischer Gerste. Ein Drittel der

chinesischen Mais-Einfuhren in den Jahren 2020 und 2021 stammte aus dem osteuropäischen Land. Weiterhin bezieht China erhebliche Mengen von Sonnenblumenöl und Eisenerz aus der Ukraine. Im Gegenzug werden vor allem Konsumgüter und Maschinen geliefert.

Peking dürfte also sehr an stabilen Verhältnissen in der Ukraine interessiert sein. Zum einen, damit es weiterhin dringend benötigte Güter erhält, zum anderen, weil die Realisierung der „Neuen Seidenstraße“ sonst zu stocken droht. Verzögerungen könnten nicht nur aus den aktuellen Kriegshandlungen, sondern auch aus einem Regierungswechsel in Kiew resultieren, denn dann stünden wohl Neuverhandlungen über begonnene Infrastrukturprojekte oder Kündigungen von Aufträgen an. *Wolfgang Kaufmann*

MELDUNGEN

Schock für Unternehmer

Potsdam – Mögliche Rückforderungen von Corona-Soforthilfen durch die Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) haben zu einer Verunsicherung von Kleinunternehmern geführt. Viele Unternehmer, die im Jahr 2020 Empfänger von Soforthilfen waren, haben seit Jahresbeginn Briefe der ILB erhalten, in denen die Antragsteller zu einer Abrechnung aufgefordert wurden, wie sie das Fördergeld verwendet haben. Als Teil der Förderung sollen nur laufende Betriebskosten anerkannt werden, nicht aber Personalkosten oder die Verwendung der Hilfen für den eigenen Lebensunterhalt. Brandenburg hatte kurz nach dem Lockdown im März 2020 besonders schnell Soforthilfen zur Verfügung gestellt, die Förderrichtlinien aber nach wenigen Tagen geändert. Aus Sicht der Oppositionsparteien hat die Landesregierung dieses Vorgehen schlecht kommuniziert und die Unternehmer dadurch in eine Misere gebracht. *N.H.*

Minister für Verlängerung

Düsseldorf – Der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart (FDP) hält es für grundsätzlich möglich, die Laufzeit der drei noch in Betrieb befindlichen deutschen Kernkraftwerke Isar 2, Neckarwestheim 2 und Emsland über den 31. Dezember 2022 hinaus zu verlängern. Wenn die Bundesrepublik künftig kein russisches Gas mehr beziehen wolle, brauche sie Alternativen. 2019 sei wegen der geringen Restlaufzeit auf die turnusmäßige Zehn-Jahres-Überprüfung der Kernkraftwerke verzichtet worden. Die könne man jetzt aber nachholen und somit den Betrieb bis Ende 2029 garantieren. Das lohne sich auch aus ökologischer Sicht: „Verzichten wir auf die Kernenergie, bleibt uns eigentlich nur die Kohle und dann haben wir es mit den höheren Emissionen zu tun.“ Der Laufzeitverlängerung stehen allerdings Personalmangel, bereits begonnene Rückbaumaßnahmen und fehlende Kernbrennstäbe entgegen. Zudem gibt es massive Sicherheitsbedenken. *W.K.*

Grüne im Boykotteifer

München – Das holzverarbeitende Unternehmen Ilim Timber Germany wehrt sich gegen einen Boykottaufruf, der am 2. März auf der Internetseite der bayerischen Landtagsfraktion der Grünen veröffentlicht worden war. Deren Vorsitzende hatte vor dem Hintergrund des Ukrainekrieges gefordert, „dass der Freistaat mit seinen Staatsforsten, die den bayerischen Bürgerinnen und Bürgern gehören, keine Geschäfte mehr mit russischen Unternehmen“ machen soll. Namentlich genannt wurde dabei Ilim Timber in Landsberg am Lech. Als Reaktion verwies das Unternehmen darauf, dass die Ilim Timber Germany und die Ilim Timber Bavaria GmbH deutsche Gesellschaften und keine Tochtergesellschaften eines russischen Konzerns sind. Nach Unternehmensangaben unterhalte man auch keine Lieferanten- oder Kundenbeziehungen mit russischen Unternehmen. *N.H.*

ANALYSE

Deutungen eines Krieges

RICHARD DREXL

Die Zeichen mehren sich, dass Wladimir Putin sich mit seinem Angriff gegen die Ukraine verzockt hat. Der verzweifelte Mut der Ukrainer ist mit den Mitteln der russischen Armee nur schwer zu brechen. Jeder Tag des ukrainischen Standhaltens ist eine Niederlage für die Russen. Zwar ist der Osten besetzt und die Schwarzmeerküste bis vor Odessa eingenommen, darüber hinaus wurden aber kaum Geländegewinne erzielt.

Woran kann das liegen? Ist das Operationsziel erreicht, oder geht nichts mehr? Für finale Erkenntnisse ist es zu früh, doch schälen sich immer deutlicher bemerkenswerte Tendenzen heraus:

- Die Ukraine umfasst ein Gebiet von etwa 600.000 Quadratkilometern. Der numerische Kräfteansatz bei Kriegsbeginn wird auf bis zu 200.000 Angreifer geschätzt. Setzt man bis zu drei „Unterstützer“ auf einen Frontkämpfer an, bleiben über den Daumen 60.000 Kämpfer zur Eroberung riesiger Gebiete. Selbst wenn nur Schlüsselregionen erobert werden sollten, wäre dies ein unzureichender Kräfteansatz gewesen.

- War der Eindruck einer modernen russischen Armee irreführend? Möglicherweise auch für Zar Putin? Für Militärparaden und bilderstarke Manöver hat es gereicht, ein Angriffskrieg mit Superwaffen ist bisher nicht zu beobachten.

- Die mit etwa 14 Milliarden US-Dollar bezifferte Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe der USA für das ukrainische Militär wirkt. Gezielter Waffeneinsatz, sichere Kommunikation, Nachtsicht- und Radargeräte sowie eine brauchbare Militärmedizin ergeben eine halbwegs tragfähige Basis für die Kampfführung.

- Insbesondere schulergestützte Flug- und Panzerabwehrwaffen setzen den Russen zu. Sie verfügen offenbar über keine tauglichen Abwehrmittel gegen Stinger- und Javelin-Lenkflugkörper.

- Wie bereits in Armenien dürften auch türkische Drohnen eine Rolle spielen. Für sie wird keine große Infrastruktur benötigt, mit ihnen kann überraschend zugeschlagen werden. Für geländekundige Verteidiger eine ideale Waffe.

- Aktuelle Informationen über die Feindlage von NATO-Geheimdiensten dürften den Ukrainern gezielte Gegenschläge ermöglichen.

- Bilder von aufeinander gefahrenen und zerstörten Panzergruppen inmitten

von Siedlungsgebieten werfen Fragen zur Angriffstaktik auf. Die gewässerreiche Geographie zwingt die Angreifer oft auf befestigte Straßen, was die Bekämpfung ihrer Konvois erleichtert. Zweifel an den operativen Fähigkeiten des russischen Generalstabs zur koordinierten Gesamtkriegsführung werden laut.

- Russland leidet bis heute an einer kollektivistischen Prägung. Jede Armee tut sich schwer, die das Wort Auftrags-taktik nicht buchstabieren kann und den Kommandeuren wenig Entscheidungsspielraum lässt. Militärischer Dilettantismus paart sich stellenweise mit Brutalität. Unmotivierte und uninformierte Wehrpflichtige sind einer taktisch wenig versierten, um nicht zu sagen inkompetenten Führung ausgesetzt.

- Erstaunliche Unfähigkeit zum Gefecht der verbundenen Waffen: Panzer gehen ohne Infanterieunterstützung vor, Bodentruppen erhalten kaum Deckung aus der Luft. Versorgungsprobleme an Treibstoff, Munition und Verpflegung passen ins Bild.

- Nicht zuletzt spielen auch die modernen Medien eine gewichtige Rolle, Bilder brutaler Angriffe auf die Zivilbevölkerung machen die Runde. Wer das sieht, greift automatisch zur Waffe. Wolodimir Selenskyj weiß sich der neuen Möglichkeiten perfekt zu bedienen.

Zudem macht sich offenbar ein Personaltausch des ukrainischen Präsidenten bezahlt. Der Chef der Streitkräfte wurde 2021 durch den jungen General Saluschni ersetzt. Nicht in der Sowjetunion ausgebildet, orientiert an westlicher Kampftaktik, zog dieser Lehren aus den Fehlern der Ukraine bei der Annexion der Krim 2014. Die Armee wurde in kleine autonome Kampfverbände umgegliedert, was sich beim Verzögerungskampf und der Ortsverteidigung als handfester Vorteil erweist.

Es ist bei Weitem zu früh für einen Abgang auf die Russen, allein in Anbetracht von deren materieller Materialüberlegenheit. Die Ukrainer aber kämpfen um ihre Heimat, sie beschützen Haus und Hof gegen das übergriffige Bruder-volk. Ihre Motivation ist die Bewahrung des Erreichten, das russische Joch steht auch aus historischen Gründen in einem denkbar schlechten Ruf. Die Freiheit erweist sich als überaus starke Triebfeder, dafür setzen die Verteidiger ihr Leben aufs Spiel. Wofür es sich zu kämpfen lohnt, bedarf keiner Erklärung.



Jüngstes Beispiel eines Sozialstaats an der Leistungsgrenze: Gedränge vor einer Aufnahmeeinrichtung in Berlin

LEITARTIKEL

Staat auf Kante

RENÉ NEHRING

Es gibt nicht viel, was der deutschen Politik in diesen Tagen gelingt. Wo man auch hinschaut, sind nicht nur zum Fremdschämen agierende Politiker zu sehen, sondern vor allem auch Mängel an Personal, Material und sonstigen Ressourcen.

Es liegt ja nicht nur die deutsche Sicherheitspolitik in Trümmern, die nach dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ die eigenen Streitkräfte so weit herunterwirtschaftete, dass diese zur Landesverteidigung nicht mehr fähig und noch nicht einmal mehr in der Lage sind, einer bedrohten Nation wenigstens ein paar veraltete Waffen zu überlassen.

Auch der Sozialstaat kann die ihm gestellten Aufgaben nicht mehr erfüllen. So hat Deutschland, das 2015/16 noch weit über anderthalb Millionen Immigranten aufnehmen konnte, heute Mühe, ein paar hunderttausend Ukrainern wenigstens eine angemessene Notunterkunft zu geben. Der Grund: Anders als von Politik und öffentlich-rechtlichen Medien suggeriert, fand die große Mehrheit der damals zu uns Gekommenen nicht in den Arbeitsmarkt und ist somit bis heute Empfänger üppiger Sozialleistungen. In der Folge sind nun, da sich eine weitere Flüchtlingswelle auf Deutschland zubewegt, die Aufnahmekapazitäten ausgereizt und die zuständigen Behörden überfordert.

Desolat ist auch die Lage der öffentlichen Finanzen. Jahrzehntlang haben Politiker fast aller Parteien nicht nur den Sozialsektor im eigenen Land mit Milliardenbeträgen gefüttert, sondern mit Dauersubventionen sowie fragwürdigen Rettungspaketen für finanziell schwache Staaten der Eurozone auch dafür gesorgt, dass diese ihre eigenen Haushalte nie in Ordnung bringen mussten und (zum Beispiel bei den Renten) ihren Bürgern sogar üppigere Sozialleistungen ermöglichen können als Deutschland.

Gepöppelt werden in Deutschland hingegen mit üppigen Subventionen und staatlichen Verordnungen gegen etablierte Wirtschaftszweige seit Jahren Branchen wie die Erneuerbaren Energien und die Elektromobilität. Deshalb können es sich diese leisten, den Bürgern ihre Produkte und Leistungen zu deutlich höheren Preisen zu liefern als die bisherigen Anbieter. Im Ergebnis zahlen die Deutschen den teuersten Strom der Welt, und auch die Kosten für die Mobilität kennen nur eine Richtung – nach oben.

Parallel zur Unterstützung ineffektiver Wirtschaftsbereiche hat die Politik in den letzten rund 25 Jahren leistungsfähige und effektive Branchen wie die Kernenergie und die Automobilwirtschaft entweder trockengelegt oder an die Leine gelegt. Zu den überbelegten Preisen kommt so, dass vieles in diesem Land ganz praktisch einfach nicht mehr funktioniert, weil es auf

Maßstäbe wie Qualität, Profit und Effizienz schon lange nicht mehr ankommt.

Immense Probleme zeichnen sich auch in der Agrarpolitik ab: Während die Europäische Union jahrzehntlang Prämien für die Stilllegung von Anbauflächen zahlte, ging die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe dramatisch zurück: von 904.000 Mitte der 1970er Jahre in der alten Bundesrepublik auf nur noch 263.000 im vereinten Deutschland Ende 2020. Das war – zumindest für die Versorgungssicherheit der Verbraucher – solange kein Problem, wie auf den internationalen Agrarmärkten Getreide und Kartoffeln, Fleisch- und Milchprodukte eingekauft werden konnten. Wenn nun mit der Ukraine einer der weltweit größten Erzeuger von Weizen ausfällt, drohen den Verbrauchern nun wahlweise eine Lebensmittelknappheit und/oder ein dramatischer Anstieg der Lebensmittelpreise.

Diese und ähnliche Beispiele beschreiben keine Naturereignisse, sondern die Folgen einer Politik, die angesichts einer langen Friedenszeit und eines langen ökonomischen Aufschwungs glaubte, die Grundlagen dieses Erfolgs ignorieren und stattdessen ideologische Projekte verfolgen zu können. Heute zeigt sich, dass Deutschland in vielen Bereichen von der Substanz lebt. Und es zeigt sich, dass die von Kanzler Scholz angekündigte „Zeitenwende“ nicht nur auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik fällig ist.

PORTRÄT

Der Kopf des Erfolges

Die Schlagkraft der ukrainischen Armee hat die Welt überrascht. Am meisten vermutlich die russischen Angreifer, die offenbar einen schnellen Durchmarsch und Sieg binnen weniger Tage erwartet hatten. Der Kopf hinter der verblüffend kampfkraftigen Armee der Ukraine heißt Waleri Saluschni.

Der zweifache Vater wurde erst im vergangenen Juli zum Oberkommandierenden der ukrainischen Streitkräfte ernannt. Mit 48 Jahren für den Posten noch recht jung ist Saluschni der erste in seiner Position, der seine militärische Laufbahn nicht mehr in der Sowjetarmee begonnen hat. Darauf basiert nach Einschätzung von Experten ganz wesentlich sein Erfolg.

Bei der Besetzung der Krim 2014 traf die russische Armee kaum auf nennenswerten Widerstand. Ein Grund lag darin, dass die Struktur der ukrainischen Streitkräfte noch stark sowjetisch geprägt war, das heißt: sehr zentralistisch. Wenn aus

Kiew kein Befehl kam, kämpfte die Truppe vor Ort auch nicht. Manche Soldaten liefen sogar zu den Russen über.

Seitdem haben sich Befehlsstruktur und Mentalität stark verändert. Mit Saluschnis Amtsantritt wurde diese grundlegende Wende gleichsam abgeschlossen. Zudem diente der neue Armeechef seit 2014 ununterbrochen an der umkämpften

Grenze zu den russischen Separatistengebieten in der Ost-Ukraine, verfügt also über reichlich konkrete Fronterfahrung.

Bis Kriegsausbruch wurden zudem 10.000 ukrainische Offiziere von NATO-Ausbildern geschult. Saluschni beförderte den Erwerb westlicher Waffentechnik und führte oft gemeinsame Manöver mit britischen und US-amerikanischen Truppen durch. Die Befehlsstruktur entspricht nunmehr westlichen Standards mit weit mehr Entscheidungsfreiheit auf den unteren Ebenen. Das erlaubt es den Truppenteilen, deutlich flexibler auf die Herausforderungen eines vergleichsweise chaotischen Frontverlaufs zu reagieren.

Damit steht Waleri Saluschni für eine Armee, die in Mentalität und Struktur im Grunde genommen bereits eine NATO-Streitmacht geworden ist, ohne dem Bündnis formal anzugehören. Gleichwohl strebt Kiew nach wie vor nach einem Beitritt zum Bündnis. *H.H.*

Oberkommandierender der ukrainischen Armee: Waleri Saluschni
Foto: Ukrainische Regierung

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehlmarmstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021:

Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

Freyas wahre Heimstatt

Das Essener Folkwang-Museum wird dieses Jahr 100 Jahre alt. Aber eigentlich ist es 20 Jahre älter und hat seine Wurzeln in Hagen

VON SIEGFRIED SCHMIDTKE

In diesem Jahr blickt das Folkwang-Museum in Essen auf eine 100-jährige Geschichte zurück. Tatsächlich ist das Folkwang-Museum aber bereits 120 Jahre alt. Karl Ernst Osthaus, ein betuchter Bankiers- und Industriellen-Sohn, gründete es nämlich bereits im Jahr 1902 – allerdings nicht in Essen, sondern in der Industriestadt Hagen in Westfalen.

Karl Ernst Osthaus (1874–1921) war gerade mal 28 Jahre alt, als er im Juli 1902, nach dreijähriger Bauzeit, das Folkwang-Museum in seiner Heimatstadt Hagen eröffnete. Im gleichen Jahr starb sein Vater, und der Halbweise – die Mutter starb bei seiner Geburt – wurde zum Vollwaisen. Eine Kunstsammlung aufbauen und dann auch noch ein Museum gründen war dem jungen Studenten nur möglich, weil er 1896 nach dem Tod seiner Großeltern drei Millionen Mark geerbt hatte. Heutiger Wert: rund 60 Millionen Euro.

Ein Besuch im Kopenhagener Thorwaldsen Museum animierte ihn, Kunstgeschichte zu studieren. Das tat er in Berlin, Straßburg und Wien. In Bonn besuchte er zudem zwei Semester lang naturwissenschaftliche Vorlesungen. Zwischendurch immer wieder Reisen, nach Dänemark, Russland, Österreich-Ungarn, Griechenland bis hin nach Nordafrika und in den Orient. Einen Studienabschluss hatte er deswegen verschoben.

Durch das stattliche Erbe wohlhabend geworden, erwarb Osthaus 1897 von Düsseldorf Künstler erste Bilder für seinen großen Plan: ein Museum in seiner Heimatstadt Hagen. So etwas gab es in der Industrie- und Arbeiterstadt am südöstlichen Rand des Ruhrgebiets bis dato nicht. Stattdessen „rauchende Schloten“ der vorherrschenden Kohle- und Stahlindustrie, viel „Maloche“ und wenig Kultur.

Der junge, vermögende Kunstmäzen wollte die öde Industrieregion mit Kunst und Kultur beleben. Das geplante Museum sollte Begegnungen mit den Schönen Künsten ermöglichen, ein Treffpunkt sein



Prominenz in Hagen: Der kanadische Musiker Bryan Adams vor seinen Fotoporträts in der aktuellen Ausstellung im Osthaus-Museum

für Bürger jeden Standes. Eine durchaus ungewöhnliche, vielleicht schon revolutionäre Idee im ausgehenden 19. Jahrhundert. Nicht weniger Aufsehen erregend war wohl auch eine Aussage von Osthaus, dass „ohne die Mitwirkung der Kunst ... die wichtigsten Fragen des Lebens unlösbar“ seien.

Die Göttin der Schönheit

Den Namen Folkwang fand Osthaus in der altnordischen Mythologie. Dort wird die Heimstätte von Freya, der germanischen Göttin der Schönheit und der Liebe, Folkwang genannt. „Folkwang“, sagte Osthaus, „ist die Einheit aller Künste.“

Den Architekten seines Vertrauens fand der Mäzen in Carl Gerard aus Berlin. 1899 begannen die Bauarbeiten für das

Museum nahe der Innenstadt von Hagen. Um die Innenausstattung kümmerte sich ab 1900 der belgische Künstler Henry van de Velde, den Osthaus ein Jahr zuvor in München kennengelernt hatte. Am 9. Juli 1902 wurde das Folkwang-Museum in Hagen als weltweit erstes Museum für zeitgenössische, das heißt moderne, Kunst eröffnet.

Osthaus erwarb in den folgenden Jahren Kunstwerke vor allem der Expressionisten, die damals noch nicht en vogue waren und in deutschen Museen wenig bis gar nicht gezeigt wurden. Bilder von Gauguin, Munch, Rousseau, Nolde, Kirchner und vielen anderen Künstlern kamen nach Hagen. Die Stadt am Rande des Ruhrgebiets wird zu einem Eldorado der Kunst – und der Künstler. Denn Osthaus

stiftete 1909 mit der Gartenstadt Hohenhagen sogar eine ganze Künstlerkolonie, in der sich befreundete Künstler niederlassen konnten.

Für sich und seine Familie – Osthaus hatte 1899 Gertrud Colmann geheiratet, mit der er fünf Kinder hatte – ließ er 1908 den Hohenhof erbauen. Die künstlerisch ausgestattete, prächtige Villa hatte allen Komfort, der um die Jahrhundertwende selten war. Heute gehört das Haus als Außenstelle zum Osthaus-Museum Hagen. Das Konzept beziehungsweise die Idee, Kunst und Leben miteinander zu verbinden, realisierte Osthaus auch in der Gründung der Folkwang-Malschule und der Folkwangschule für Gestaltung. Im extra gegründeten Folkwang-Verlag konnten Künstler publizieren.

Bis zu seinem Tod im Jahr 1921 sammelte und versammelte Osthaus Kunstwerke und Künstler im Folkwang-Museum Hagen. So etwa zog der aus Weimar stammende Landschaftsmaler Christian Rohlf 1901 nach Hagen um und blieb dort bis zu seinem Tod im Jahr 1938.

Als Essen die Hagener überbot

Als Soldat hatte Osthaus sich 1916, im Ersten Weltkrieg, eine Kehlkopf-Tuberkulose zugezogen. An den Folgen starb er am 27. März 1921 in Meran in Südtirol. In seinem Testament hatte er bestimmt, dass die Kunstsammlung verkauft werden sollte, um damit den Lebensstandard seiner Familie sicherzustellen.

Die Stadt Hagen konnte zehn Millionen Mark bieten. Die (an „Kohle“ reiche) Stadt Essen bot 15 Millionen Mark und erhielt 1922 den Zuschlag. Fast die komplette Sammlung moderner Kunst und die „Folkwang“-Namensrechte wanderten von Hagen nach Essen. Die Begriffe Folkwang und Hagen gehörten seitdem nicht mehr zusammen.

Das der Familie Osthaus gehörende Museumsgebäude wurde an ein Energieunternehmen verkauft. Erst 1955 konnte die Stadt Hagen es erwerben. Hier entstand schließlich das Karl-Ernst-Osthaus-Museum Hagen, das vor allem mit Werken von Christian Rohlf ausgestattet war und eine neue Sammlung aufbaute.

Seit 2009 firmiert das Hagener Museum unter dem Namen Osthaus-Museum Hagen. Außenstelle ist die ehemalige Osthaus-Villa Hohenhof. Zusammen mit dem unmittelbar benachbarten Emil-Schumacher-Museum gehört es zum Kunstquartier Hagen.

● **Sonderausstellung** Aktuell läuft im Osthaus-Museum, Hochstraße 73 in 58095 Hagen, bis 24. April „Exposed – Aufrichtige Portraits“ mit 180 Fotografien des kanadischen Musikers und Komponisten Bryan Adams, geöffnet Dienstag bis Sonntag von 12 bis 18 Uhr, Eintritt: 7 Euro Internet: kultur@stadt-hagen.de

KUNST

Treppauf, treppab in Endlosschleife

Vor 50 Jahren starb M. C. Escher, dessen Graphiken von logischen Paradoxien durchsetzt sind

Wie ist das möglich? Eine Reihe von Figuren geht die Treppe herunter, nur um am Ausgangspunkt wieder anzukommen. In derselben Endlosschleife steckt auch die Gruppe, welche die Stufen im Kreis hinaufsteigt. Rein optisch erscheint auch alles logisch in der Bildergalerie, in der ein Junge das Gemälde einer perspektivisch verzerrten Hafenstadt betrachtet mit einem Jungen, der in einer Bildergalerie ein Gemälde betrachtet. Dieses Spiel der optischen Täuschung und visuellen Selbstbezüglichkeit beherrschte niemand so perfekt wie der Niederländer M. C. Escher.

Mit seinen paradoxen Zeichnungen und Holzdrucken, in denen sich Ebenen überschneiden, ist der vor 50 Jahren gestorbene Escher ein Solitär in der Kunstwelt. Der 1898 als Maurits Cornelis Escher geborene Graphiker lässt sich keiner Kunstrichtung zuordnen. Nach seinem eigenen Verständnis befanden sich seine Werke zwischen Kunst und Mathematik.

Damit aber hat er nachhaltigen Einfluss genommen auf eine Generation,

welche mit Computern groß geworden ist und die mathematische Gedankenexperimente spielerisch umgesetzt hat. Dabei war man fasziniert vom „Möbiusband“ – ein nach dem Leipziger Mathematiker August Ferdinand Möbius benanntes Band mit nicht unterscheidbaren Innen- und Außenseiten (die Commerzbank verwendet es als Firmenlogo) –, dem „Tribar“ – ein scheinbar nur aus rechten Winkeln bestehendes „unmögliches Dreieck“ im dreidimensionalen Raum – oder der nach einem britischen Physiker benannten „Penrose-Treppe“, die zu sich selbst zurückläuft. Noch bevor diese geometrisch unlogischen Figuren populär wurden, hat Escher sie zeichnerisch so perfekt umgesetzt, als wären sie am Computer entstanden. Dabei war alles Handarbeit aus Tinte, Tusche und Druckerschwärze.

Angeregt von den maurischen Ornamenten in der Alhambra von Granada entwarf Escher auch Metamorphosen von Fischen, Vögeln und Reptilien, die sich in einem unendlichen Kreislauf bewegen

und in- sowie miteinander verschmelzen. Noch heute werden diese schwarz-weißen Entwürfe vielfach als farbige Tapetenmuster zweckentfremdet.



Ein der Schwerkraft trotzendes Wasserkreislauf: M. C. Escher, „Wasserfall“ (1961)

Das Zerfließen geometrischer Formen in unendliche Einheiten hat den von Architektur und der Musik Johann Sebastian Bachs begeisterten Escher zeitlebens fasziniert. Die strenge architektonische Form in Bachs musikalischen Kanons, die wiederum wie Penrose-Treppen in paradoxen Kreisläufen aufgebaut sind, kennzeichnen auch Eschers Werk. Seine anschaulichen Werke machten ihn zu einer Ikone der Populärwissenschaft. Nach seinem Tod am 27. März 1972 verewigte ihn der US-Physiker Douglas R. Hofstadter in seinem bis heute populären Bestseller „Gödel, Escher, Bach – ein Endloses Geflochtenes Band“. Harald Tews

● **Escher in Het Paleis** In dem Stadtpalais von Den Haag, Lange Voorhout 74, gibt es eine Escher-Dauerausstellung, geöffnet täglich außer montags von 11 bis 17 Uhr, Eintritt: 11 Euro. Zusätzlich läuft dort bis 29. Mai eine Sonderausstellung über Andy Warhol. Internet (auch auf Deutsch): www.escherinhetpaleis.nl

● MELDUNGEN

Zorniger Maler

Berlin – Der französische Maler Paul Gauguin steht vom 26. März bis 10. Juli in der Alten Nationalgalerie auf der Berliner Museumsinsel im Mittelpunkt der Ausstellung „Why are you angry?“ (Warum bist du zornig?). Vor dem Hintergrund postkolonialer Debatten werden seine Südseebilder mit Bildern zeitgenössischer Künstler konfrontiert. Eines seiner Hauptwerke, das Gemälde „Tahitianische Fischerinnen“ von 1891, gehört zur Sammlung der Nationalgalerie. tws

Blaue Brücke

Chemnitz – Mit „Brücke und Blauer Reiter“ präsentieren die Kunstsammlungen am Theaterplatz vom 27. März bis 26. Juni Maler wie Kandinsky, Kirchner, Klee, Marc oder Schmidt-Rottluff, welche die beiden bedeutenden Künstlervereinigungen des Expressionismus geprägt haben. www.kunstsammlungen-chemnitz.de tws

OTTO JOHN

Verräter oder Opfer einer Entführung?

Die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts brachte viele Figuren hervor, die in den Wirrungen der Zeiten wiederholt zwischen die Fronten gerieten – und darin untergingen. Eine von ihnen ist Otto John, Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944, erster Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz – und Gegenstand eines der größten Skandale in der deutschen Nachkriegsgeschichte.

Am 19. März 1909 in Marburg geboren, wuchs John in der Weimarer Republik in Wiesbaden auf und studierte in Frankfurt am Main Rechtswissenschaften. Nach Staatsexamen und Dissertation wurde er Mitarbeiter in der Rechtsabteilung der Lufthansa. Deren Leiter war Klaus Bonhoeffer, Bruder des Theologen und NS-Kritikers Dietrich Bonhoeffer. Über diese Kontakte fand John mit seinem Bruder Hans früh zu Widerstandskreisen gegen den Nationalsozialismus. Nach dem Scheitern des Attentats auf Hitler am 20. Juli 1944 wurden beide John-Brüder vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt. Während Hans noch wenige Tage vor Kriegsende hingerichtet wurde, gelang Otto die Flucht nach England, wo er unter Sefton Delmer für den vom britischen Foreign Office betriebenen „Soldatensender Calais“ arbeitete.

Nach dem Krieg arbeitete John zunächst für die britische Militärverwaltung und war unter anderem Zeuge der Anklage bei den Nürnberger Prozessen und 1949 beim Prozess gegen Generalfeldmarschall Erich von Manstein. 1950 dann wurde John erster Präsident des neugegründeten Bundesamts für Verfassungsschutz.

Am Abend des 20. Juli 1954 verschwand John im Rahmen der ersten Gedenkveranstaltung für das Attentat



Vor 25 Jahren gestorben: Otto John

auf Hitler im (West-)Berliner Bandler-Block unter nie restlos geklärten Umständen. Zwar erklärte er auf einer Pressekonferenz in Ost-Berlin am 11. August, dass er freiwillig die Seiten gewechselt habe, da er mit der Westbindung und Remilitarisierung der Bundesrepublik unter Adenauer nicht einverstanden sei. Doch gab er nach einer Flucht nach West-Berlin am 12. Dezember 1955 an, in den Osten entführt worden zu sein. Während der Bundesgerichtshof John keinen Glauben schenkte und ihn am 22. Dezember 1956 wegen Landesverrats zu vier Jahren Zuchthaus verurteilte, neigen jüngste Forschungsarbeiten dazu, seiner Darstellung Glauben zu schenken.

Otto John starb am 26. März 1997 in Innsbruck, wo er nach seiner Entlassung zurückgezogen mit seiner Frau gelebt hatte.



Erzherzog Karl als Feldmarschalleutnant im Jahre 1916

Foto: Library of Congress

KARL I.

Der naive „Friedenskaiser“

Vor 100 Jahren starb der letzte Herrscher von Österreich-Ungarn. Seine Anhänger erreichten schließlich die Seligsprechung

VON ERIK LOMMATZSCH

Mit dem Attentat von Sarajewo am 28. Juni 1914, dem der österreichisch-ungarische Thronfolger Franz Ferdinand zum Opfer fiel und in dessen Folge der Erste Weltkrieg entbrannte, wurde sein Neffe, Erzherzog Karl von Habsburg-Lothringen, Kronprinz. Dieser trat nach dem Tod des greisen, für viele bereits zu einer Art Mythos gewordenen Kaisers Franz Joseph I. am 21. November 1916 an die Spitze der Donaumonarchie. Als Karl I. sollte er der letzte österreichische Kaiser sein.

Geboren wurde der Erzherzog am 17. August 1887 auf Schloss Persenbeug. Von der Mutter, der sächsischen Prinzessin Maria Josepha, die mit ihrer Sittenstrenge das Gegenteil seines Vaters war, übernahm er Religiosität und Sensibilität für soziale Fragen. Zeitweilig besuchte er, unüblich für Mitglieder des Kaiserhauses, ein Gymnasium. Später konzentrierte sich die Ausbildung auf den militärischen Bereich.

Auf seine künftige Stellung als Herrscher des Habsburgerreiches wurde er nur sehr unzulänglich vorbereitet, in maßgebliche politische Entscheidungen wurde er nicht einbezogen. Als Offizier war er in Böhmen und Ostgalizien stationiert, man übertrug ihm Repräsentationsaufgaben. Mit Kriegsbeginn wurde er dem Armeekommando „zur besonderen Verwendung“ zugeteilt. 1911 hatte er Zita von Bourbon-Parma geheiratet. Die energische Frau unterstützte ihn später bei seinen politischen Vorhaben tatkräftig, seine legitimistischen Auffassungen teilte sie.

Als eine seiner ersten Regierungshandlungen veröffentlichte Karl I. am

22. November 1916 ein Manifest. Er versprach, alles zu tun, „um die Schrecknisse und Opfer des Krieges in ehester Frist zu bannen“ und „die schwer vermissten Segnungen des Friedens Meinen Völkern zurückzugewinnen“. Viele Ideen des jungen Herrschers sind schon von den Zeitgenossen als naiv beurteilt worden, die Aufrichtigkeit seines Bestrebens, den Krieg zu beenden, zieht aber auch die Geschichtsschreibung nicht in Zweifel.

Jung und unzulänglich vorbereitet

Getrieben war er nicht zuletzt von der berechtigten Sorge um den Fortbestand des Reiches. Dass er die für Ungarn gewünschte formelle Krönung, nach dortiger Zählung als Karl IV., frühzeitig vollziehen ließ, gilt als schwerer, wohl seiner Unerfahrenheit geschuldeter Fehler, da sein Handlungsspielraum mit der Ablegung des entsprechenden Eides auf die ungarische Verfassung in diesem Teil der Doppelmonarchie erheblich eingeschränkt war. Insbesondere hatte er da-

mit die angedachte Weiterentwicklung der Doppelmonarchie zu einer österreichisch-ungarisch-slavischen Triplemonarchie weitgehend unmöglich gemacht.

Im Dezember 1916 übernahm Karl den Oberbefehl über die österreichisch-ungarischen Streitkräfte. Im März 1917 setzte er den seit 1906 amtierenden Generalstabschef Franz Conrad von Hötzendorf ab, über den er sagte, dass dessen Fokussierung auf den Angriff „vielen braven Soldaten unnützlich das Leben gekostet“ habe.

Zu den zahlreichen personellen Veränderungen, die er vornahm, gehörte auch die Berufung von Ottokar Graf Czernin zum Außenminister. Ausschlaggebend für die Ernennung, so Karl später, sei Czernins zu dieser Zeit zum Ausdruck gebrachter Friedenswille gewesen, allerdings habe sich der Minister als „Blender“ erwiesen.

Sozialpolitische Initiativen wurden unter Karl I. in Gang gesetzt, etwa Mieterschutz und Krankenversicherung be-

treffend, Ministerien für Fürsorge und Volksgesundheit wurden geschaffen. Im Unterschied zu seinem Vorgänger galt er als nahbar und weniger auf Etikette bedacht, bekam jedoch aufgrund oft überraschender, mitunter wenig überlegter Entschlüsse den Beinamen „der Plötzliche“.

Den vom verbündeten Deutschen Reich im Frühjahr 1917 in Gang gesetzten uneingeschränkten U-Boot-Krieg lehnte er ab. Nachdem sich der Deutsche Kaiser und König von Preußen Wilhelm II. bei einem Treffen in Bad Homburg im April 1917 gegenüber den Friedensbestrebungen Karls als unzugänglich erwiesen hatte, resümierte dieser im Anschluss: „Am Ende werden wir vielleicht unseren eigenen Weg gehen müssen.“ Nach dem Krieg urteilte er über den Deutschen Kaiser, dieser sei nicht der „Alles-Zertrümmerer und Zerstörer“ gewesen, als den ihn seine Reden hätten erscheinen lassen. „Er war auch während des Krieges für den Frieden.“ Allerdings sei er seinen „säbelraselnden Generälen“ hörig gewesen.

Die Sixtus-Affäre

Bereits im März 1917 hatte Karl begonnen, über zwei Brüder seiner Frau, die Prinzen Sixtus und Franz Xaver von Bourbon-Parma, einen geheimen Vorstoß für einen Separatfrieden zu unternehmen. Unter anderem war davon die Rede, dass Elsass-Lothringen wieder zu Frankreich kommen solle. Der französische Staatspräsident, Raymond Poincaré, bezweifelte in diesem Punkt nicht die lauten Absichten des österreichischen Kaisers, meinte aber, dies sei ohne Einverständnis des Deutschen Reiches schwer vorstellbar. Die Entente zeigte sich insgesamt wenig aufgeschlossen, die Angelegenheit verlief im Sande.

Im April 1918 sollte sich das Ganze zu der nach Sixtus von Bourbon-Parma benannten Sixtus-Affäre entwickeln. Nachdem Außenminister Czernin, nun nicht mehr auf Friedenskurs, eine provokante Rede gehalten hatte, in der er behauptet hatte, der französische Premier Georges Clemenceau habe Elsass-Lothringen von sich aus gefordert, machte dieser die Vorschläge Karls I. öffentlich. Der derart bloßgestellte Herrscher agierte ungeschickt, er bestritt nun wahrheitswidrig, den Verzicht vorgeschlagen zu haben. Am Ende hatte er erheblich an Reputation und Glaubwürdigkeit eingebüßt. Nun verringerte der misstrauisch gewordene große Verbündete im Norden seinen Spielraum, während die Entente die separatistischen Tendenzen in seinem Vielvölkerstaat unterstützte.

Die Versorgungslage im Inneren wurde immer schwieriger, es kam zu Streiks, die Armee begann zu meutern. Mit dem verlorenen Krieg war auch die Monarchie am Ende. Karls „Völkermanifest“ vom 16. Oktober 1918, mit dem er zumindest die österreichische Reichshälfte in einen Bundesstaat umwandeln wollte, konnte den Zerfall nicht mehr abwenden. Ungarn sagte sich am 31. Oktober 1918 von der Realunion los, und in Österreich wurde am 12. November die Republik ausgerufen. Karl verzichtete „auf jeden Anteil an den Staatsgeschäften“, dankte aber, seinem Selbstverständnis folgend, nicht ab.

Als er im März 1919 von der republikanischen Regierung in die Schweiz abgeschoben wurde, widerrief er kurz vor dem Grenzübergang im „Feldkircher Manifest“ seinen Verzicht. Nach zwei vergeblichen Restaurationsversuchen in Ungarn wurde er schließlich auf die zu Portugal gehörende Atlantikinsel Madeira verbracht. Dort starb er am 1. April 1922 im Alter von nicht einmal 35 Jahren an einer schweren Lungenentzündung, die auf eine Infektion mit der Spanischen Grippe zurückgeführt wurde.

Bereits wenig später setzten Bemühungen ein, den tiefgläubigen Katholiken, der noch heute von Anhängern als Märtyrer betrachtet und als „Friedenskaiser“ verehrt wird, selig sprechen zu lassen. Das tat 2004 Papst Johannes Paul II.

Kurzbiographien

FOTO: ÖSTERREICHISCHES ZEITUNGS-ARCHIV (JANUAR 1917)



Zita von Bourbon-Parma stammte aus Italien, das im Ersten Weltkrieg einer der Gegnerstaaten Österreich-Ungarns war. Sie starb 1989 im Schweizer Exil.

FOTO: HERMANN CLEMENS VOGEL/ÖSTERREICHISCHE NATIONALBIBLIOTHEK



Der Namensgeber der Sixtus-Affäre, **Sixtus von Bourbon-Parma**, war wie sein Bruder Franz Xaver von Bourbon-Parma belgischer Offizier.

FOTO: WIKIMEDIA



Der linksbürgerliche Journalist und Politiker **Georges Clemenceau** war 1906 bis 1909 und 1917 bis 1920 Ministerpräsident der Französischen Republik.

VON WOLFGANG KAUFMANN
UND MANUEL RUOFF

Wir sind heute in einer anderen Welt aufgewacht.“ Mit diesen Worten kommentierte die Bundesaußenministerin Annalena Baerbock den Beginn des aktuellen russisch-ukrainischen Krieges. Dass mit Russland und der Ukraine zwei große europäische Staaten gegeneinander offen Krieg führen, erschreckt viele. Das hatte es seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr gegeben und wirkt deshalb auf viele Deutsche und Europäer ziemlich anachronistisch.

Mit einem Anachronismus konfrontiert glaubten sich auch viele Deutsche und Europäer, als vor 40 Jahren der Falklandkrieg ausbrach. Kolonialkriege, wie ihn das NATO- und EU-Mitglied Großbritannien damals gegen Argentinien führte, wähten viele seit der Phase der Entkolonialisierung überwunden. Ähnlich überraschend war, dass mitten im Kalten Krieg, in dem sich viele nur einen Dritten Weltkrieg oder Stellvertreterkriege zwischen den Blöcken vorstellen konnten, eine Atommacht der westlichen Welt einen konventionellen Kabinettskrieg gegen einen anderen der westlichen Welt zuzurechnenden Staat führte.

Das irritierte und verblüffte nicht nur den damaligen Führer der westlichen Welt und Präsidenten der USA Ronald Reagan. Möglich war dieser Krieg wohl auch nur deshalb, weil weder die argentinische noch die britische Regierung sich hatte vorstellen können, dass die jeweils andere Seite wegen ein „paar eisiger Felsen“, wie Reagan das Streitobjekt ebenso plastisch wie geringschätzig nannte, zu militärischer Gewalt greifen würde – und beide es trotzdem taten, um von innenpolitischen Schwierigkeiten abzulenken.

Am 2. April 1982 begann die argentinische Eroberung der vor Argentinien Küste liegenden Inselgruppe mit der Anlandung von Truppen bei Port Stanley, der einzigen Stadt auf den Falklandinseln sowie deren Hauptstadt und Regierungssitz. Schnell überrumpelten die bis zu 5000 Argentinier die überraschte, keine 80 Mann starke Royal-Marines-Einheit.

Die britische Royal Navy reagierte schnell. Innerhalb weniger Tage stellten die Engländer um ihre beiden Flugzeugträger „Invincible“ und „Hermes“ herum einen Flottenverband zusammen. Am 5. April verließ eine Expeditionsflotte Großbritanniens, der ungefähr die Hälfte

der Royal Navy angehörte. Vor ihr lagen rund 13.000 Kilometer. Bei der Überwindung der großen Strecke zu den Falklandinseln half den Briten, dass die US-Amerikaner ihnen den US-Stützpunkt auf der etwa auf halbem Wege zwischen Afrika und Südamerika gelegenen britischen Insel Ascension zur Verfügung stellten.

Versenkung der „General Belgrano“

Nachdem die Expeditionsflotte ihr Ziel erreicht hatte, kam es vor der Küste Argentiniens zu Kämpfen mit den argentinischen See- und Luftstreitkräften. Der schwerste Schlag für Argentinien war die Versenkung des Kreuzers „General Belgrano“ durch das britische Atom-U-Boot „Conqueror“. Dabei kamen am 2. Mai 1982 323 argentinische Seeleute ums Leben, zu einem großen Teil frisch eingezogene Kadetten. Diese Versenkung hatte für die britische Seite sowohl einen politischen als auch einen militärischen Vorteil. Zum einen brauchte die britische Regierungschefin, Margaret Thatcher, nun keinen Verständigungsfrieden unter Beteiligung dritter mehr zu fürchten. Zu sehr zürnte die argentinische Volksseele ob der vielen von den Briten getöteten Heranwachsenden. Zum anderen traute sich die zahlenmäßig unterlegene argentinische Flotte nun nicht mehr aus ihren Häfen.

Auf Seiten Argentiniens wurde der Krieg nun vornehmlich von den Luftstreitkräften geführt. Anders als bei den Schiffen waren die Briten den Argentinern bei den Flugzeugen zumindest zahlenmäßig unterlegen, da der britischen Expeditionsflotte fast nur die um einige Maschinen der Royal Air Force aufgestockten Trägermaschinen der beiden Flugzeugträger zur Verfügung standen. So gelangten den argentinischen Piloten einige aufsehenerregende Luftangriffe. Außer mit vergleichsweise einfachen Freifall-

FALKLANDKRIEG

Von der Geschichte eingeholt

Mitten im Kalten Krieg führte vor 40 Jahren die Nuklearmacht Großbritannien gegen einen anderen westlichen Staat einen Kolonial- und Kabinettskrieg um ein „paar eisige Felsen“

Verluste

907

Tote, 649 auf argentinischer Seite, 258 auf britischer.

2434

Verwundete, 1657 auf argentinischer Seite, 777 auf britischer.

11.428

Gefangene, 11.313 Argentinier und 115 Briten.

bomben und ungelenteten Raketen griffen diese die britischen Schiffe auch mit Luftschiff-Raketen des Typs Exocet an. Diesen Flugkörpern aus französischer Produktion, die von ebenfalls aus Frankreich importierten Mehrzweckkampfflugzeugen vom Typ Dassault Super Étendard zum Einsatz gebracht wurden, standen die Briten ziemlich rat- und wehrlos gegenüber. „Die Russen haben keine Exocet“, versuchte ein hoher Offizier der Royal Navy diese relative Rat- und Wehrlosigkeit zu entschuldigen.

Untergang der „Sheffield“

Zwei Tage nach dem Untergang der „General Belgrano“ gelang es den Argentinern, in einem Vergeltungsangriff den Zerstörer „Sheffield“ so verheerend in Brand zu schießen, dass er acht Tage später sank. Diesem wohl spektakulärsten Erfolg der argentinischen Flieger folgten weitere, doch waren es nicht genügend, um kriegs-

entscheidend zu werden. Abgesehen davon, dass es den Luftwaffenpiloten an Erfahrung und Ausrüstung zum Einsatz auf hoher See mangelte, war der Weg von den Flugplätzen zur britischen Flotte derart lang und die Reichweite der Flugzeuge derart kurz, dass nur wenig Zeit für die Bekämpfung des Gegners blieb.

Am 21. Mai wagten die Briten die Landung an der Westküste der Hauptinsel Ostfalkland. Da die argentinischen Truppen einen direkten Angriff auf die Hauptstadt Port Stanley auf der anderen Seite der Insel erwartet hatten und die argentinischen Luftangriffe sich auf die britische Flotte konzentrierten, ging die Landung vergleichsweise ungestört vonstatten. Die britischen Landungstruppen waren den rund 15.000 argentinischen Verteidigern zwar zahlenmäßig unterlegen, doch stand hier eine gut motivierte und trainierte Berufsarmee mit der technischen Ausrüstung eines wohlhabenden Industriestaates einer vergleichsweise schlecht ausgerüsteten und mangelhaft gepflegten Truppe aus unerfahrenen Wehrpflichtigen gegenüber. Die Elitetruppen hatten die argentinischen Entscheidungsträger dem Schutz der Grenze zum vermeintlichen Erbfeind Chile vorbehalten.

Am Abend des 14. Juni unterzeichnete der Oberbefehlshaber der argentinischen Truppen auf der Inselgruppe, Brigadegeneral Mario Menéndez, einen Waffenstillstand, der faktisch einer Kapitulation gleichkam. Unmittelbar darauf stammelte der argentinische Präsident, General Leopoldo Galtieri, sichtlich angetrunken vor laufenden Fernsehkameras, dass der Krieg verloren sei. Sechs Tage später erklärte die britische Regierung einseitig die Feindseligkeiten für beendet. Es sollte dann noch über sieben Jahre dauern, bis die beiden Konfliktparteien gemeinsam den Krieg offiziell für beendet erklärten.

FALKLANDINSELN

Wer hat die legitimeren Ansprüche?

Die Wurzeln des Streites, wer die legitimeren Ansprüche auf die von den Briten Falklandinseln (Falkland Islands) und den Argentinern Malwinen (Islas Malvinas) genannte Inselgruppe vor der Küste Argentiniens hat, liegen im Jahre 1769. Damals kam es zwischen Großbritannien und Spanien wegen der Frage der Besitzrechte zur Falkland-Krise, an deren Ende beide Mächte offen ließen, wem die rund 200 Inseln künftig gehören sollten. Das ermutigte das seit 1816 unabhängige Argentinien, das sich als Rechtsnachfolger des spanischen Vizekönigreiches Río de la Plata betrachtet, die



Wappen der Falklandinseln

Inseln zu seinem Besitz zu erklären. 1829 ernannte die Führung der Provincias Unidas sogar einen Gouverneur für die Inselgruppe. Der sicherte sich heimlich den „Schutz“ Londons. Daraufhin ersetzte der britische Kapitän John James Onslow am 3. Januar 1833 die argentinische Fahne durch den Union Jack. Dagegen protestierte die nunmehrige Confederación Argentina zwar, unterzeichnete aber letztlich am 24. November 1849 einen Vertrag mit dem Empire, der „alle“ territorialen Differenzen für bereinigt erklärte.

Ungeachtet dessen erwirkte Argentinien 1965 die UN-Resolution 2065, die Verhandlungen über den künftigen Status der Inselgruppe forderte. Nachfolgend versuchte London, den Bewohnern der Inselgruppe die stufenweise Übertragung der Hoheitsrechte an Buenos Aires schmackhaft zu machen. Das scheiterte allerdings aufgrund des Staatsstreiches von 1976, der in Argentinien eine brutale Militärjunta unter Jorge Rafael Videla an die Macht brachte.

Argentinien hat den Falklandkrieg zwar gegen Großbritannien verloren, macht aber auch nach seiner Demokratisierung Ansprüche auf die Inseln geltend mit dem Hinweis, dass kein Friedensvertrag abgeschlossen wurde. Daran ändert auch das Referendum vom März 2013 nichts, bei dem sich die 1672 stimmberechtigten Bewohner der Inselgruppe mit 99,8 Prozent für die Erhaltung des Status quo ausgesprochen haben. „Wir werden fortfahren, Souveränität über die Malvinas zu fordern, bis wir das Land zurückgewinnen können“, so der seit 2019 amtierende argentinische Präsident Alberto Ángel Fernández am 23. Juni 2020. Seit Argentinien seine Bereitschaft erklärt hat, sich dem chinesischen Jahrhundertprojekt der „Neuen Seidenstraße“ beziehungsweise der Belt and Road Initiative anzuschließen, genießt Argentinien hierbei auch die Rückendeckung Chinas (siehe PAZ vom 11. März). W.K.



Geschlagen: Kriegsgefangene Argentinier am 16. Juni 1982 in Port Stanley

Foto: Ken Griffiths

VON WOLFGANG KAUFMANN

Der Tod ist ein ständiger Begleiter des Menschen – erst recht im Krieg, wie uns die schrecklichen Bilder aus der Ukraine jetzt täglich ins Bewusstsein hämmern. Doch auch im Frieden bleibt uns der Tod stets auf den Fersen. Diesen Umstand zu ignorieren zeugt von kindlich-magischem Denken statt von geistiger Reife. Gleichzeitig gehört es jedoch zum üblichen Tun und Lassen eines Erwachsenen, Risiken zu vermeiden und offensichtlichen Gefahren aus dem Wege zu gehen. Vor allem, wenn diese das Leben kosten können. Dabei liegt die Schwierigkeit darin, Bedrohungen realistisch einzuschätzen und nicht schon bei der allergeringsten Wahrscheinlichkeit des Eintretens eines möglicherweise kritischen Ereignisses in Panik zu verfallen.

Aber genau daran hapert es hierzulande – und das beileibe nicht erst seit Beginn der Corona-Pandemie. Zahlreiche Deutsche fürchten sich vor einer Unzahl realer oder vielfach auch eingebildeter Gefahren. Zu den Letzteren zählen die herbeihalluzinierten Umtriebe von angeblich allgegenwärtigen Phantomfeinden. Für diese Gemüthaltung prägte das Ausland den Begriff „German Angst“: Wir seien ein Volk von verzagten oder hysterischen Bedenkenträgern, die kaum noch irgendetwas wagten.

Totalitarismus der Gefahrenabwehr

Die Ursachen für die überbordende Angst sind vielschichtig: Zum Ersten geht es den meisten Deutschen immer noch derart gut, dass sie einiges zu verlieren haben. Zum Zweiten paart sich naiver Machbarkeitsglaube mit einer Nullrisiko-Mentalität. Zum Dritten leiden viele Leute hierzulande unter dem Mitläufersyndrom, das ebenfalls mit Risikoscheu einhergeht. Zum Vierten ist die Kunst der angemessenen rationalen Bewertung von Risiken in Vergessenheit geraten. Häufig resultiert dies aus der sogenannten Restproblem-Intoleranz: Je stärker eine Gefahr bereits eingedämmt werden konnte, umso größer gerät die Angst vor dem übrig bleibenden Quäntchen Risiko. Und zum Fünften schafft es ein wachsender Teil der Bevölkerung einfach nicht mehr, die zum Leben zwangsläufig dazugehörenden Unwägbarkeiten als etwas völlig Normales hinzunehmen – obwohl der Blick auf die zahlreichen Menschen rund um den Globus, welche in echter Lebensgefahr schweben, das Bild eigentlich zurechtrücken müsste. Daraus resultieren dysfunktionale rituelle Bußübungen zur Abwendung der befürchteten Übel beziehungsweise zur Angstvermeidung.

Aus all dem erwächst ein Faible für jenen Totalitarismus der Gefahrenabwehr, der sich schon seit Jahrzehnten auf dem Vormarsch befindet und dann wäh-



Irrationale Katastrophen-Angst statt realistischer Gefahren-Abwägung: „Fridays for Future“-Transparent 2019 in Berlin

Foto: imago images/Müller-Stauffenberg

DEUTSCHE GEMÜTSLAGEN

Anmaßende Angsthasen

„German Angst“ und „German Assertiveness“: Die Deutschen schwanken zwischen zittriger Verzagttheit und einem scheinmoralischen Gratismus. Eine realistische Sicht der Welt bleibt da auf der Strecke

rend der Corona-Pandemie einen triumphalen Sieg nach dem anderen feierte. Kernstück dieses Totalitarismus ist die staatliche Fürsorge, welche jegliche Rückbesinnung auf die individuelle Eigenverantwortung erschwert und deutlich häufiger unterwürfige Dankbarkeit statt Widerstand auslöst.

Aus Angst vor Ungemach und dem damit meist zusammenhängenden Kontrollverlust wird die Kontrolle im vorausgehenden Gehorsam an den Staat übergeben, ohne die Frage zu stellen, wie angemessene Vorsichtsmaßnahmen aussehen könnten und sollten. Deshalb war der derzeitige Gesundheitsminister Karl Lauterbach wohl tatsächlich der beliebteste Politiker hierzulande, bis der Ukraine-Krieg die Aufmerksamkeit der Deutschen von der Pandemie-Bekämpfung ablenkte. Seine Umfragewerte stellten keineswegs nur das Produkt von grotesken Manipulationen seitens der Meinungsforscher dar – auch wenn viele Regierungskritiker genau dies glauben. Nein, Leute wie Lauterbach sind beliebt, weil sie die personifizierte

Staatsfürsorge darstellen und den Ängstlichen suggerieren, für deren Sicherheit sorgen zu können.

„Kinder an die Macht!“

Parallel hierzu zeigen Lauterbach und Co. eine Attitüde, welche für das Gegenteil der German Angst steht und German Assertiveness genannt wird. Assertiveness lässt sich am ehesten mit „Überheblichkeit“ oder „Anmaßung“ übersetzen. Im Ausland lächelt man zwar vielfach über das hypervorsichtige Verhalten der Deutschen, registriert aber gleichzeitig stirnrunzelnd, dass dieses zu keiner kleinlauten Zurückhaltung führt, sondern zu heftigen Ausfällen gegen all jene, welche nicht genauso denken wie die Ängstlichen hierzulande und im Umgang mit Gefahren und Risiken deutlich mehr Souveränität zeigen.

Zu dieser German Assertiveness kommt noch der ebenfalls typisch deutsche Gratismus hinzu. Also die Vorspiegelung von Courage, die überhaupt nicht erforderlich ist, weil das vermeintlich

„mutige“ Handeln beim genaueren Hinsehen mit keinerlei Risiken einhergeht. Wie beim Kampf gegen „Nazis“, von denen die allermeisten längst im Orkus der Geschichte verschwunden sind. Derzeit zeigt sich das „Heldentum“ der Grati-mutigen ganz besonders im Schikanieren von Bürgern Russlands. Natürlich nur, sofern diese ein leichtes Opfer darstellen. Dabei fehlt den Betreffenden jedwedes Gespür für die alberne Erbärmlichkeit ihres Handelns.

Aber was will man von Mitgliedern einer Gesellschaft erwarten, welche immer mehr ins infantile abrutscht? Herbert Grönemeyers herausgeknödelte Utopie von 1986 „Kinder an die Macht!“ ist mittlerweile oft genug schon Realität geworden. Wer dies nicht glauben will, der sollte einmal genauer darauf achten, wie manche Politiker agieren und argumentieren. Oder das „Unterhaltungsprogramm“ im deutschen Staats- oder Privatfernsehen um Viertel nach Acht anschauen. Oder mitverfolgen, wie die Ethikratsvorsitzende Alena Buyx in ih-

rem charakteristischen Kleinmädchen-Duktus für die Corona-Impfung, genannt „Der Piks“, wirbt.

Die kindische German Angst und die ebenso infantil daher kommende German Assertiveness samt dem dann noch draufgesattelten Gratismus gehen also Hand in Hand und heben sich keineswegs gegeneinander auf. Dadurch gerät Deutschland wieder einmal in eine Sonderrolle, obwohl doch jahrein jahraus getönt wurde, man habe, was das großspurige Beharren auf Überlegenheit und Einzigartigkeit betreffe, aus der Geschichte gelernt.

Aber wenn ein Karl Lauterbach sich aufspielt, als sei er im Gegensatz zur Mehrzahl der ausländischen Experten im Besitze des Steins der Weisen zur Ban-nung der Corona-Gefahr, dann tut er im Grunde genau das Gleiche wie Kaiser Wilhelm II. im August 1907. Damals zitierte der Monarch den Dichter Emanuel Geibel auf späterhin vehement geschmähte Weise mit der Sentenz: „Und es mag am deutschen Wesen einmal noch die Welt genesen.“

COVID-19

Alarmierende US-Studie zu mRNA-Impfstoffen

Texanisches Gericht hat eine Veröffentlichung erzwungen – Nebenwirkungen offenbar weit gravierender als bislang angenommen

Am 5. Februar forderte eine Anwaltskanzlei in Australien die dortige Arzneimittelzulassungsbehörde Therapeutic Goods Administration (TGA) auf, alle Dokumente herauszugeben, auf deren Grundlage die mRNA-Impfstoffe gegen COVID-19 im Lande zugelassen worden waren. Daraufhin antwortete die dem Gesundheitsministerium in Canberra unterstehende TGA, über solche Unterlagen verfüge sie nicht. Was aber kein Problem darstelle, weil die Pharma-Unternehmen ja verpflichtet seien, eigene Sicherheitsprüfungen durchzuführen – und dabei hätten sich „keinerlei Hinweise“ gefunden, die „eine Nichtzulassung der Impfstoffe begründen“ würden.

Dieser Bescheid war ebenso dreist wie falsch. Das zeigt beispielsweise die vom Hersteller Pfizer erstellte „Kumulative Analyse der Berichte über unerwünschte Ereignisse nach der Zulassung von PF-07302048 (BNT162B2), die bis zum 28. Februar 2021 eingegangen sind“, für die US-amerikanischen Zulassungsbehörde U.S. Food and Drug Administration (FDA). Diese Analyse gelangte jetzt aufgrund einer Entscheidung von Richter Mark Pittman vom Northern Texas District Court in Fort Worth an die Öffentlichkeit.

Bei den „unerwünschten Ereignissen“ handelt es sich um die von der Pharmafirma selbst protokollierten Nebenwirkungen des Corona-Impfstoffes BNT162B2

alias Comirnaty in dem knappen Vierteljahr nach Beginn der Massenimpfungen am 8. Dezember 2020. Und die sind dermaßen dramatisch, dass die Notzulassung seitens der FDA eigentlich sofort hätte rückgängig gemacht werden müssen.

Langzeitfolgen noch unbekannt

Im Erfassungszeitraum traten bei gut 42.000 geimpften Probanden knapp 159.000 verschiedene Nebenwirkungen auf, wobei nur etwa 51.000 harmlos gewesen sein sollen und 1223 Personen nach ihrer „Immunsierung“ gegen das Coronavirus sogar starben. Verantwortlich hierfür waren unter anderem anaphylaktische Schocks, Herz-Kreislauf-Komplika-

tionen, innere Blutungen und Autoimmunerkrankungen. Außerdem gab es bei 270 Impfungen von Schwangeren 28 Spontanaborte oder Totgeburten. Dennoch schrieb Pfizer in seiner Zusammenfassung: „Diese kumulative Fallbewertung zeigt keine neuen Sicherheitsprobleme auf. Beobachtung wird fortgesetzt.“

Typisch für das Vorgehen des Pharma-Riesen ist darüber hinaus, dass selbst bei gravierenden Nebenwirkungen vielfach auf Nachforschungen verzichtet wurde, zu welchem Ausgang das „unerwünschte Ereignis“ geführt hatte. So weiß Pfizer nichts über das Schicksal von 754 Probanden, die anaphylaktische Schocks erlitten. Auf jeden Fall litten

zum Ende des Beobachtungszeitraums immer noch 11.361 Versuchspersonen an Impfkomplicationen: Das ergibt eine Quote von 27 Prozent.

Dass der Anteil der nach der Impfung Verstorbenen bei vergleichsweise hohen 2,9 Prozent lag, könnte darauf hindeuten, dass die ersten Chargen des Vakzins besonders schlecht verträglich waren. Unterschiede bei der Häufigkeit von Nebenwirkungen in Abhängigkeit von der Charge zeigten sich nachweislich auch später. Ansonsten fehlen in dem Papier von Pfizer naturgemäß jegliche Angaben über Langzeitschäden, da diese zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch gar nicht ermittelt werden konnten. W.K.



SÜDLICHES OSTPREUSSEN

Neuanfang mit „PESEL“

Zwei Millionen Flüchtlinge hat die Republik Polen bereits aufgenommen. Auch in Allenstein können Ukrainer sich registrieren lassen

VON DAWID KAZANSKI

Seit dem Beginn des Angriffs Russlands auf die Ukraine kamen rund zwei Millionen Kriegsflüchtlinge in die Republik Polen. Sie sollen beim Zugang zu grundlegenden Dienst- und Sozialleistungen sowie Staatshilfen unterstützt werden, indem sie eine Identifikationsnummer erhalten, die für jeden in der Republik Polen lebenden Bürger individuell vergeben wird, die sogenannte PESEL-Nummer.

Die Kommunalbehörden haben am Mittwoch, dem 16. März, damit begonnen, Flüchtlinge aus der Ukraine zu registrieren und ihnen die besagte PESEL-Nummer zuzuweisen. Lange Schlangen bildeten sich an den Standorten, an denen Passfotos kostenfrei gemacht werden konnten. Die Warteschlangen bestanden fast ausschließlich aus Frauen und Kindern, weil die meisten Männer im Land bleiben mussten, um Kriegsdienst zu leisten.

Das erhaltene Dokument berechtigt den Inhaber, verschiedene für Flüchtlinge vorgesehene Leistungen zu beantragen und einen Arbeitsvertrag mit polnischen Arbeitgebern zu unterzeichnen. Für Interessenten wurden spezielle Stände eingerichtet, die sich im Kundenraum an der Ecke des Allensteiner Rathauses befinden. Bei der Antragstellung müssen die Ukrainer ihren einheimischen Reisepass, einen Personalausweis, Führerschein oder ihre Geburtsurkunde verwenden. Fehlen die Unterlagen, erklärt der Antragsteller, dass die Angaben den Tatsachen entsprechen und Falschangaben strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen können.

Die PESEL-Nummer wird unmittelbar bei der Antragstellung vergeben. Gleichzeitig wird, wenn ein Flüchtling den Beamten seine Telefonnummer oder E-Mail-Adresse mitteilt, ein sogenanntes Vertrauensprofil eingerichtet, das die Beantragung von Leistungen und die elekt-



Allensteiner Rathaus: Ukrainische Flüchtlinge stehen für den Erwerb der PESEL-Nummer an

Foto: D.K.

ronische Bearbeitung von Behördenangelegenheiten ermöglicht. Die ersten Tage der Registrierung verliefen nicht ohne technische Probleme, sodass die Beamten weit weniger Bewerber als geplant bedienen konnten.

„Wir nehmen nur an zwei Ständen Flüchtlinge auf, weil die Geräte des Ministeriums für Inneres und Verwaltung, die zur Erfassung der Daten einer Person für die Zuteilung einer PESEL-Nummer benötigt werden, nicht eingetroffen sind. Deshalb haben wir nur zwei Stellen aus unserem Bürgerbüro, das täglich für die Bürger der Stadt da ist, abgezogen und den Flüchtlingen zugewiesen. Wir können auch keine weiteren Stellen verschließen, denn in letzter Zeit haben die Allen-

steiner zehn bis 14 Mal mehr Anträge auf Ausweise für Kinder gestellt als vor dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine“, sagte Marta Bartoszewicz, Sprecherin des Rathauses. Sie fügte hinzu, dass nicht bekannt sei, wann die vom Innenministerium zugesagte Ausrüstung nach Allenstein geliefert werde, denn Bedarf gebe es polnweit.

Überlastete Infrastruktur

Wie Bartoszewicz erklärte, benötigt man zur Ausstattung eines Flüchtlingsservicestandes einen Computer mit entsprechender Software, einen Fingerabdruckscanner, einen normalen Scanner und einen Drucker. Im Durchschnitt wird ein Flüchtling innerhalb von 30 bis 40 Minu-

ten bedient. Ein Dolmetscher hilft vor Ort, denn die Sprachbarriere verlangsamt den Prozess. Außerdem kommt es vor, dass das Programm, mit dem die Beamten die Daten eingeben, abstürzt und alles neu eingegeben werden muss.

In der Zwischenzeit unterstützen die Stadteinwohner weiterhin tatkräftig die von dem bewaffneten Konflikt Geflüchteten. Neben zahlreichen Sammlungen, die von verschiedenen städtischen Einrichtungen durchgeführt werden, leistet auch die griechisch-katholische Kirchengemeinde in großem Umfang Hilfe. Der größte Erfolg war der Erwerb von zwei Rettungswagen, die jetzt in der Ukraine eingesetzt werden. Die materielle Unterstützung in Form von Kleidung, Medika-

menten, Verbandsmaterial, Transport und Unterbringung wird sowohl von Geistlichen als auch von zahlreichen Freiwilligen koordiniert und bereitgestellt. In den Räumlichkeiten der Pfarrei wurde ein spezielles Lager eingerichtet, in dem Spenden für Bedürftige abgegeben werden können.

Immer wieder tauchen Flüchtlinge aus der Ukraine auf, um sich mit dem Lebensnotwendigen zu versorgen. Mit der zunehmenden Zahl von Flüchtlingen steigt auch der Bedarf an Soforthilfe. Die griechisch-katholische Gemeinde tut ihr Bestes, um Grundbedürfnisse der Geflüchteten zu erfüllen, ebenso wie zahlreiche Spender und Privatpersonen. Wie die Freiwilligen betonen, befindet sich die Hilfe des Staates und der internationalen Gemeinschaft erst in der Aufbauphase, und wie üblich nehmen die Formalitäten viel Zeit in Anspruch, bevor die Hilfe geleistet wird, während die dringendsten Bedürfnisse aber sofort befriedigt werden müssen.

Die Flüchtlinge, die oft die polnische Sprache nicht beherrschen, brauchen auch einen Rechtsbeistand. Dieser wird von der Regionalen Rechtsberatungskammer in Allenstein angeboten. Alle Personen, die Unterstützung bei Verfahren zur Legalisierung ihres Aufenthalts in der Republik Polen, zur Erlangung des Flüchtlingsstatus oder des politischen Asyls, bei Verfahren im Zusammenhang mit Beschäftigung, Gesundheitsleistungen und sonstiger rechtlicher Unterstützung benötigen, können sich an die teilnehmenden Rechtsberater und Rechtsreferendare wenden. Ihre Kontaktdaten sind auf der Website der Regionalen Rechtsberatungskammer in Allenstein zu finden. Es ist derzeit schwer abzuschätzen, wie viele Flüchtlinge im südlichen Ostpreußen und in der Stadt Allenstein eintreffen. Dies wird erst möglich sein, sobald die Flüchtlinge ihre PESEL-Nummern erhalten haben.

KÖNIGSBERG

Die Stadt geht gegen illegalen Alkoholverkauf vor

Verdeckte Bierläden in Wohnhäusern – Zahlreiche Anwohner beschwerten sich über nächtliche Ruhestörungen

Alkohol gilt als „Problemlöser“ für alle und als Stressbewältiger für viele Menschen. Bierläden, die als Bars und Kneipen „getarnt“ sind, erfreuen sich in Königsberg bei ihrer Zielgruppe großer Beliebtheit. Um Abhilfe zu schaffen, hat die Regierungsregierung beschlossen, massive Razzien in Bierläden durchzuführen, die Alkohol in der Nähe von sozialen Einrichtungen wie Schulen und Kindergärten verkaufen. Die zuständigen Regierungsstellen haben bereits damit begonnen, Bierläden in den genannten Gebieten zu ermitteln, die keine Lizenz zum Verkauf alkoholischer Getränke erworben haben.

Bislang konnten Bierläden unkontrolliert eröffnet werden, weil die Inhaber keine Lizenzen oder Sondergenehmigungen dafür einholen mussten. Beschwerden von Anwohnern über nächtliche Ruhestörungen aufgrund des Verkaufs von Alkohol in der Nachbarschaft führten zur Überprüfung solcher Verkaufsstellen.

Schon länger ist der Verkauf von alkoholischen Getränken im Königsberger Gebiet nur in der Zeit zwischen 9 und

21 Uhr erlaubt. Nach 21 Uhr arbeiten jedoch viele Bierverkaufsläden wie öffentliche Gaststätten, deren Öffnungszeiten in keiner Weise eingeschränkt sind.

Im Jahr 2021 wurden in Königsberger Getränkeläden, die auch nachts geöffnet sind, zahlreiche Kontrollkäufe getätigt. Da-

bei stellte sich heraus, dass alle Geschäfte nicht ordnungsgemäß als Gastronomiebetrieb gekennzeichnet waren.

Das heißt, sie hatten keine Speisekarte, keinen Schankraum, keine Kundentoiletten und auch keine Küche. Die einzige Nuance, mit der die Bierläden ihren Status als

„Bar“ rechtfertigten, war, dass sie alkoholische Getränke offen und ohne Korken verkauften.

Verschärfung der Bedingungen

Irina Sorokina, die stellvertretende Ministerpräsidentin der Regionalregierung, erklärte, dass die Regionalbehörden eine Gesetzesinitiative zur Verschärfung der Anforderungen an Getränkeläden, die Alkohol in der Gastronomie verkaufen, einbringen wollten. Darüber hinaus sei geplant, mit den Mietern in Mehrfamilienhäusern zu verhandeln, um sicherzustellen, dass solche Verkaufsstellen nicht heimlich in Wohngebäuden betrieben werden.

Die Behörden haben beschlossen, die Mindestbedienungsfläche für Gaststätten, die Alkohol verkaufen und sich in Mehrfamilienhäusern befinden, zu erhöhen. Zurzeit sind es noch 20 Quadratmeter, was die Betreiber von Getränkeläden ausnutzen. Diese sind praktisch rund um die Uhr unter dem Deckmantel von Bars tätig, obwohl sie es in Wirklichkeit nicht sind.

Die Stadtregierung hat eine Initiative zur Verschärfung der Vorschriften für den Alkoholverkauf in Wohngebäuden ergriffen. Sie sieht vor, die Anforderungen an die Mindestfläche in Gastronomiebetrieben, die alkoholische Getränke in Mehrfamilienhäusern verkaufen, auf 50 Quadratmeter zu erhöhen. Gleichzeitig werden die Läden in den Wohngebäuden weiterhin geöffnet sein, allerdings nur von 11 bis 21 Uhr.

Gouverneur Anton Alichanow hatte bereits 2017 und 2018 Kampagnen gegen nächtliche Alkoholverkäufe geführt. Die aktuelle Kampagne begann nach einem Besuch im ehemaligen Ostseevierviertel, wo sich die Anwohner beim Bezirksleiter über den 24-Stunden-Betrieb des Ladens „Goscha“ beschwert hatten, der die Trinker um sich schare. Die Verkaufsstelle war Gegenstand zahlreicher Inspektionen und Versuchen, sie zu schließen. Dies ist nur eines von vielen Beispielen, in denen ein Alkoholverkauf im Erdgeschoss eines Wohnhauses 24 Stunden am Tag unter dem Deckmantel einer Bar betrieben wird.

Jurij Tschermyschew



Alkoholverkauf rund um die Uhr: Bierläden in Königsberg

Foto: J.T.

Wir gratulieren...



ZUM 101. GEBURTSTAG

Dunio, Irmgard, geb. **Kochanowski**, aus Neidenburg, am 30. März
Riehl, Charlotte, geb. **Reich**, aus Tapiaw, Kreis Wehlau, am 28. März

ZUM 100. GEBURTSTAG

Geyer, Herta, geb. **Jankowski**, aus Statzen, Kreis Lyck, am 31. März
Kesting, Elisabeth, geb. **Bondzio**, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 29. März

ZUM 99. GEBURTSTAG

Büttner, Jutta, geb. **Seibt**, aus Kumeppen, Kreis Fischhausen, am 30. März
Langkeit, Heinz, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 27. März
Neumann, Hildegard, aus Bärwalde, Kreis Fischhausen, am 26. März
Schönwald, Erna, geb. **Donner**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 25. März

ZUM 98. GEBURTSTAG

Gryzewski, Werner, aus Lyck, am 25. März
Maxim, Hugo, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 28. März
Weidkuhn, Arno, aus Lyck, am 31. März

ZUM 97. GEBURTSTAG

Geniffke, Irma, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 25. März
Knischewski, Ernst, aus Reinkenental, Kreis Treuburg, am 26. März
Scheingruber, Erna, geb. **Klesch**, aus Lyck, am 30. März

ZUM 96. GEBURTSTAG

Kling, Waltraut, geb. **Gulatz**, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 29. März
Koschorrek, Bruno, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 30. März

ZUM 95. GEBURTSTAG

Dander, Kurt, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 28. März

Gorzalka, Erna, geb. **Groehn**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 31. März
Kaiser, Walter, aus Eckersdorf, Kreis Mohrunen, am 26. März
Koepke, Ursula, geb. **Kaminski**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 31. März
Ludwig, Klaus, aus Saalfeld-Ebenau, Kreis Mohrunen, am 30. März
Rega, Ruth, geb. **Mrotzek**, aus Borken, Kreis Lyck, am 25. März
Reiniger, Emil, aus Linkenau, Kreis Mohrunen, am 28. März
Wesolowski, Renate, geb. **Huck**, aus Radnicken, Kreis Fischhausen, am 26. März

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bahlo, Reinhold, aus Talussen, Kreis Lyck, am 28. März
Bednarz, Ernst, aus Groß Jeruten, Kreis Ortelsburg, am 25. März
Biallas, Irma, geb. **Sembritzki**, aus Bunhausen, Kreis Lyck, am 31. März
Jopp, Erika, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 30. März
Kallinowski, Manfred, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 25. März
Kosmann, Gerhard, aus Motitten, Kreis Mohrunen, am 25. März
Lohmeyer, Ella, geb. **Elnzer**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 25. März
Lotz, Irmgard, geb. **Tuttas**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 25. März
Schemmel, Gerda, geb. **Begett**, aus Kirpehnen, Kreis Fischhausen, am 29. März
Sokolowski, Günter, aus Neuen-dorf, Kreis Lyck, am 28. März
Szogas, Edit, aus Lengen, Kreis Ebenrode, am 29. März
Turowski, Helmut, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 31. März
Wittkowski, Horst, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, am 28. März

ZUM 93. GEBURTSTAG

Behrend, Ella, geb. **Kaulitzki**, aus Hohenberge, Kreis Elchniederung, am 28. März
Benjestorf, Frieda, geb. **Stelzer**, aus Mohrunen, am 28. März
Draack, Hans, aus Imten, Kreis Wehlau, am 28. März
Gallein, Erich, aus Kischen, Kreis Elchniederung, am 27. März
Goebel, Hedwig, geb. **Muczenski**, aus Weißhagen, Kreis Lyck, am 30. März
Joecks, Herta, geb. **Chilla**, aus Grünlanden, Kreis Ortelsburg, am 29. März

Koppert, Elisabeth, geb. **Janz**, aus Gilgetal, Kreis Elchniederung, am 27. März
Kullak, Dr. Ernst, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, am 31. März
Kyewski, Gertrud, geb. **Robazek**, aus Brodau, Kreis Neidenburg, am 27. März
Prahs, Walter, aus Klein Purden, Kreis Allenstein, am 29. März
Seidel, Herbert, aus Neidenburg, am 28. März
Thomzik, Ilse, aus Ortelsburg, am 29. März

ZUM 92. GEBURTSTAG

Czychon, Horst, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 30. März
Engmann, Irmgard, geb. **Rudowski**, aus Lindendorf, Kreis Wehlau, am 31. März
Gutzeit, Bruno, aus Lindendorf, Kreis Wehlau, am 30. März
Hoffmann, Klaus, Kreisgemeinschaft Neidenburg, am 29. März
Kalisch, Ruth, geb. **Scharkowski**, aus Jürgen, Kreis Treuburg, am 25. März
Kühne, Hildegard, geb. **Knappke**, aus Randau, Kreis Ebenrode, am 26. März
Mrozek, Lisbeth, geb. **Kempko**, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 29. März
Naujoks, Kurt, aus Pelkeninken, Kreis Wehlau, am 28. März
Reinke, Liselotte, geb. **Pogodda**, aus Kalkhof, Kreis Treuburg, am 31. März
Rimkus, Bruno, aus Dünen, Kreis Elchniederung, am 31. März
Schimpf, Ilse, geb. **Langhans**, aus Hanshagen, Kreis Preußisch Eylau, am 25. März
Schmalstieg, Else, geb. **Gaurun**, aus Ebenrode, am 27. März

ZUM 91. GEBURTSTAG

Dargies, Gerhard, aus Gilgenfeld, Kreis Elchniederung, am 25. März
Friske, Sigrid, Kreisgemeinschaft Ebenrode, am 26. März
Gayko, Georg, aus Rundfließ, Kreis Lyck, am 25. März
Grunwald, Irmgard, geb. **Peel**, aus Lindendorf, Kreis Ortelsburg, am 26. März
Kopenhagen, Rosemarie, geb. **Brandt**, aus Weidicken, Kreis Lötzen, am 25. März

Kranz, Gerda, geb. **Szeimies**, aus Loye, Kreis Elchniederung, am 29. März
Lattko, Wilhelm, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 31. März
Lintig, Sigrid von, geb. **Knappke**, aus Randau, Kreis Ebenrode, am 27. März
Müller, Ruth, geb. **Masuhr**, aus Treuburg, am 27. März
Polkowski, Erich, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 26. März
Prüß, Erna, aus Lötzen, am 27. März
Rodloff, Martin, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 28. März
Rieswick, Elly, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 24. März
Schöttker, Hildegard, geb. **Lasarzewski**, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 29. März
Wycisk, Lieselotte, geb. **Koszinowsky**, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 29. März
Zupp, Edith, geb. **Jurr**, aus Klinglacken, Kreis Wehlau, am 31. März

ZUM 90. GEBURTSTAG

Carstensen, Waltraut, aus Schorschnehen, Kreis Fischhausen, am 25. März
Eberhardt, Hans, aus Schorkenicken, Kreis Wehlau, am 25. März
Jakubowski, Günter, aus Schwen-tainen, Kreis Treuburg, am 27. März
Jelonck, Helmut, aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 27. März
Jeromin, Gerda, geb. **Zachau**, aus Wehlau, am 27. März
Kaßmekat, Ilse, geb. **Doose**, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 30. März
Kilimann, Kurt, aus Reinlacken, Kreis Wehlau, am 25. März
Laudan, Gerda, geb. **Ennullat**, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, am 30. März
Möller, Waltraut, geb. **Grochowski**, aus Bunhausen, Kreis Lyck, am 29. März
Nieske, Erich, aus Krattlau, Kreis Fischhausen, am 29. März
Sadowski, Walter, aus Schönhöhe, Kreis Ortelsburg, am 26. März
Schmahl, Edith, geb. **Kalinowski**, aus Eichhorn, Kreis Treuburg, am 28. März
Schröder-Janzik, Elisabeth, aus Goldensee, Kreis Lötzen, am 31. März

ZUM 85. GEBURTSTAG

Buchsteiner, Uwe, aus Lyck, am 29. März
Fahrig, Lothar, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 27. März
Forstreuter, Hartmut, aus Schenkshagen, Kreis Ebenrode, am 28. März
Heine, Brunhilde, geb. **Pörschke**, aus Dittersdorf, Kreis Mohrunen, am 31. März

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Janke, Brigitte, geb. **Kleinert**, aus Warschfelde, Kreis Elchniederung, am 27. März
Krawitz, Dietlinde, geb. **Philipp**, aus Krupinnen, Kreis Treuburg und aus Lyck, am 27. März
Lange, Elfriede, geb. **Dzikowski**, aus Klein Rauschen, Kreis Lyck, am 26. März

Lankau, Reingard, aus Mohrunen, am 25. März
Mai, Rosemarie, aus Peyse, Kreis Fischhausen, am 30. März
Pelzer, Lisbeth Margarete, geb. **Moritz**, aus Steinhalde, Kreis Ebenrode, am 29. März
Rebischke, Erna, geb. **Januschke-witz**, aus Millau, Kreis Lyck, am 28. März
Thiel, Jürgen, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 27. März
Tomkowitz, Günter, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 28. März

ANZEIGEN

Atlas östliches Mitteleuropa Velhagen & Klasing 1959
56x40,55; 68 ganzseitige Karten mit Messingschrauben, Bildtafeln, Übersichtskarten (Ostpr., Pommern, Mark Brandenburg, Schlesien), 190 €. Kontakt reipeki1@web.de

Wendelin Schlosser „Kulturrevolution – Hass auf das Normale“
Die Deutschen kommen nicht mit dem Selbsthass zur Welt, sondern sie werden von Hasspredigern zum Selbsthass erzogen. Die vom Selbsthass zerfressenen Deutschen marschieren mit gefalteten Händen und geschlossenen Goschen dem Abgrund entgegen. ISBN: 978-3-8372-2443-6 2021, 262 S., 19,80 € August von Goethe Literaturverlag

Veit, Reela, geb. **Gerull**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 28. März
Wiesener, Friedrich, aus Fischhausen, am 25. März

ZUM 80. GEBURTSTAG

Lochte, Ulrike, geb. **Lange**, aus Liebstadt, Kreis Mohrunen, am 30. März
Manthey, Adelheid, geb. **Sadowski**, aus Großalbrechtort-Abbau, Kreis Ortelsburg, am 31. März
Sobanski, Brigitte, geb. **Sewczik**, aus Grabnik, Kreis Lyck, am 27. März

ZUM 75. GEBURTSTAG

Neufert, Siegfried, aus Treuburg, am 25. März



Ostpreußisches Landesmuseum

Führung im Rahmen der Reihe „Museum Erleben“ mit Jörn Barfod, Dienstag, 5. April, 14.30 Uhr, Eintritt: 1,50 Euro zuzüglich Museumseintritt.

Was hing in den Wohnungen der Wirtschaftswunderkinder an der Wand? Das erfahren Sie in der letzten Führung durch die nur noch bis zum 18. April laufende Kabinettausstellung „Des Alltags schöne Seiten – Grafik der 1950er Jahre“! Die Kunstszene in der jungen Bundesrepublik entwickelte sich lebhaft mit Beginn des wirtschaftlichen Aufschwungs. Neue Einflüsse der internationalen Moderne stellten einen radikalen Bruch mit der vorherigen Kunst im Dritten Reich dar. Zwischen Tradition

und völliger Abstraktion gab es auch Mittelwege, die man als „gemäßigte Moderne“ bezeichnen könnte. Diese Richtung passte zu der aufstrebenden Mittelschicht im sogenannten Wirtschaftswunder der 1950er Jahre. Druckgrafik war dazu ein geeignetes Medium.

In der Führung beantwortet der Kurator der Ausstellung Fragen zu den ausgewählten Grafiken der aus Ostpreußen stammenden Künstler Gerhard Matzat und Ute Brinckmann-Schmolling.

Eine Anmeldung unter E-Mail: info@ol-ig.de oder Telefon (04131) 759950 ist erforderlich. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt.

Zusendungen für die Ausgabe 14/2022

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 14/2022 (Erstverkaufstag 8. April) **bis spätestens Dienstag, den 29. März**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Kontakt

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Termine 2022 der Landsmannschaft Ostpreußen

22. bis 24. April: Kulturseminar in Helmstedt
23. und 24. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine (geschlossener Teilnehmerkreis in Sensburg)
11. Juni: Jahrestreffen der Ostpreußen in Wolfsburg
25. Juni: Ostpreußisches Sommerfest (Veranstalter: VdGEM) in Hohenstein (Ostpreußen)
1. bis 3. Juli: 8. Sommerolympiade in Heilsberg
23. bis 25. September: Geschichtsseminar in Helmstedt

24. September: 25. Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern (Veranstalter: LO-Landesgruppe M-V) in Schwerin
7. bis 9. Oktober: 10. Deutsch-Russisches Forum „Zukunft braucht Vergangenheit“ (geschlossener Teilnehmerkreis) in Lüneburg
10. bis 16. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
4. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

5. und 6. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal
5. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt
Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

**Baden-Württemberg**

Vorsitzende: Uta Lüttich,
Feuerbacher Weg 108, 70192
Stuttgart, Tel.: 0711 - 85 40 93,
uta.luetlich@web.de **Geschäfts-**
stelle: Haus der Heimat, Schloss-
straße 92, 70176 Stuttgart,
2. Stock, Zimmer 219 (Sprech-
stunden nach Vereinbarung)

Ostermarkt

Stuttgart – Sonnabend, 26. März,
10 bis 16 Uhr, Haus der Heimat,
Schlossstraße 92: 13. Ostdeutscher
Ostermarkt.

Weitere Informationen bei
DJO-Deutsche Jugend in Europa
e.V., Schlossstraße 92, 70176 Stutt-

gart. Ansprechpartner ist Hartmut
Liebscher, E-Mail: hartmut@
djobw.de, Telefon (0711) 625138.

**Bayern**

Vorsitzender: Christoph Stabe,
Ringstraße 51a, App. 315, 85540
Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@
low-bayern.de, www.low-bayern.de

Landeskulturtagung 2022

Ellingen – Sonnabend, 26. März,
9.30 bis 17.15 Uhr, Kulturzentrum
Ostpreußen: Landeskulturtagung.
Eine Anmeldung war notwendig,
ohne eine Teilnahmebestätigung
ist der Zutritt nicht möglich. Vor-

aussetzung für eine Teilnahme ist
ferner die aktuell gültige 3-G-
Regel, ohne die auch ein Betreten
des Schlosses generell nicht gestattet
ist. Eine Überprüfung findet am
Empfang statt. Denken Sie bitte
daran, den entsprechenden Nach-

weis mit sich zu führen.

Treffen

Nürnberg – Dienstag, 29. März,
15 Uhr, Haus der Heimat, Nürn-
berg-Langwasser, Imbuschstra-

ße 1 (Ende der U1 gegenüber):
Treffen zum Thema: „Die Volks-

stimmung in Ostpreußen im Jahr
1920“.

**Bremen**

Vorsitzender: Heinrich Lohmann,
Geschäftsstelle: Parkstraße 4,
28209 Bremen, Telefon (0421)
3469718

Mitgliederversammlung

Bremen – Mittwoch, 30. März,
15 Uhr, Lounge, Restaurants im
Überseemuseum, Bahnhofplatz:
Mitgliederversammlung mit Vor-

standswahl Wir weisen darauf hin,
dass nach derzeitiger Rechtslage
ein Zutritt zur Jahreshauptver-

sammlung nur möglich ist, wenn
ein 3G-Nachweis (geimpft, gene-

sen, getestet) vorliegt und mitge-

führt wird.

**Hessen**

Vorsitzender: Ulrich Bonk
Stellv. Vorsitzender: Gerhard
Schröder, Engelmühlenweg 3,
64367 Mühlthal,
Tel. (06151)148788

Bericht

Darmstadt/Dieburg – Die LOW
Kreisgruppe DA/DI hat einen neu-

en Weg für das Treffen der Lands-

leute gesucht und ihn gefunden.
Unser erstes Treffen auf diesem
Weg fand am 12. März zusammen
mit der Heimatgruppe der Inster-

burger im Bürgermeister Pohl-

Haus in Wixhausen statt.

Der Zuspruch aus beiden Grup-

pen war sehr groß, und wir konn-

ten mit insgesamt 29 Teilnehmern
die Stunden genießen. Der Aus-

tausch von Informationen mit den
Tischnachbarn war sehr groß und
wurde sehr intensiv genutzt.

Wir glauben, dass der gefunde-

ne Weg, ein guter Weg ist, um die

immer kleiner werdenden Grup-

pen der einzelnen Landsmann-

schaften doch noch zusammen zu

bringen und zusammenzuhalten.

Die ersten begrüßenden Worte

sprach Renate Buslaps von der

Heimatgruppe der Insterburger,
sie hieß alle recht herzlich will-

kommen. Auch der Vorsitzende
der Insterburger, Jürgen Pantel,
sprach begrüßende Worte, ebenso

Gerhard Schröder der Vorsitzende
der LOW-DA/DI. Die Insterburger

unterstützten die Willkommens-

grüße mit einem „Schlubberchen“
selbst hergestellten Bärenfangs.
Die LOW-DA/DI verteilte Königs-

berger Marzipan-Herzen zur Be-

grüßung.

Nach den Grußworten und kur-

zen Informationen wurde ein ge-

meinsames Mittagessen einge-

nommen, welches das Gefühl einer
großen Gemeinschaft vertiefte.

Im weiteren Verlauf dachte
man an die Geburtstagskinder der
LOW und Insterburger der letzten
Monate, wobei man feststellte,
dass bei der LOW-DA/DI ein
101-jähriges Mitglied – Willy Po-

segga – besonders zu erwähnen ist.
Im Zusammenhang mit der
derzeitigen kriegerischen Situati-

on in der Ukraine haben wir ge-

meinsam das Gebet der ostpreußi-

schen Dichterin und Ehrenbürge-

rin Frieda Jung gesprochen:
„Herr, gib uns helle Augen, die
Schönheit der Welt zusehen! Herr,
gib uns feine Ohren, dein Rufen zu
verstehen! Und weiche, linde Hän-

de für unserer Brüder Leid, und
klingende Glockenworte für unse-

re wirre Zeit! Herr, gib uns rasche
Füße nach unsrer Arbeitsstatt und
eine stille Seele, die deinen Frieden
hat.“
Buslaps verlas die Grußworte
von Gerlinde Groß, der Vorsitzen-

den der LOW-Kreisgruppe Frank-

furt am Main e.V., die krankheits-

bedingt nicht teilnehmen konnte:
„Liebe Landsleute, „Nie wieder
Krieg!“ war jahrzehntelang der Leit-

satz, der ganz besonders denjeni-

gen unter uns, die auf schmerzhaft
Weise ihre Heimat verloren haben,
in großen Buchstaben auf die Stirn

geschrieben war. Und doch müssen
wir in diesen Tagen wieder erleben,
was es heißt, Angst vor skrupello-

sen Machthaber mit ihren Kriegs-

gelüsten haben zu müssen.
Schon die Corona-Pandemie
hat uns in den vergangenen zwei
Jahren erschreckender Weise ge-

zeigt, wie ohnmächtig wir fremden
Einflüssen auf dieser, in einem un-

vorstellbaren Tempo globalisier-

ten Welt, ertragen müssen.
Unerträglich ist es ebenso, dass
es selbst in Zeiten der Pandemie
in Teilen der Welt nicht ausgeblieben
ist, tausendfach Munitionskisten
mit abgelaufenem Verfallsdatum
über unschuldigen Menschen zu
leeren und dann darüber zu disku-

tieren, ob sie an oder mit Corona
gestorben sind.
Sind wir Menschen wirklich da-
zu verdammt, uns selbst zu ver-

nichten? Heute sage ich: Nein!

Fortsetzung auf Seite 16

Das Maßband des Lebens ist zu Ende...

Claus Thierbach

* 3. Januar 1927 in Insterburg / Ostpreußen
† 8. März 2022 in Lengerich / Westfalen

Ein unendlich liebes und ehrliches Herz
hat aufgehört zu schlagen.

Wir sind sehr traurig

Gabi
Larissa

Traueranschrift: Trauerhaus Thierbach
c/o Mersmann Bestattungshilfe
Osnabrücker Straße 1, 49525 Lengerich
Die Beisetzung findet in aller Stille statt.



Am 12. und 13. März fand die Arbeitstagung der Kreisvertreter in der Politischen Bildungsstätte Helmstedt statt. Unter der Leitung von Brigitte Stramm berichteten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über die Situation der Stadt- und Kreisgemeinschaften und die Folgen der Coronapandemie für ihre Arbeit. Einen besonderen Schwerpunkt bildeten die Beratungen über die grenzüberschreitende Arbeit im Zeichen der aktuellen Lage im Osten Europas. Die Heimatsstuben und Heimatmuseen sind Schaufenster für das Wirken der ostpreußischen Kreisgemeinschaften. Ihre gegenwärtige Situation und die Möglichkeiten zur Zukunftssicherung waren weitere wichtige Themen der Tagung

Foto: Heinz-Wolfgang Malessa

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

- Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis
von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte die
 Prämie Nr. 1 (Leuchtglobus) oder
 Prämie Nr. 2 (Renaissanceglobus).

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung
für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ
im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.
Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu
auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-04-C



Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

**Prämie 1:
Leuchtglobus****Prämie 1: Leuchtglobus**

Das physische Kartenbild zeigt detailliert
die Landschaftsformen sowie die
Gebirgszüge und Gebirgsregionen, die
Tiefen, das Hochland, die Wüsten
und in einer plastischen Deutlichkeit
durch Farbabstufungen die Meerestiefen.
Das politische Kartenbild dokumen-

tiert alle Staaten und die verwalteten
Gebiete unseres Planeten. Sichtbar sind
Flug-, Schiffs- und Eisenbahnlinien.

**Prämie 2:
Renaissanceglobus****Prämie 2: Renaissanceglobus**

Pergamentfarbene Ozeane, Länder mit
typischem Randkolorit auf Pergament-
fond, Darstellungen von Fregatten,
Seeschlangen und einer Windrose
zeichnen diesen Globus aus. Beleuchtet
sind die Entdeckungsrouten von Christoph
Kolumbus bis Magellan zu sehen. Das
Kartenbild wurde nach Originalkarten
aus dem 16. Jahrhundert gestaltet.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Landesgruppen

Fortsetzung von Seite 15

In den letzten Wochen durfte ich in mehreren Kliniken Menschen kennenlernen, die unter strengen Corona-Auflagen außergewöhnliche Energie aufwenden, um Leben zu retten und lebenswert zu machen, ohne nach egoistischer Selbstverwirklichung oder freiheitlicher Grundordnung zu fragen. Für diese Erfahrung war ich diesen Menschen sehr dankbar, und es fiel mir immer wieder ein, was unser Königsberger Philosoph Immanuel Kant sagte:

„Bin ich eine lernende Seele, hat das Leben auch in seinen dunkelsten Stunden einen unendlichen Wert.“ Passend zum heutigen Tag füge ich hinzu: Lernen mussten, konnten und können wir Ostpreußen am besten gemeinsam. Denn Gemeinschaft, Zusammenhalt und Miteinander macht unser Leben besonders lebenswert.

Ich bedauere es deshalb sehr, dass ich heute nicht diese kostbare Gemeinschaft genießen kann.

So wünsche ich allen Anwesenden – auch im Namen des Vorstandes der LOW, Kreisgruppe Frankfurt am Main – trotz aller aktuellen Widrigkeiten für alle heutigen und künftigen Vorhaben in der Gemeinschaft gutes Gelingen.“

Auch die Möglichkeit, Gedichte vorzutragen, wurde rege genutzt, sogar die Speisekarte wurde in ostpreußischer Mundart vorgetragen.

Hannelore Neumann informierte darüber, dass das Land Hessen ein Studienfach für Flucht

und Vertreibung in Vorbereitung hat, und dass es bald genutzt werden kann.

Die Zeit verging wie im Fluge. Kaffee und gespendeter Kuchen aus dem Teilnehmerkreis versüßte uns den Nachmittag.

Alle Frauen erhielten anlässlich des Weltfrauentages einen Tulpenstrauß „Blumen für den Frieden“, der mit großer Freude entgegengenommen wurde.

Mit dem Wunsch für einen guten Nachhauseweg und dass wir uns zum nächsten gemeinsamen Treffen am 7. Mai gesund wiedersehen, endete die Veranstaltung.

Christian Keller

Filmvortrag

Kassel – Donnerstag, 7. April, 15 Uhr: Filmvortrag: „Verborgene Geschichte“. An diesem Nachmittag werden Forschungsergebnisse englischer Historiker zum Ersten Weltkrieg vorgestellt.

Bericht

Kassel – In diesen Frühlingstagen freuen wir uns des zunehmenden Lichts, werden aber zugleich durch dunkle Schatten geängstigt: Krieg und Flucht ereignen sich unweit unseres Landes. Besonders für die deutschen Heimatvertriebenen drängen sich Vergleiche zu 1939/1945 auf.

Wenige Wochen vor Ausbruch des Ukraine-Kriegs diskutierte die Kasseler LOW-Gruppe beim Februar-Treffen über die Stimmungslage im deutschen Volk vor genau 77 Jahren unter dem Titel: „Unheimliche Botschaften – der 3. Februar 1945 in Walter Kempowskis



Plakat zur Wanderausstellung Foto: BdV

Plakat zur Wanderausstellung

Foto: BdV

ECHOLOT“ (Walter Kempowski: „Das Echolot. Ein kollektives Tagebuch. Januar/Februar 1943“, Knaus Verlag, München 2002, 3056 Seiten, 98 Euro). Allen Heimatgruppen, welche die schwere Kriegs- und Nachkriegszeit nicht ganz aus dem Blickfeld nehmen wollen, sei das vielbändige Quellenwerk von Kempowski sehr empfohlen.

Auf dieser Erinnerungslinie lag auch das Thema der Märzver-

sammlung: „Was wollen die hier? – Flüchtlinge und Einheimische in Deutschland 1945“. Reichhaltige Materialien hierzu bieten George Turner unter gleicher Titelfassung (George Turner: „Was wollen die hier? Flüchtlinge und Einheimische 1945-49. Das Beispiel Ebtorf in der Lüneburger Heide“, Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2019, 52 Seiten, 12 Euro) und Andreas Kossert „Kalte Hei-

mat“ (Andreas Kossert: „Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945“, Pantheon Verlag, München 2009, 432 Seiten, 16 Euro).

Über die Aussagen und Dokumente, die in beiden Vorträgen zur Sprache kamen, entspann sich unter den Teilnehmern eine rege Diskussion, konnten sie doch aus eigenem Erleben oder von den Erzählungen ihrer Angehörigen Bemerkenswertes hinzufügen.

Gerhard Landau

dem, was sie in ihren Händen halten oder auf dem Rücken tragen können, erinnern auf erschreckende Weise an alte Schwarz-Weiß-Fotos der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen nach Ende des Zweiten Weltkrieges.

Haus der Heimat, Friedrichstraße 35, 65185 Wiesbaden, Telefon (0611) 360190.

Nordrhein-Westfalen

Erster Vorsitzender: Jürgen Zauner, **Stellv. Vorsitzende:** Klaus-Arno Lemke und Dr. Bärbel Beutner, **Schriftführerin:** Dr. Bärbel Beutner, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Bund der Vertriebenen

Wiesbaden – Der BdV-Landesverband Hessen e.V. informiert: Die kommende Ausstellung im Wiesbadener Haus der Heimat trägt den Titel „Mitgenommen – Heimat in Dingen“ und wird vom 27. April bis 10. Juni im Wiesbadener Haus der Heimat gezeigt.

Die Wanderausstellung des Hauses des Deutschen Ostens erinnert an Flucht, Vertreibung und Deportation der Deutschen aus dem östlichen Europa vor über 70 Jahren. Die Ausstellung will anhand von Gegenständen, die im Flucht- und Vertreibungsgepäck mitgenommen wurden, beispielhaft von persönlichen Schicksalen erzählen, wie sie bis heute von Krieg, Gewalt und Verfolgung bedrohte Menschen auf der ganzen Welt erleben müssen.

Traurige Aktualität erhält die Ausstellung durch den Krieg in der Ukraine. Wieder sind Hundertausende auf der Flucht vor Krieg und Gewalt. Die täglichen Bilder von überwiegend flüchtenden Frauen mit ihren Kindern, die ihre Heimat verlassen müssen mit nichts als

Ankündigung:

Oberhausen – Sonnabend, 7. Mai, 10 Uhr, Haus Union, Schenkendorfstraße 13: Delegiertentagung mit anstehender Neuwahl des Vorstandes. Als Vortragenden konnten wir wiederum den bekannten PAZ-Redakteur Hans Heckel gewinnen, er wird zur aktuellen politischen Lage referieren. Jürgen Zauner

Gerhart-Hauptmann-Haus

Düsseldorf – Gerhart Hauptmann Haus (GHH), Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus, Deutsch-osteuropäisches Forum, Bismarckstraße 90, 40210 Düsseldorf, Tele-

Fortsetzung auf Seite 17

Rätsel

Das Rätsel besteht aus einem Kreuzworträtsel mit 15 Spalten und 15 Zeilen. Die Beschriftungen sind:

- polnischer Nationalheiliger
- Gewächshausanlage
- Pullover (engl.)
- Deuter
- netzartiges Gewebe
- deutsches Mittelgebirge
- Himmelswesen
- Zier-Nutzpflanze
- peinigend, quälend
- König v. Mykene (griech. Sage)
- Begeisterung, Schwung
- Bein-gelenk
- Haus-halts-plan
- spanische Inselgruppe
- Schlussmann, Goal-keeper
- einen Heilurlaub machen
- Jagd-signal
- ein Indo-germane
- Berg im Himalaja (Mount ...)
- Fluss zur Seine
- Handeln ohne Beistand der Gruppe
- Schlacht-tiere reichlich füttern
- engl. Schrift-steller (Daniel)
- das Hoch-gebirge betref-fend
- stramm, straff gespannt
- das Paradies
- dt. Fußball-torwart (Sepp)
- Ver-schlei-erung
- vor langer Zeit
- kostbar; menschlich vornehm
- formbare Masse zum Spielen
- Schau-spiel-, Ballett-schüler
- latei-nisch; Mutter; Matrice
- Pädagoge
- Einfall, Gedanke
- Waldland in Feld ver-wandeln
- Asiat, Kau-kasier
- Gegner
- Heiligen-erzäh-lung
- Fort-bewe-gungs-art
- vorüber-gehend wohnen (Hotel)
- Heil-pflanze, Wohl-verleih
- exquisit, ausge-sucht
- Teil des Verdauungs-traktes
- wilde Menge, Schar
- elektri-scher Um-spanner (Kzw.)
- fressen (Wild)
- Heil-pflanze, Wohl-verleih
- exquisit, ausge-sucht
- das Unsterbliche
- bayer. Benedik-tiner-abtei
- warmer Aufwind
- römi-scher Liebes-gott
- Rhombus
- Grund-gedanke
- ital. Stadt am Golf von Salerno
- nord-scher Hirsch, Eich
- Strauch-frucht
- Anmer-kung
- Verbren-nungs-rück-stand
- Südost-asiat (ugs.)
- Bügel-maschine
- Vor-tragen-der
- Kose-form für Groß-mutter
- durch-triebene Person
- Bruder des Moses
- Samm-lung altind. Dichtung
- Seiten-ansicht
- Titel-heldin bei Jane Austen
- wohl, aller-dings
- augen-blickliche Stim-mung
- alt-griech. Orakel-stätte
- Entwick-lungs-richtung, Tendenz
- Lobrede
- Ei der Laus
- keines-falls, nie und nimmer
- mittelbar
- US-Bundes-polizei (Abk.)
- eng-lisches Bier
- wirklich
- eine Euro-päerin
- Fisch-fang-gerät
- schmü-ckendes Beiwerk
- Konto-ab-schluss
- Wellen-schaum
- Kfz-Zei-chen-Celle
- waage-rechte Reihe
- Behälter mit Deckel
- Burg in der Eifel

So ist's richtig:

3. Loreley
Magisch: 1. Johnson, 2. Antibes, 7. Reparatur – Topstar
5. Gewitter, 6. Austausch, 2. Pantoffel, 3. Klappen, 4. Taschen.
Mittelworträtsel: 1. Kadetten.
Schüttelrätsel:

Schüttelrätsel

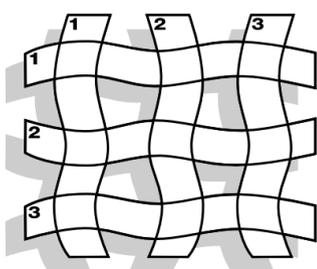
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

EEPSW	LPSU	EILST	AENOZ	ANNO	DEER	AHMR
			AEHZ			
DEOPT		ABDE				
AEINP						
RRTU						
EELS			MNOR			

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein anderes Wort für einen Spitzenkünstler.

1	SEE					SCHULE
2	FILZ					HELD
3	HERZ					FEHLER
4	HAND					UHR
5	HITZE					LUFT
6	WAREN					BAR
7	AUTO					KOSTEN



Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 36. US-Präsident (Lyndon B.)
- 2 französischer Mittelmeerhafen
- 3 Rheinfelsen; Rheinnixe

Landesgruppen und Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 16

fon (0211) 1699134, Internet: www.g-h-h.de.

Donnerstag, 7. April, 18 Uhr: „Ungarn nach der Wahl“ mit Stephan Löwenstein. #gerhartDIGITAL, Auftakt zur gleichnamigen ONLINE-Veranstaltungsreihe im GHH.

Wir begründen mit der Veranstaltung eine neue Veranstaltungsreihe #gerhartDIGITAL.

Alle Veranstaltungen finden als Videokonferenz von rund einer Stunde Dauer statt. Interessierte werden gebeten, sich unter sekretariat@g-h-h.de anzumelden und erhalten dann den entsprechenden Zugangs-Link.

7. April, 19 Uhr: „Verwandte Seelen? Käthe Kollwitz und Ernst Barlach“ Vortrag von Klaus Weigelt.

Die gebürtige Königsbergerin Käthe Kollwitz (1867–1945) und der aus dem holsteinischen Wedel stammende Ernst Barlach (1870–1938) gehörten der gleichen Generation von Künstlerinnen und Künstlern an – sie erlebten und gestalteten den Umbruch zur Moderne in Deutschland mit, beide erhielten ihre Anregungen zugleich durch künstlerische Beziehungen in weite Teile Europas. Vor allem Kollwitz hat wiederholt betont, dass Barlachs Schaffen, insbesondere das bildhauerische, sie stark beeinflusst hat. Beide kannten sich auch persönlich gut; dazu mag beigetragen haben, dass Kollwitz und Barlach beide 1919 in die Preußische Akademie der Künste berufen

wurden und sich auch zu den Akademiesitzungen trafen. Beide mussten im Zeichen der NS-Diktatur zeitversetzt die Akademie gewungenermaßen verlassen und unterlagen auch sonst zahlreichen Repressionen. Barlach war einsilbiger in seinen Äußerungen über Kollwitz als umgekehrt – was seiner großen Wertschätzung für die Kollegin keinen Abbruch tat.

Weigelt nimmt das künstlerische und persönliche Beziehungsgefüge zwischen den beiden großen Persönlichkeiten der Moderne genau in den Blick. Mit Kollwitz verbindet ihn nicht nur die gemeinsame Heimatstadt Königsberg. Als weltgewandter langjähriger Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung und, verstärkt seit seinem Eintritt in den Ruhestand, in führender Funktion in etlichen Institutionen, die sich um die Bewahrung des historischen und kulturellen Erbes des früheren deutschen Ostens bemühen, ist er als herausragender Literatur- und Kunstkenner ausgewiesen.

Studienreise vom 4. bis 14. August: „Zu den verlorenen Dörfern der Johannisburger Heide“

Seit 2017 organisiert die Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus in Kooperation mit zahlreichen Partnern in Deutschland und Polen jährlich Workcamps für Studierende zur Geschichte Masurens. Bei dem gemeinschaftlichen Projekt werden die Spuren der einstigen Bevölkerung im südlichen Ostpreußen sichtbar gemacht, erforscht und dokumentiert. Die praktischen und wissenschaftlichen Arbeiten dienen der touristi-

schen Erschließung der Region und der Auseinandersetzung mit der Geschichte dieser besonderen Landschaft und ihrer Menschen. Nach fünf Jahren ist nun ein guter Zeitpunkt, die Ergebnisse auch einem größeren Interessentenkreis zu präsentieren. Eine Studienreise mit Sabine Grabowski, die das Projekt für das GHH durchführt, bringt Sie mitten in die masurische Geschichte und lässt Sie das Schicksal dieser landschaftlich reizvollen Grenzregion aus einer besonderen Perspektive erleben. Das Programm bietet eine Vielzahl von außergewöhnlichen Einblicken in das masurische Leben, in Geschichte und Gegenwart und führt Sie zu herausragend schönen Orten jenseits der bekannten touristischen Pfade.

Anmeldung ab sofort möglich! Anmeldeschluss: 30. April.

Weitere Informationen bei: Sabine Grabowski, E-Mail: grabowski@g-h-h.de, Telefon (0211) 1699113.



Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg e.V.

Flensburg – Freitag, 8. April, 11 Uhr, Oase, Kielseng 30: Geburtstagsempfang des Vorsitzenden.



Johannsburg

Kreisvertreter: Klaus Downar, An der Grubenbahn 21, 01662 Meißen, Telefon (03521) 4592901, www.kreisgemeinschaft-johannsburg.de; kodo48@aol.com; **Kassenverwalter:** Günter Woyzechowski, Röntgenstraße 14, 31157 Sarstedt, Telefon (05066) 63438, g.awoy@htp-tel.de

Kreistags- und Beiratssitzung

Sarstedt – Sonnabend, 2. April, 11 Uhr: Kreis- und Beiratssitzung mit den Punkten: Jahresplanung, Hilfeprogramm, Finanzwesen, Heimatbrief und Personalstand. Das Hauptkreistreffen wird am 4. September in Dortmund stattfinden (siehe Heimatbrief 2022).



Lötzen

Kreisvertreter: Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553; E-Mail: kgl.milewski@osnanet.de **Stellvertreterin:** Petra-Kathrin Karpowski, 22880 Wedel **Geschäftsstelle und Heimatmuseum:** Gudrun Marlies Christians, Sudetenlandstraße 18 H, 24537 Neumünster, Telefon: +49 152 2903 2268, E-Mail: KGL-info@web.de

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle: Montag von 9 bis 12 Uhr sowie Donnerstag und Freitag von 14 bis 17 Uhr. Während der Öffnungszeiten der Geschäftsstelle sind die Museumsräume geöffnet.

Busreise nach Lötzen und Rhein

Vom 9. bis 16. Juni – Sonderreise für die Kreisgemeinschaft Lötzen, Gruppe Dieter Milewski.

Informationen und Reiseanmeldung über die Kreisgemeinschaft Lötzen, Dieter Arno Milewski, Telefon (05424) 4553, E-Mail: kgl.milewski@osnanet.de oder über Partner-Reisen in Lehrte, Telefon (05132) 588940, E-Mail: info@Partner-Reisen.com



Neidenburg

Kreisvertreter: Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, Telefon (02943) 3214, Fax -980276, E-Mail: u-pokraka@t-online.de **Stellvertreter:** Frank Jork, Oberbörry 18, 31860 Emmerthal-Börry, Telefon (0171) 7086334

Neuwahl des Kreistages

Nach Paragraph 9 Ziffer 15 der Satzung der Kreisgemeinschaft Neidenburg e.V. muss in diesem Jahr, nach vier Jahren, eine Neuwahl des Kreistages durchgeführt werden. Dieser neue Kreistag wählt am 3. September vor dem Heimattreffen am 4. September den neuen Kreisvertreter sowie einen neuen Kreisvorstand.

Im nächsten Heimatbrief Nr. 158 Pfingsten 2022 werden die Kreistagskandidaten vorgestellt. Weitere Vorschläge für neue Kreistagskandidaten teilen Sie mir bitte schriftlich bis zum 1. April mit.

Im nächsten Heimatbrief befinden sich die Wahlkarten, mit denen Sie ihre Kandidaten für den Kreistag wählen. Die Karten schicken Sie bitte ausgefüllt an den Wahlleiter Jürgen Szepanek (Adresse ist aufgedruckt). Er wird mit dem Wahlausschuss, Gisela Merchel und Ulrich Hoffmann, die Wahl betreuen und auswerten. Es können bis zu 15 Kandidaten an-

gekennzeichnet werden. Bei mehr als 15 Kreuzen sind nur die ersten 15 gültig. Bitte machen Sie regen Gebrauch von ihrem Stimmrecht, nur dann macht eine Wahl einen Sinn. Einsendeschluss ist der 15. Juli.

Ulrich Pokraka



Tilsit-Stadt

Stadtvertreter: Erwin Feige, Am Karbel 52, 09116 Chemnitz, Telefon (0371) 3363748. **Mitgliederfragen:** Bernd Polte, Stege 3, 19322 Abbendorf, Telefon (038791) 179873, E-Mail: :kajawanja@gmx.de

Briefmarke

Der Tilsiter Wilhelm Voigt ging 1906 als „Hauptmann von Köpenick“ in die Geschichte ein, indem er sich eine gebrauchte Uniform kaufte, in der er am 16. Oktober 1906 den Bürgermeister von Köpenick verhaftete und die Stadtkasse um 3557 Mark erleichterte. Zehn Tage später wurde er selbst verhaftet und verurteilt. Allerdings muss er nur 20 Monate seiner Strafe abbüßen, da Voigt durch den Kaiser begnadigt wurde.

Am 3. Januar 1922 starb Voigt an einer Lungenerkrankung verarmt in Luxemburg. Sein Grab auf dem Liebfrauenfriedhof auf Limpertsberg besteht bis heute.

Zum Todestag hat die luxemburgische Post eine Briefmarke im Wert von 1,05 Euro herausgegeben, von der luxemburger Künstlerin Anne Mélan gestaltet.

Ursprünglich sollte es eine luxemburgisch-deutsche Gemeinschaftsbriefmarke werden, aber das Bundesministerium für Finanzen lehnt es an, eine Briefmarke zu Voigts oder irgendeinem Todestag herauszugeben.

ANZEIGE

Sonnabend, 11. Juni 2022
10 - 17 Uhr CongressPark Wolfsburg

www.ostpreussen.de

Jahrestreffen

der Landsmannschaft Ostpreußen

Festveranstaltung mit Ansprache des Sprechers, Fahneneinmarsch, Kulturprogramm u.v.m.

CongressPark Wolfsburg
Heinrich-Heine-Straße, 38440 Wolfsburg
(Zufahrt über die Straße Klieverhagen)

Bitte beachten: Sichern Sie sich jetzt Ihre Karte zum Preis von 10 € zzgl. Versand im Vorverkauf: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Tel.: 040-4140080, selke@ostpreussen.de. Eintritt nur mit gültiger Karte.



Eines der vielen Ausflugsziele der Lötzen: Kloster Stary Lichén



Sonderbriefmarke zum Todestag von Wilhelm Voigt

ANZEIGE

Hochwertiges Krawattenklammer- und Manschettenknöpfe-Set mit Elchschaufeln

Edles Set für den Herrn: Krawattenklammer und ein Paar Manschettenknöpfe mit Elchschaufel im schwarzen Velourtui für 35,- Euro zzgl. 5,- Euro Versand- und Verpackungskosten

Bestellung: Preußische Allgemeine Angela Selke selke@paz.de Tel: 040-414008-0

35,- Euro zzgl. Porto und Verpackung

INTERVIEW

Reisen ins Königsberger Gebiet sind kaum möglich

Der Ukrainekrieg zerstört alle Hoffnung auf eine Erholung des Geschäfts – Die Reisebüro-Leiterin Natalia Romanova erzählt

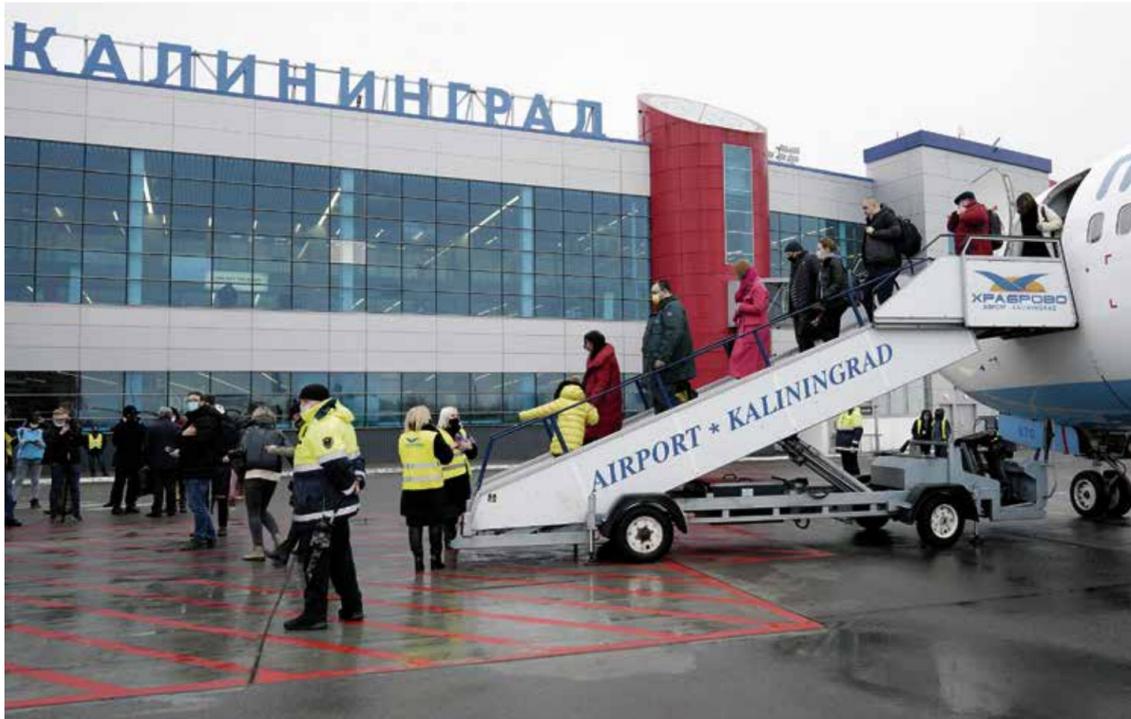
IM GESPRÄCH MIT
NATALIA ROMANOVA

Gerade erst sollte die neue Reisesaison beginnen, als es zum Kriegsausbruch in der Ukraine kam. Natalia Romanova, die in Hamburg ein auf Russland-Reisen spezialisiertes Reisebüro leitet, und die schon zahlreiche Gruppen ins Königsberger Gebiet begleitet hat, erlebte den 24. Februar, als Russland die Ukraine angriff, in der Königsberger Exklave. Wie für viele andere war das Ereignis für sie ein Schock.

Frau Romanova, Sie führen seit 15 Jahren in Hamburg das auf Russland-Reisen spezialisierte Reiseunternehmen Russland Reisen Romanova. Die vergangenen zwei Jahre stellten Corona-bedingt eine Herausforderung für Sie dar (die PAZ berichtete, siehe Nr. 36/2020, Seite 18). Wie haben Sie diese Zeit überstanden?

Leider hat mein Unternehmen Corona-bedingt ganz erhebliche Einbußen erlitten. Ab dem Frühjahr 2020 wurden immer mehr Reisebeschränkungen eingeführt. So wurden zum Beispiel Einreisen in das Königsberger Gebiet für Nicht-Russen nur noch auf dem Luftweg erlaubt. Da die Mehrzahl unserer Kunden aber gerne mit dem Bus und weniger gerne mit dem Flugzeug reist, bedeutete dies einen herben Einschnitt für uns. Mein kleines Hamburger Unternehmen florierte vor der Corona-Pandemie. Durch die veranlassten Reisebeschränkungen ist es aber an den Rand der Wirtschaftlichkeit gekommen.

Nun sollte eigentlich die Saison wieder anlaufen, doch der Krieg in der Ukraine hat alles verändert. Was passiert nun mit bereits gebuchten Reisen?



Bis vor Kurzem war es noch möglich, auf direktem Weg vom Westen nach Königsberg zu reisen, jetzt gibt es kräftige Einschnitte: Touristen steigen aus einem Flugzeug auf dem Flughafen Chrabrowo

Foto: Imago images/ITAR-TASS

Derzeit können praktisch keine touristischen Reisen in die Russische Föderation durchgeführt werden. Direkte Flüge gibt es wegen der Kriegssanktionen derzeit keine und die Einreise auf dem Landweg ist Nicht-Russen seit etwa zwei Jahren nicht erlaubt.

Gibt es seitens der Bundesregierung angesichts des Umsatzeinbruchs wegen der steigenden Energiekosten ein Hilfsangebot für die Reisebranche?

Nein, davon habe ich noch nichts gehört. Bisher gab es aber mehrfach staatliche Hilfen zur Überbrückung der coronabe-

dingten Umsatzeinbußen. Dafür sind wir sehr dankbar. Insgesamt ersetzt das aber bei Weitem nicht die Umsatzeinbrüche in meinem sehr spezialisierten Unternehmen.

Wie haben Sie, wie haben die Menschen im Königsberger Gebiet auf den Krieg am 24. Februar 2022 reagiert?

Ich war völlig überrascht, hatte damit nicht gerechnet. Sicherlich gab es schon Vorzeichen, etwa die über Jahre geführten Kriegshandlungen im Donbass. Dort herrschte ja schon seit 2014 Krieg, geführt von beiden Seiten. Dass es aber zu

einer solchen Eskalation kommen würde, habe ich nicht vorausgesehen. Meine Freunde und Bekannten im Königsberger Gebiet waren auch überrascht, ich glaube nicht, dass irgendjemand aus meinem Bekannten- und Freundeskreis in Russland das vorausgesehen hat.

Ist es derzeit überhaupt möglich, in das Königsberger Gebiet hinein- und herauszukommen?

Für nicht-russische Staatsangehörige, die als Touristen einreisen wollen, ist es momentan leider praktisch unmöglich. Die Einreise war wie gesagt schon seit

etwa zwei Jahren nur auf dem Luftweg möglich und auch nur direkt aus dem Herkunftsland. Nun sind auch noch die Kriegssanktionen hinzugekommen, nach denen keine Fluggesellschaft direkt von Deutschland nach Russland fliegen darf. Anders sieht es für Personen mit einem Wirtschaftsvisum aus; die dürfen unter Umständen sogar auf dem Landweg einreisen.

Russische Staatsangehörige mit einer unbefristeten Aufenthaltsgenehmigung in einem EU-Land dürfen auf dem Landweg ein- und ausreisen. Ich habe aber von Bekannten gehört, dass die polnische Seite seit Neuestem bei der Wiedereinreise in die EU intensive Personen- und Fahrzeugkontrollen einschließlich des Röntgens des Fahrzeugs durchführt und man mindestens eineinhalb Stunden an der polnischen Grenzstation steht.

Wie ist Ihre aktuelle Situation? Gibt es Pläne, Ihre Dienstleistungen auf andere Länder auszuweiten?

Meine aktuelle Situation ist wirklich nicht gut. Derzeit versuche ich aber Alternativen zu entwickeln, etwa vermehrt Reisen nach Litauen oder Polen zu vermitteln oder auch in Deutschland Ostpreußen-bezogene Reisen und Veranstaltungen anzubieten. Ich hoffe, dass mir das gelingen wird. Ich kann glücklicherweise auf einen treuen und relativ großen Kundenstamm zurückgreifen.

Das Interview führte
Manuela Rosenthal-Kappi



FOTO: ROMANOVA PRIVAT

• **Weitere Informationen:** Russland Reisen Romanova, Mühlendamm 84a, 22087 Hamburg, Telefon 040 (22697074)

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Ein pomologisches Schlagerduo als Oppelner Botschafter

Mit deutschen Schlägern haben sich Aneta und Norbert auch in die Herzen von Polen, Österreichern und Schweizern gesungen

Ich treffe Aneta Lissy-Kluczny auf der Brücke zur Bolko-Insel. Die Brücke verbindet das malerische Oppeln-Wilhelmstal [Opole-Pasieka] mit seinen Villen auf der Oderinsel Pascheke mit der Bolko-Insel. Diese ist mit ihrem weitläufigen Grün und dem Zoo einer der Lieblingsorte der Fremdenführerin. „Bis 1931 konnte man nur mit einem Boot diesen zauberhaften Naherholungsort erreichen, denn erst dann war die Brücke fertig“, sagt sie.

Der Grund für unser Treffen ist jedoch keine Stadtführung. Die Fremdenführerin (www.lissy-kluczny.pl) hat nämlich eine zweite Leidenschaft: die Musik. Zusammen mit Norbert Rasch bildet sie das deutschsprachige Schlagerduo „Aneta & Norbert“. Sie haben dieser Tage ein neues Lied mit Video herausgebracht. „Lieb' den Moment“ entstand vergangenes Jahr, „als Norbert 50 wurde“, verrät Aneta. Es fiel in die Zeit der Pandemiebeschränkungen, als keine Bühnenauftritte möglich waren und auch keine Reisegruppen nach Oppeln kamen. „Wir hatten also mehr Zeit für das Aufnahmestudio und für die Familie“, so Lissy-Kluczny.

Die aus Proskau [Prószków] im Landkreis Oppeln stammenden Musiker sind verheiratet, aber nicht miteinander und kennen sich noch aus der Schule. „Auch unsere Familien verstehen sich gut und

wir unternehmen vieles zusammen, auch im Garten“, sagt sie. Aneta und Norbert haben das Proskauer Pomologische Technikum absolviert, jedoch nicht nur aus Liebe zu Pflanzen.

Viele Gärtner unter Germanisten

Der Grund ihrer Wahl lag hauptsächlich darin, dass es die einzige Schule in der Woiwodschaft Oppeln war, in der vor der „Wende“ Deutsch unterrichtet wurde. „Deshalb gibt es in der Region so viele Gärtner unter den Germanisten“, lacht sie und versichert, dass es für die deutschen Proskauer fast Pflicht sei, die pomologische Tradition am Leben zu halten. Das Proskauer Schloss der Adelsfamilie Proskowski diente nämlich ab 1847 der Königlich-Preussischen Gärtnerlehranstalt, aus der 1881 das Königliche Pomologische Institut wurde. Während Aneta zum Studieren in die Bundesrepublik ging, blieb Norbert in Oppeln und studierte dort Germanistik. Schon damals engagierte er sich im Jugendverband der Deutschen Minderheit und in der Kommunalpolitik. 2008 wurde er zum Vorsitzenden der Sozial-Kulturellen Gesellschaft der Deutschen in der Woiwodschaft Oppeln gewählt und behielt bis 2015 den Vorsitz in der größten Gesellschaft der Deutschen in der Republik Polen.



Ein eingespieltes Team: Aneta Lissy-Kluczny und Norbert Rasch

Sowohl für Aneta, als auch für Norbert war das Singen deutscher Schlager immer gleichrangig mit ihren Berufen. Aneta hat in Wiesbaden in Bildungseinrichtungen mit Kindern und Jugendlichen gearbeitet und nebenher Gesangsunterricht an der Musik- und Kunstakademie Wiesbaden genommen. Norbert war Mitglied des in Oberschlesien beliebten „Proskauer Echo“. Als Aneta Lissy-Kluczne entschied, in die Heimat zurückzukehren, kreuzten sich ihre Wege.

Da sich die beiden sofort wieder gut verstanden, moderierten sie Veranstaltungen

oft im Duett und sangen dabei auch immer wieder auf der Bühne gemeinsam. Beim Publikum kam das gut an, und so beschlossen sie, als Duett „Aneta & Norbert“ aufzutreten. Am Anfang kopierten sie deutsche Schlager, träumten aber immer von eigenen Liedern. „Wir haben in Graz Hannes Marold als Komponisten für unser erstes eigenes Lied gewonnen. „Lieb' den Moment“ ist bereits das dritte Lied, das er für uns geschrieben hat“, berichtet mir Aneta stolz. Das Duo komme auch gut im österreichischen Schlagerradio oder bei Schlagerradios in der Schweiz an, versichert sie.

Aber jetzt freut sie sich erst einmal auf den Frühling und zeigt mir die Vorböten auf der Bolko-Insel. Sie ist zuversichtlich, was Besuchergruppen angeht, denn „die Menschen wollen raus und werden bestimmt bald auch Oppeln erkunden wollen“, sagt sie. Sie sei gut vorbereitet, schließlich hatte sie durch die Coronazwangspause viel Zeit dafür. „Ich habe Onlinevorträge zur Geschichte der Stadt gehalten und werde sie jetzt im Frühling in echt anbieten. Oppeln im 19. Jahrhundert ist einer von drei Schwerpunkten, die ich besonders hervorheben möchte, weil ich meine, dass es die besten Zeiten für die Stadt waren“, so die singende Fremdenführerin.

Sie verweist auf die vielen Brauereien, die Zementwerke und den Bahnanschluss, welche die Stadt verändert haben. Es gebe noch viele Plätze, die von dieser glorreichen Zeit zeugen, und die möchte Aneta den Besuchern zeigen. „Selbstverständlich möchte ich auch Oppelner Biographien vorstellen und habe mir Menschen herausgepickt, von denen die Welt noch heute spricht, also den Rabbiner Leo Beck, den Mathematiker und Physiker, der erstmals mit mehreren Dimensionen hantierte, Theodor Kaluza oder den Afrikaforscher und Koranübersetzer Emin Pascha.“

Chris W. Wagner

PARADIES FÜR WASSERSPORTLER

Segeltörn von Swinemünde nach Hela

Auf Spurensuche entlang der hinterpommerschen Ostseeküste

VON PEER SCHMIDT-WALTHER

Die historische Region Hinterpommern östlich der Oder hat eine zirka 200 Kilometer lange Küstenlinie. Heute Westpommern [Pomorze Zachodnie] genannt, im Norden von der Ostsee gesäumt, im Süden durch die Urstromtäler der Netze [Notec] und Warthe [Warta] begrenzt.

Die westpommersche Segelroute besteht aus einem Netz von über 30 Yachthäfen und Anlegern. Die Entfernung zwischen ihnen liegt bei 20 bis 30 Seemeilen. Damit sind immer einige Stunden Fahrt verbunden, wobei man bei aufziehendem Schlechtwetter auch schnell sicheren Unterschlupf finden kann. Die Gewässer sind vielfältig, bieten trainierten und weniger erfahrenen Seglern reichlich Möglichkeiten. Die Marinas sind überwiegend modern, vor Kurzem renoviert mit einem guten Dienstleistungsangebot.

Das vor uns liegende Segel-, Surf- und Kitesurf-Revier ist einzigartig: Bis zum Horizont reichen die endlosen Strände mit feinem Sand im Schatten von Kiefernwäldern. Das ist Ostsee-Feeling pur. Je weiter man nach Osten kommt, sind schon von See aus die bizarr aufragenden Kliffs und die vom Wind aufgetürmten mächtigen Sanddünen deutlich auszumachen. Wer dann noch die Chance wahrnehmen kann, in der wenig besuchten Vor- und Nachsaison zu starten, der hat überall gute Karten. Im Hochsommer, wenn Einheimische und Gäste die Strände und Hafenzdächchen geradezu belagern, sollte man es tunlichst vermeiden, hier vor Anker zu gehen. Noch wird die Küste, an der sich die Badeorte aufreihen wie an einer Perlenkette, relativ wenig von Urlaubern aus dem westlichen Ausland angelaufen. Doch die Attraktivität der Standorte und ihrer Umgebung hat sich schon herumgesprochen, zumal die Preise noch relativ günstig sind.

Entweder man kommt mit dem eigenen Boot oder man chartert eins. Wir haben uns am Dammschen See [Jezioro Dabie] – hier gibt es allein neun unterschiedliche Marinas – an der Ostseite der Oder bei Stettin nach einem passenden Segler umgesehen – und sind vorher schon im Internet fündig geworden. Eine Beneteau 33 mit vier Schlafplätzen sollte es sein. Die war uns schon von früheren Törns her in anderen Revieren vertraut. Die Marina am Südufer bietet alles, was man braucht, um von hier aus in den Segelurlaub zu starten. Natürlich kann man auch in fast allen Häfen an der westpommerschen Küste chartern, aber für uns lag der Reiz darin, in zwei Wochen (hin und zurück) die gesamte Strecke von Swinemünde bis zur Danziger Bucht kennenzulernen, vielleicht auch noch unterwegs zu surfen oder gar mal einen Ritt mit einem Kite zu wagen. Ein alter Wunschtraum und so ähnlich wie einmal im Leben per Tandem-Fallschirm aus einem Flugzeug zu springen.

Eldorado für Wassersportler

Bei einem mäßigen Südwest segeln wir gemütlich an der Mole mit ihrer weißen Windmühle, dem Wahrzeichen Swinemündes, vorbei, winken noch den Badegästen zu und legen dann den Bug auf Nordost-Kurs. Immer schön küstenparallel und entsprechend den Tiefenlinien des Navis. An Steuerbord recken sich die großen Hotels des ehemals mondänen Seebads Misdroy [Miedzzydroje], heute „Sommerhauptstadt Polens“ genannt, in die Höhe. Die bis zu 93 Meter hohe Steilküste des Nationalparks der Halbinsel



Blick auf Kolberg mit Stadt und Hafen

Foto: Schmidt-Walther

Wollin mit ihren buchenbestandenen Höhen bildet eine grün-gelbe Kulisse.

Immer am Strand entlang passieren wir weitere Sommerfrischen wie Heidebrink [Miedzwozdie] und Berg Dievenow [Dziwnow], wo auch die Dievenow in die Ostsee mündet. Den Weg peilen wir für die Rückreise an: über den Camminer Bodden [Zaliv Kamenskie] auf der Dievenow an Cammin [Kamien Pomorski] vorbei – vielleicht mit einem Sightseeing-Stopp in der neuen Marina – bis nach Wollin am Stettiner Haff. Ort und Flusslauf versprechen recht reizvoll zu sein, was wir bisher so auf Fotos gesehen haben.

Nach rund 19 Seemeilen haben wir Berg Dievenow Steuerbord querab. Ein Eldorado für Wassersportler und ideal für Kite- und Windsurfer, Wakeboarder und Seekajakfahrer. Wenn man nichts Eigenes hat, kann man hier die notwendige Ausrüstung auch leihen. Die offene, hinderisfreie Ostsee bietet dazu optimale Bedingungen. Sogar eine Surfschule ist im Ort angesiedelt. Da wir noch am Anfang unseres Törns stehen, ziehen wir dicht unter Land vorbei. Vor Rewahl [Rewal] sichten wir die Kirchenruine von Hoff [Trzesacz], oft ein Motiv des Malers Lionel Feininger, aus dem 15. Jahrhundert hoch oben am Rand des Kliffs. Es ist eine Küstenstrecke, die wie kaum eine andere pausenlos zurückweicht: rund 80 Zentimeter pro Jahr, weil die See sich unerbittlich in die Kliffs frisst. Wo Wellen und Strom abgetragen, wird auch wieder angelandet. Da gibt es 18 Kilometer feinsten Sandstrand mit jahrhundertalten Kiefern- und Fichtenwäldern und einem würzigen Duftgemisch von Harz und Salz in der Luft. Das wird noch ergänzt durch den nostalgischen Kohledampf einer kleinen Schmalspurbahn, die von hier aus fünf Ortschaften verbindet. Elf Seemeilen weiter ist alles verweht und wir passieren Deep [Mrzeżyno]. Hier mündet die Rega, die Westpommern in Nord-Südrichtung durchschneidet. An ihr liegen die jahrhundertalten Städte Treptow a.d. Rega [Trzebiatów] und Greifenberg [Gryfice]. Wir nehmen uns vor, den Fluss mal von Süd nach Nord per Kajak zu befahren.

Seeluft und Segeln zehren

Jetzt treibt uns der günstige Wind weiter nach Nordosten auf das traditionsreiche Seebad Kolberg [Kołobrzeg] zu. 45 Se-

meilen haben wir seit Swinemünde auf der Uhr. Zeit, um den Hafen mit der längsten Betonmole Polens anzusteuern. Im „Lotsenbuch der Westpommerschen Segelroute“, das man vor und während der Reise unbedingt studieren sollte, zeigt einem hier die genaue Ansteuerung und noch viel mehr. Zum Beispiel, dass so wie jetzt bei Westwind eine starke Querströmung setzt. Also aufpassen an der Pinne und den Schoten!

Gastliegeplätze befinden sich links in der Marina Solna. Seeluft zehrt, und auch das Ziehen und Zerren an den Leinen macht hungrig. In der „Morast-Routedoute“, eine Festung aus dem 18. Jahrhundert, kann man den Hunger stillen und sich in der „Sailor-Bar“ einen Absacker genehmigen.

Bevor man am nächsten Vormittag wieder die Leinen losmacht, sollte man einen Rundgang durch den beliebten Kur- und Urlaubsort an der Persante unternehmen, der auf eine große Geschichte zurückblickt. Die begann im Jahre 1000, als König Boleslaw Chrobry einen Bischofssitz errichtete, den heute die sehenswerte gotische Marienkirche repräsentiert. Im Zweiten Weltkrieg wurde Kolberg zu 90 Prozent zerstört. Die Altstadt hat deshalb auch nur einen historisierenden Stadtkern. Erhalten geblieben ist das vom preußischen Star-Architekten Karl-Friedrich Schinkel erbaute Rathaus.

Wir stecken den NE-Kurs ab: 45 Grad. Am Ende der 35-Seemeilen-Linie liegt Rügenwalde [Darlowo]. Das soll unser nächstes Etappenziel sein. Am berühmten „Vermählungsdenkmal“ (Polen mit dem Meer) und dem Leuchtturm vorbei motoren wir zwischen den Molenköpfen hinaus auf die Ostsee, wo wir Segel setzen und sich das Boot bald im Schwell wiegt. Der Wind hat jetzt auf Südost gedreht, treibt uns aber gut voran. Ein paar Kilometer von der Küste im Binnenland die Industriestadt Köslin [Koszalin]. Der hohe Turm ihrer Dom-Kirche aus dem 14. Jahrhundert ragt in den blauen Himmel. Die küstenparallele Strömung hat hier mit dem weiter südlich abgetragenen Sand ein paar Buchten abgeschnürt. Aus Buchten wurde der Jamunder See [Jezioro Jamno], seewärts eine schmale Nehrung, dahinter jetzt ein Haff. Ein paar Meilen weiter der Buckower See [Jezioro Bukowo] der genauso entstand. Wir pei-

len den Ferienort Rügenwalde [Darlowo] an, das schon 1270 Stadtrechte erhielt. In der restaurierten Burg aus dem 14. Jahrhundert regierte der pommersche König Erik I., der auch über Dänemark, Schweden und Norwegen herrschte. In der gotischen Pfarrkirche haben in Sarkophagen die pommerschen Fürsten ihre letzte Ruhestätte gefunden.

Voraus das Fischerstädtchen Rügenwaldermünde/Darlowko. Hier laufen wir durch die nur 38 Meter schmale Moleneinfahrt in die Wipper [Wieprza] ein. Vorher haben wir noch wie üblich per Funk die Hafenverwaltung informiert. Wir laufen durch einen engen Kanal an einem versunkenen Fischkutler und der Werft vorbei in den Yachthafen ein. Am linken Kanalufer der erneuerten Boulevard mit einer vollen Infrastruktur: Einkaufen, Wasser und Sprit bunkern, Essen gehen, Materialergänzung bei Bootsdienstleistern, falls notwendig. Ein Rundgang durch die gut erhaltene mittelalterliche Altstadt sollte man unbedingt einplanen.

Endloser feinsandiger Badestrand an Backbord begleitet uns auch auf dem weiteren Weg, dahinter auch wieder zwei vom Meer abgeschnürte schöne Süßwasserseen, Bodden genannt. 16 Seemeilen weiter draußen liegt die Stolpe-Bank [Lawica Slupska], wo am 30. Januar die Flüchtlingsschiffe „Wilhelm Gustloff“ und am 10. Februar 1945 die „Steuben“ mit rund 15.000 Menschen an Bord versenkt wurden. Nur Wenige überlebten diese größten Schiffskatastrophen der Menschheitsgeschichte.

Auf in die „Sahara“

Die kleine sehr beliebte Hafen- und Urlaubsstadt Stolpmünde [Ustka] lassen wir nach zehn Seemeilen passieren. Noch zu früh, um schon wieder anzulegen. Zwanzig Kilometer landeinwärts liegt Stolp [Slupsk] am Flüsschen Stolpe. Mit 100.000 Einwohnern ist sie die größte Stadt und kulturelles Zentrum dieser Küstenregion. Im Reiseführer wird eine lange Liste von Attraktionen aufgeführt: Pfarrkirche, Schloss, Dominikanerkirche, Mühle, Mittelpommersches Museum. Vielleicht machen wir auf dem Rückweg einen Busabstecher dorthin. Nach rund acht Seemeilen glauben wir, an Steuerbord eine Wüstenlandschaft zu passie-

ren. Bei Röwe [Rowy] beginnt der rund 32 Kilometer lange Slowinzische Nationalpark. Gewaltige Wanderdünen, stille Moore mit seltenen Pflanzen und Tieren, Auen und vier flache Küstenseen, dazu die sie von der Ostsee trennenden Nehrungen mit wandernden, teils bewaldeten Sanddünen prägen das Bild dieser einmaligen Traumlandschaft, die man am besten zu Fuß erkunden sollte. Dann kann man sich am besten vorstellen, wie es früher mal an der südlichen Ostseeküste ausgesehen haben muss. Fast 50 Meter hoch ist die Lonzke Düne [Lacka Gora], die jährlich einige Meter nach Osten wandert. Zu NS-Zeiten wurde das Gelände für Tests von V1-Raketen zweckentfremdet. Es war aber auch ein Eldorado für Segelflieger, die die Aufwinde für ihren luftigen Sport nutzten.

Der am Ostrand gelegene Küstenort Leba war, neben den Slowinzen, einem hier früher heimisch gewesenen slawischen Kaschuben-Stamm, Namenspatron für den Nationalpark. Hier sollte man unbedingt einen Stopp einlegen. Liegeplätze gibt es in dem modernen Sportboothafen an vier 70-Meter-Schwimmstegen reichlich. Wenn man keine Bordfahräder dabei hat, kann man welche leihen. Per Bus werden auch Touren angeboten. Es lohnt sich sehr! Und wer seine Surfbretter oder Kites dabei hat, kann sich hier wie überall entlang der Küste wahrlich austoben. Ein Wassersport-Paradies auch hier.

Geschichtsträchtiger Zielhafen

Der Schiffsverkehr, der sich hier von Westen kommend mit Kurs auf die Danziger Bucht bündelt, wird dichter. Aber wir halten uns noch an der Küste, passieren nach 28 Seemeilen Polens größten Fischereihafen Großendorf [Wladislawowo], der sich hinter hohen Betonwellenbrechern versteckt. Der spröde Charme dieses Ortes ist nicht anziehend, so dass wir auf Südost-Kurs wechseln. Entlang der mit windgebeugten Kiefern bewachsenen Putziger Nehrung [Polwyssep Helska] – der 34 Kilometer langen Halbinsel Hela – steuern wir allmählich in die Danziger Bucht [Zatoka Gdanska] ein. Dabei drehen wir langsam immer weiter auf Westkurs, bis wir den Leuchtturm von Hela nach 52 Seemeilen ab Leba Steuerbord querab peilen. Die Strände sind gerammelt voll, denn viele Einwohner von Danzig und Gdingen kommen per Auto, Schiff oder Bahn her, um hier zu baden, zu sonnen, zu surfen oder sich einfach nur zu entspannen. Das haben auch wir – neben einem Besuch von Danzig – vor, als wir den Endhafen unseres Törns, das geschichtsträchtige und schicksalsträchtige Hela [Hela], von wo aus Anfang 1945 Millionen Ostdeutsche mit Handels- und Marineschiffen nach Westen flüchten mussten, ansteuern.

Am Schwimmsteg im modernen Jachthafen zwischen Außen- und Mittelmole machen wir nach knapp einer Woche fest. Und wir resümieren: Diese ideale Segelroute ist noch nicht überlaufen – ein freizeithiliches Revier voller Natur, Kultur, Historie und freundlicher Menschen.

● **Info** Charterboote: www.boataround.com. Kiteeisen: www.kiteeisen.tv. Windsurfen: habenda@windsurfing-habenda.pl. Törnführer: „Lotsenbuch der Westpommerschen Segelroute, Stettiner Haff und Ostseeküste“ (mit Übersichtskarte); regionale Infos: „West Pomerania: Eine Region für Dich“, beide gratis erhältlich über info@zrot.pl. Buchtipps: Jörn Heinrich, „Küstenhandbuch Polen und Litauen“, Edition Maritim, Delius Klasing Verlag, 2. Auflage 2013, 276 Seiten, 29,90 Euro

„Soll das Rad der Geschichte zurückgedreht werden?“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Die PAZ ist eine der ganz wenigen noch lesenswerten Wochenzeitungen. Sie bemüht sich, weitestgehend neutral zu sein und hat auch immer sehr gute Beiträge zu Kultur und Geschichte“

Elisabeth und Hans-Ulrich Kaßner, Bautzen



Ausgabe Nr. 10

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

WARTEN AUF ENTSCHULDIGUNG ZU: DIE TRAGÖDIE VON SWINEMÜNDE (NR. 10)

Ihr Beitrag über die sinnlose Zerstörung von Swinemünde und die verbrecherische Tötung Zehntausender von Kindern, Frauen, Alten und heimatlosen Flüchtlingen am 12. März 1945 durch US-amerikanischen Bomber und Jagdflugzeuge ist ein weiterer Anlass dafür, mit allem Nachdruck zu verlangen, dass sich Großbritannien und die Vereinigten Staaten von Amerika für die verbrecherische Zerstörung deutscher Innenstädte, darin unzähliger kulturhistorischer Schätze, in denen sich weder militärische Ziele noch Betriebe der Kriegsindustrie und Verkehrsanlagen, sondern nur alte Menschen, Frauen und Kinder befanden, endlich, nach mehr als 75 Jahren, in aller Form mindestens entschuldigen.

Ich weiß, dass die Geschichte nicht rückgängig gemacht und die Verluste nicht mehr gutgemacht werden können, aber in einer zivilisierten Welt ist es eine Pflicht, sich für Fehler, insbesondere für Verbrechen, mindestens zu entschuldigen. Wenn das nicht geschieht, wird die Erinnerung an dieses Verbrechen nicht zur Ruhe kommen und nicht nur die Gegenwart, sondern auch die Zukunft des Zusammenlebens der Völker noch jahrhundertlang negativ beeinträchtigen.

Die Völker haben ein langes Gedächtnis. Die unzähligen schwersten Kriegsverbrechen der deutschen Nationalsozialisten begründen keine Kollektivschuld und keine Kollektivbestrafung. Die Schuld von Einzelnen muss selbstverständlich rechtsstaatlich bestraft werden, wie es gleich nach dem Krieg in Nürnberg geschah. Aber die Kinder, die Frauen und die Alten in deutschen Innenstädten waren unschuldige Menschen, sie namenlos zu töten, war ein Verbrechen.

Die gleiche Pflicht für eine Entschuldigung haben auch Polen, Tschechien, die Slowakei und die Nachfolgestaaten Jugoslawiens für die kollektive Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus ihrer jahrhundertalten Heimat auf der Grundlage

einer nicht existierenden Kollektivschuld. Ungarn ist mit seiner Entschuldigung und der Einführung eines Gedenktages für die Vertreibung ein leuchtendes Vorbild.

Dr. Ádám Sonnevend, Rostock

DEUTSCHE MULTIKULTI-WEHR ZU: RÜCKBESINNUNG AUF DEN KERNAUFTRAG (NR. 10)

General Kujat sei empfohlen, die aktuellen Migrationsberichte deutscher Großstädte (Pforzheim, Heilbronn, Offenbach, oder Frankfurt) zu studieren. Beispiel: In der Innenstadt von Pforzheim leben gerade noch 6,7 Prozent Deutsche.

Die Bundeswehr kann vielleicht noch deutsche Ehrenkompanien aufstellen, ist aber sonst personell eher auf dem Weg zur Multikulti-Söldnertruppe, die zudem „blank“ dasteht. Der damalige Minister Westerwelle sprach treffend von „spätromischer Dekadenz“. Wo sollen denn hier „ideelle Motive und Haltungen“ herkommen? Etwa aus dem Sondervermögen Bundeswehr? Oder ist die deutsche Regierung ein Orientierungsmaßstab?

Minister Habeck formuliert es in seinem Buch „Neuer Patriotismus – Ein linkes Plädoyer“ so: „Vaterlandsliebe fand ich stets zum Kotzen. Ich wusste mit Deutschland noch nie etwas anzufangen und weiß es bis heute nicht.“

Dr. Roland Mackert, Böblingen

FLÜCHTLINGS-PARALLELEN ZU: SOLIDARITÄT MIT DER UKRAINE (NR. 9)

Natürlich verdienen die Menschen in der Ukraine unsere uneingeschränkte Solidarität und unser aufrichtiges Mitgefühl, zumal uns das Dritte Reich eine unermessliche Schuld an diesen Menschen aufgeladen hat. Es ist nur zu wünschen, dass möglichst vielen Ukrainern die Flucht gelingen möge und sie auch bei uns Aufnahme finden. Der Unterschied zu Erfahrung und Behandlung der deutschen Flüchtlinge (im und nach dem Zweiten

Weltkrieg, d. Red.) kann aber kaum größer sein. Deshalb sollte es zulässig sein, auch einmal einen Vergleich zu den in mancher Hinsicht schlimmeren Erfahrungen unserer eigenen Landsleute anzustellen, denn in offenbar krassem Widerspruch zu den Begleitumständen der derzeitigen Flüchtlinge steht schon die damalige Grundeinstellung gegenüber Flüchtlingen.

Bis heute werden ihre Sichtweise und Interessen – vor allem gesteuert von Politik und Medien – in Misskredit gebracht. Deren Schicksal ist bis heute vielen gleichgültig. Natürlich kann man so auf einfache Weise seine Schuld an Hitlers Krieg auf Kosten anderer abtun. Was für ein Glück, in den wirklich Ostdeutschen die Alleinschuldigen für die Verbrechen des NS-Regimes gefunden zu haben!

Es wird leider kaum zu erwarten sein, dass die jetzige Flüchtlingswelle eine Image-Revision der Vertriebenen bewirken wird. Dr. Dr. Hans-Joachim Kucharski, Mülheim

POLITISCHE HILFLOSIGKEIT ZU: EIN NEUER HEISSER ODER KALTER KRIEG WÄRE EINE KATASTROPHE FÜR BEIDE SEITEN (NR. 8)

Bisher tobte dieser Krieg nur in Putins Kopf, jetzt tobt er auch noch in der Wirklichkeit, und die Menschen in der Ukraine sind die tatsächlich Leidtragenden. Sie müssen diesen Wahnsinn einfach mitmachen, aushalten, flüchten oder daran zugrunde gehen. Unsere Bundesregierung hingegen hat nun ein zweites Problem dazubekommen, das viel, viel größer zu werden scheint als dieser immer noch offene Kampf mit dieser „Corona-XX-extra-Long&Large“.

Jetzt beginnen die Nachrichten bei uns immer erst mit dem Krieg in der Ukraine, danach kommen erst die Zahlen des RKI dran. Ich weiß im Moment gar nicht so richtig, wie es um die noch einzuführende Impfpflicht steht und ob diese Corona-Maßnahmen auch in diesem Krieg irgendeine Rolle spielen.

Klaus P. Jaworek, Büchenbach

EIGENE FEHLER RÄCHEN SICH ZU: KEIN DEUTSCH MEHR ALS MINDERHEITENSPRACHE (NR. 7)

Nun scheint nach einem zaghaften Frühling in den 90er Jahren in Europa wieder eine Eiszeit angesagt. Abgesehen vom russisch-ukrainischen Konflikt und anderen Spannungsherden gerät auch das deutsch-polnische Verhältnis zunehmend in eine Schiefelage. Der deutsch-polnische Nachbarschaftsvertrag von 1991, der den Minderheitenschutz regelt und der deutschen Minderheit in den früheren deutschen Ostgebieten eine begrenzte Autonomie zugesteht, wurde vom polnischen Parlament praktisch vom Tisch gefegt. Das bedeutet ganz aktuell, dass die ohnehin nicht gerade üppigen Mittel, die für die Sprachförderung zur Verfügung stehen, stark gekürzt werden. Schüler der deutschen Minderheit sollen statt drei nur noch eine Wochenstunde muttersprachlichen Unterricht erhalten.

Doch damit nicht genug, fordern bestimmte Abgeordnete des polnischen Parlaments bereits den Entzug des einzigen Parlamentssitzes für den Vertreter der deutschen Minderheit. Außerdem sollen die wenigen zweisprachigen Ortsschilder in Schlesien entfernt werden. Für die anderen anerkannten Minderheiten soll diese Diskriminierung (vorerst) nicht gelten.

Nun rächt sich, dass der deutsch-polnische Austausch zu solchen Themen nur über niederrangige Gremien erfolgte. So zum Beispiel durch den Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Bernd Fabritius. So vermutet die polnische Regierung, dass das Thema insgesamt keinen hohen Stellenwert bei der deutschen Bundesregierung besitzt und diese, durch andere Themen durchaus beschäftigt, diesbezüglich kaum auf den Plan treten wird.

Wird sie damit recht behalten? Nach der Vertreibung der Deutschen 1945/46 aus ihrer angestammten Heimat gab es im Kommunismus offiziell keine deutsche Minderheit. Soll nun das Rad der Geschichte wieder bis 1989 zurückgedreht werden? Roland Grassl, Bühl

ANZEIGE

Das erste Opfer des Krieges ist die Wahrheit! Was der russische Präsident Wladimir Putin wirklich sagt!

„Für alle, an denen die jahrelange Verteufelung Putins durch die Massenmedien nicht spurlos vorbeigegangen ist, werden Oliver Stones beispiellose Interviews mit Wladimir Putin ein wahrer Augenöffner sein. Die Gespräche behandeln das Private genauso wie das Politische, es geht um Russland, um Amerika, um wenig bekannte Episoden und um die aktuellen Nachrichten.“

Prof. Stephen F. Cohen

Unzensuriert, ungekürzt und nicht aus dem Zusammenhang gerissen

Die Putin-Interviews sind das Ergebnis von mehr als einem Dutzend Gesprächen, die der Oscar-prämierte Regisseur Oliver Stone über einen Zeitraum von 2 Jahren hinweg mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin führte. Noch nie zuvor hat der russische Präsident einem westlichen Gesprächspartner ein so langes und dermaßen ausführliches Interview gegeben. **Kein Thema bleibt ausgespart.**

Prof. Stephen F. Cohen



Sonderpreis
nur 12,99 €
statt 19,99 €*

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung
innerhalb Europas

Oliver Stone: Die Putin-Interviews
gebunden • 368 Seiten • Best.-Nr. 972 700

* früherer gebundener Ladenpreis

URBANE KUNST

Ein ganz spezieller Humor-Mischling

In Brandenburg an der Havel macht ein Rudel Waldmöpfe die Runde – Einige der possierlichen Exemplare wurden schon „gempost“

VON HELGA SCHNEHAGEN

Um „Leben in der Bude“ braucht man sich in Brandenburg an der Havel nicht zu sorgen. Dafür ist vor allem die Wirtschaft verantwortlich, seit Anfang 2021 unterstützt durch die Ansiedlung des neuen Bundesamtes für Auswärtige Angelegenheiten (BfAA). Dazu kommt die Nähe zu Berlin, in dessen erweitertem Speckgürtel die quirlige Havelstadt mit ihren rund 72.000 Einwohnern noch attraktive bezahlbare Wohnungen bietet. Natürlich spielt auch der Tourismus mit Scharen von Radfahrern, die auf dem Havelradweg, der Tour Brandenburg und anderen Routen in Brandenburg/Havel Station machen, eine wichtige Rolle.

Einen nachhaltigen Impuls setzte zudem wie erhofft die Bundesparkschau Havelregion 2015. Dabei fand unter großer politischer Anteilnahme ein einmaliges zoologisches Ereignis statt: Im Zuge der Eröffnung wurden in Anwesenheit der damaligen Politprominenz die ersten acht ringelschwänzigen und mit Elchschaufeln gehörnten Waldmöpfe in Brandenburg an der Havel ausgewildert.

„Als Herr des Waldes durchstreifte der Mops einst Europa zwischen Ural- und Fichtelgebirge“, heißt es im Loriot-Sketch-Klassiker „Der wilde Waldmops“ von 1972, und weiter: „Ende des 16. Jahrhunderts galten die mächtigen Mops-schaukeln noch als beliebte Jagdtrophäe. Im Laufe des 17. Jahrhunderts hat man sie jedoch rücksichtslos zurückgezüchtet, da sich 14-Ender im Schoße älterer Damen als hinderlich erwiesen hatten. Der Mops wurde gefahrlos und damit konsumgerecht. In Deutschland hat lediglich der scheue Waldmops die freiheitliche Würde seiner Vorfahren bewahrt.“

Würdevoll vermehrt er sich seitdem in der Havelstadt. In Bronze gegossen, wird er voraussichtlich sogar seine zweibeinigen Mitbürger überleben. Das bewahrt ihn allerdings nicht davor, gempost zu werden. Ein Exemplar aus dem Rudel ist bereits über Nacht unauffindbar ver-



Ein Leben ohne Waldmops ist in Brandenburg an der Havel möglich, aber sinnlos: Ein Exemplar schnuppert auf der Dominsel

schwunden. Einem anderen wurde ein Ohr abgesägt, da dessen Berührung Glück verheißt. Der Tierschänder erhofft sich wohl, dass es einmal in seiner Tasche für dauernde Glückseligkeit sorgt.

Als Vicco von Bülow alias Loriot am 12. November 1923 in Brandenburg an der Havel geboren wurde, war ihm sein Weg als Karikaturist und Humorist nicht in die Wiege gelegt. Als Sohn einer preußischen Offiziersfamilie fielen seine ersten Blicke auf Kasernenmauern. Brandenburg war damals Garnisonstadt. Viccos Zeit in Brandenburg war kurz. Schon mit vier Jahren kam er in die Obhut seiner Groß- und seiner Urgroßmutter in Berlin.

Gerne erwähnte Loriot jedoch seine Geburtsstadt. Das ließ Gerda Arndt, die damalige Leiterin des Dommuseums, dem berühmt gewordenen Sohn der Stadt

noch zu DDR-Zeiten an allen Hürden vorbei eine eigene Ausstellung widmen. Als Loriot am 18. Mai 1985 zur Eröffnung in seine Geburtsstadt zurückkehrte, war das der Beginn einer dauerhaften Freundschaft. 1993 gründete er die kulturfördernde Vicco-von-Bülow-Stiftung. Im Gegenzug wurde er Ehrenbürger der Stadt. Allein für die Rettung des Doms brachte er seinerzeit über eine Million D-Mark zusammen.

Symbolisches Geschenk für Loriot

Zu seinem 85. Geburtstag machte ihm die Brandenburger Bürgerschaft die restaurierte Nordkapelle in seiner Taufkirche St. Gotthardt symbolisch zum Geschenk. Schließlich war die Restaurierung der Ölgemälde und Epitaphie in der reich ausgestatteten gotischen Hallenkirche im We-

sentlichen mit Mitteln der Vicco-von-Bülow-Stiftung realisiert worden.

Mit dem Waldmops setzte man dem Gönner posthum ein Denkmal. Dieser hat inzwischen sein Revier von der Altstadt auf die Neustadt und die Dominsel ausgedehnt. Am 22. August 2016, an Loriots fünfem Todestag, wurde der 20. Waldmops am Brunnen vor dem Altstädtischen Rathaus mit der Rolandsfigur ins Leben entlassen. Heute bevölkern 26 der possierlichen Tiere die Havelstadt. Laut dem Stadtführer Christian Heise soll das Rudel auf 30 begrenzt werden. Ob es gelingt, und der Waldmops nicht eines Tages zur Plage wird, bleibt abzuwarten.

Die Gartenschau sorgte auch für den fristgerechten Abschluss der musterhaften Sanierung der mittelalterlichen Hansestadt (1310–1520) an der Europäischen

Route der Backsteingotik. Bereits 2008 war das Archäologische Landesmuseum im wiederaufgebauten Paulikloster eröffnet worden.

Das Museum gleicht einer Matroschka. Da sind zum einen die Bauten des 1286 gegründeten Dominikanerklosters selber. Nach dessen Zerstörung am Ende des Zweiten Weltkriegs und der völligen Rekonstruktion ab 2002 gehört es heute zu Norddeutschlands wenigen Bettelordensklöstern, die als Gesamtanlage glänzen.

Dazu kommt eine vielschichtige Ausstellung: Eine Zeitleiste weist als roter Faden chronologisch durch die Geschichte, beginnend bei den Jägern und Sammlern der Altsteinzeit. Die Vitrinen liefern dazu rund 10.000 ausgewählte Funde von Brandenburgs ältesten, 50.000 Jahre alten Faustkeilen bis zu der 1991 entdeckten bronzezeitlichen Amphore aus Herzberg, deren Buckel-Zahl exakt einem Mondbeziehungswise Sonnenjahr entspricht, und die es damit mit der Himmelscheibe von Nebra aufnehmen kann. Fast nebenbei erfährt man, dass die bisher frühesten Zeugnisse menschlichen Lebens in Brandenburg 130.000 Jahre alt sind. Erst 2013 kam im Braunkohletagebau Jämschwalde ein entsprechender eiszeitlicher Fundplatz ans Licht.

Als moderne wissenschaftliche Ergänzung liefern Info-Stationen zu jedem archäologischen Zeitabschnitt die Entwicklung von Klima, Vegetation, Tierwelt sowie menschlicher Ernährungs- und Wirtschaftsweise. Sie zeigen, wie sich die Umwelt auch ohne Eingriff des Menschen immer wieder stark veränderte und entsprechende Anpassungen forderte. Der Waldmops ist schließlich auch ein gutes Beispiel evolutionärer Anpassung.

● **Waldmops-Führungen** ab April jeden ersten Sonntag im Monat und ab Juni jeden Sonntag um 15 Uhr. Treffpunkt: Touristinformation, Neustädtischer Markt 3 in Brandenburg an der Havel, Dauer: zwei Stunden, Preis: 8 Euro (Kinder bis acht Jahren frei), Anmeldung: www.erlebnis-brandenburg.de

FEUERWEHR

Wenn jede Sekunde zählt

Mal die Katze vom Baum, mal Menschenleben retten – Ein Feuerwehrmuseum erzählt viele Geschichten

Als Kind haben viele davon geträumt, Feuerwehrmann oder -frau zu werden. Dabei kam es weniger auf das riskante Unternehmen an, bei Gefahr Leben zu retten, als vielmehr im roten Feuerwehrwagen mitzufahren. Fast jeder besaß wohl einmal ein solches Spielzeugmobil in seiner Sammlung. Wer sich eine große Sammlung an Fahrzeugen, Ausrüstungen oder Bildern ansehen möchte, der sollte in ein Feuerwehrmuseum gehen.

In Norderstedt am nördlichen Stadtrand von Hamburg gibt es ein solches Museum, das bis zum 30. April mit der Ausstellung „Feuerwehreinsätze in Norddeutschland“ einen Einblick in den dramatischen Alltag der Retter gibt. Viele der hier dokumentierten Einsätze gehen unter die Haut. 100 großformatige Fotos zeigen die außergewöhnlichen Leistungen der Feuerwehrleute. Dazu gehört der wohl größte Einsatz in der bisherigen Nachkriegsgeschichte: die Hamburger Sturmflutkatastrophe, deren Jahrestag sich am 16. und 17. Februar zum 60. Mal jährte. Alle Kräfte der Feuerwehr Hamburg, Berufsfeuerwehr und Freiwillige

Feuerwehr, standen bis zu 14 Tage danach an allen Brennpunkten im Einsatz. Unterstützt wurden sie durch die Bundeswehr und Hilfsorganisationen.

Daneben wird das gesamte Spektrum der Feuerwehreinsätze gezeigt. Es reicht vom einfachen Türöffnen bis zum Befrei-

en von eingeklemmten Personen im Pkw nach einem Verkehrsunfall, vom Einfangen einer entlaufenen Katze aus einem Baum bis zum Verladen eines ausgerissenen Elefanten mit Hilfe eines Kranwagens auf einen Lkw, vom Leerpumpen eines nach einem Unwetter mit Wasser vollge-

laufenen Kellers bis zum Löschen einer brennenden Wohnung oder eines brennenden Tanklastzuges. Hinzu kommen zahlreiche Fotos von der Waldbrandkatastrophe 1975 in der Lüneburger Heide und der Schneekatastrophe 1978/79 in Schleswig-Holstein. Ferner gibt es noch mehrere Videos, welche die Arbeit der Feuerwehr beleuchten. Das richtige Befüllen der Sandsäcke kann von den kleinen und großen Besuchern in der Ausstellung geübt werden.

Die Feuerwehr Hamburg wird dieses Jahr 150 Jahre alt und ist mit ihren rund 2300 Einsatzkräften und über 500 Feuerwehrfahrzeugen nach Berlin die zweitgrößte Wehr Deutschlands. Hinzu kommen noch etwa 2600 aktive Mitglieder in den 87 Freiwilligen Feuerwehren. H. Tews

● **Feuerwehrmuseum Schleswig-Holstein**, Friedrichsgaber Weg 290, 22846 Norderstedt, geöffnet Mittwoch bis Sonnabend von 15 bis 18 Uhr, sonntags von 11 bis 18 Uhr, Eintritt: 5 Euro, freier Eintritt für Kinder bis zwölf Jahre. Telefon (040) 5256742, www.feuerwehrmuseum-sh.de



Heikler Einsatz: Großfeuer in einem Hamburger Chemiebetrieb im Mai 1974

ARCHITEKTUR

Stadtbummel zu Keramiken

An keramischen Schmuckelementen älterer Bauwerke geht man meistens achtlos vorbei. Das Porzellanikon – das Staatliche Museum für Porzellan im bayerischen Selb – wendet mit seiner bis 3. Oktober laufenden Ausstellung „MORE THAN BRICKS! Tradition und Zukunft der Architekturkeramik“ den Blick auf diese oft vernachlässigten Gestaltungselemente. Angelegt wie ein Stadtbummel führt die Schau die Besucher vorbei an Geschäften, Kirchen, Schlössern und Fabrikgebäuden, bei denen Keramik eine wichtige ästhetische Rolle spielt. Höhepunkt ist eine digitale Rekonstruktion der Porte Monumentale, des ehemaligen Eingangstores zur Pariser Weltausstellung im Jahr 1900, die mithilfe einer Virtual-Reality-Brille zu erleben ist. Zur Ausstellung ist eine Begleitpublikation erschienen (336 Seiten, 39,90 Euro). Das Porzellanikon, Werner-Schürer-Platz 1, in 95100 Selb, ist Dienstag bis Sonntag von 10 bis 17 Uhr geöffnet, Eintritt: 5 Euro, Internet: www.porzellanikon.org. tws

● FÜR SIE GELESEN

Wahlvolk ohne viel Macht

Bislang endete jede deutsche Nachkriegskanzlerschaft glanzlos. Dies ist die Kernthese von „Verbrandt, verkohlt und ausgemerkelt“ des Journalisten und Philosophen Peter Zudeick. Tatsächlich sucht man Normalität beim Ausscheiden aus der Regierungsverantwortung vergebens – ganz gleich, ob es um Konrad Adenauer, Ludwig Erhard, Kurt Georg Kiesinger, Willy Brandt, Helmut Schmidt, Helmut Kohl, Gerhard Schröder oder Angela Merkel geht. Das zeigt der Autor in schlüssigen Einzelfallstudien. Aus diesen lässt sich auch herauslesen, warum dem Ende jeder Amtszeit „ein quälend langes Siechtum“ voranging. Schuld hieran sei das politische System in Deutschland, welches den Parteien zu viel und dem Wahlvolk zu wenig Macht einräume.

Es fällt auf, dass Zudeick recht milde urteilt, wenn er über Merkel schreibt. Zwar bescheinigt er der Altkanzlerin einen „wenig rühmlichen“ Abschied von der politischen Bühne aufgrund ihrer „blassen, ja taumelnden Politik“, findet aber immer wieder relativierende Entschuldigungen wie die Corona-Pandemie. Am Ende lässt er sogar offen, ob dereinst „die milde Abendsonne der Geschichte ein freundlicheres Bild“ von Merkel zeichnen werde. Dabei steht die politische und juristische Aufarbeitung der Ära Merkel erst noch bevor.

Wolfgang Kaufmann



Peter Zudeick: „Verbrandt, verkohlt und ausgemerkelt“, Westend Verlag, Frankfurt/Main 2021, broschuriert, 218 Seiten, 18 Euro

Trauer um ein Kind

Ein Baby stirbt, und auch wenn der Vater Mediziner ist, muss er hilflos mit ansehen, wie sein Kind leidet. Er sucht nach Erklärungen und Wegen, wie er diesen großen Verlust ertragen kann.

Johannes Wimmers Tochter bekommt im Alter von ein paar Monaten einen bösartigen Gehirntumor. Nach mehreren Operationen wird klar, dass das Kind nicht mehr lange zu leben hat. Wimmer und seine Frau versuchen, diesen Schicksalsschlag zu verarbeiten.

Dieser Tatsachenroman beschreibt realistisch die Gefühle und Situationen, denen das Ehepaar Wimmer ausgesetzt ist während der Erkrankung, der langen Zeit im Krankenhaus und dann am Schluss beim Abschied, der Organisation der Beerdigung. Nach monatelangen schlaflosen Nächten findet der trauernde Vater einen Weg, diesen Schicksalsschlag zu verarbeiten. Er ruft zu Spenden auf für die Forschung, damit andere Kinder nicht das gleiche Schicksal wie seine Tochter erleiden.

Das Resümee dieser sehr bewegenden Lektüre – alles ist unwichtig, wenn es unseren Lieben schlecht geht oder sie sogar sterben. Das wird einem erst bewusst, wenn man selbst betroffen ist.

Angela Selke



Johannes Wimmer: „Wenn die Faust des Universums zuschlägt“, Gräfe und Unzer Verlag 2021, gebunden, 191 Seiten, 19,99 Euro

RATGEBER DER WOCHE



Wie man sein Vermögen schützt

Der Finanzexperte Michael Brückner gibt nützliche Tipps zur Anschaffung und Aufbewahrung von Sachwerten

Immobilien, Gold, Briefmarken und Uhren zählen zu den beliebtesten Sachwerten der Deutschen. Doch wer seine Schätze zu Hause aufbewahrt, gerät leicht ins Visier von Einbrechern und räubern. Der Finanzspezialist Michael Brückner beantwortet in seinem Ratgeber „Sachwerte sicher aufbewahren“ Fragen danach, welche Anschaffung von Sachwerten sinnvoll ist und wie man sie am besten sichert.

Michael Brückner beantwortet in seinem Ratgeber „Sachwerte sicher aufbewahren“ Fragen danach, welche Anschaffung von Sachwerten sinnvoll ist und wie man sie am besten sichert.

MRK

Michael Brückner: „In Sachwerte investieren und diese sicher aufbewahren“, Kopp Verlag, Rottenburg, 2022, gebunden, 160 Seiten, 14,99 Euro

HOHENZOLLERNDEBATTE

Ein schwer entwirrbares Knäuel

Leistete Kronprinz Wilhelm „erheblichen“ Vorschub für das NS-Regime? – Historikerstreit um diese Frage

VON DIRK KLOSE

Ein deutsches Laster ist es, im Übermaß entweder geschichtsbesseren oder geschichtsvergessen zu sein.“ So der frühere Direktor des Deutschen Historischen Museums in Berlin, Hans Ottomeyer, im zweiten hier vorgestellten Band „Die Hohenzollerndebatte“. Das kennzeichnet ganz gut die derzeit viel zitierte Hohenzollerndebatte. Hier haben sich juristische, geschichtswissenschaftliche und kulturpolitische Aspekte zu einem Knäuel vermengt, das immer schwerer zu entwirren ist.

Die Hohenzollernfamilie will eine Entschädigung für Enteignungen, die in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone entschädigungslos vorgenommen wurden. Das vom Bundestag 1994 beschlossene „Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz“ billigt Entschädigungen zu, sofern der Betroffene dem NS- oder dem kommunistischen Regime nicht „erheblichen Vorschub“ geleistet hat. Dann würde die sogenannte „Unwürdigkeitsklausel“ gelten.

„Erheblich“ ist Ursache allen Streits. Dass die Hohenzollern, zumal Kronprinz Wilhelm (1882–1951), mit dem Regime sympathisiert haben, steht außer Zweifel; aber hat er tatsächlicher Machtergreifung Hitlers erheblichen Vorschub geleistet, und wenn ja, wie? Mehr denn je scheinen sich bei den Historikern die Fronten zu verhärten, wofür die beiden hier vorgestellten Bücher stehen.

Der in Edinburgh lehrende Historiker Stephan Malinowski hat in einem gerichtlichen Gutachten die Familie belastet; jetzt, in seinem umfangreichen Buch, äußert er sich ebenfalls eindeutig, wie schon der Untertitel verrät „Kronprinz

Wilhelm war kein NSDAP-Mitglied, aber durch eindeutige öffentliche Bekenntnisse hat er als herausragende Symbolfigur für konservative Kreise den Nationalsozialismus zunehmend hoffähig gemacht und zur Machtergreifung Hitlers beigetragen“, heißt es in seinem Buch.

Malinowski folgt dessen Leben ab der Flucht ins holländische Exil 1918 über seine Rückkehr nach Deutschland im Jahr 1923 bis zum Kriegsende 1945 minutiös

„Das ‚Tafelsilber‘ ist rasch verkauft, aber der Verlust ist endgültig“

Hans Ottomeyer
ehemaliger Direktor des
Deutschen Historischen Museums
in Berlin

und klopft jedes einzelne Geschehen auf einen angenommenen NS-Hintergrund ab. Der Kronprinz, das sagen auch andere Untersuchungen, war von dem Gedanken besessen, die NS-Bewegung als Steigbügelhalter zur Wiedererlangung der Krone zu nutzen, was schiefging. Eine kurze Zeit nutzte die NS-Führung gerne sein Prestige, sobald sie aber fest im Sattel saß, ließ sie ihn fallen, trotz mehrerer entwürdigender Kotsaus des Prinzen.

Malinowkis Thesen sind umstritten und werden es wohl bleiben, wovon das zweite Buch zeugt. Herausgegeben von den Historikern Frank-Lothar Kroll (Chemnitz), Christian Hillgruber (Bonn)

und Michael Wolffsohn (München) vereint es 22 Beiträge aus der Rechts- und Geschichtswissenschaft, aus der Politik und von Journalisten. Naturgemäß ist das ein breiteres Spektrum, aber in einem Punkt herrscht weitgehend Einigkeit: Vorschub möglicherweise, „erheblicher“ Vorschub aber nicht. Dazu, so sagen es die meisten Autoren, habe der Kronprinz denn doch nicht die zentrale Position gehabt, die er sich selbst gerne gewünscht habe. Wolffsohn sagt es vielleicht am treffendsten: „Kein Zweifel: dieser durch und durch reaktionäre, antirepublikanische, antidemokratische, antisemitische und pronazistische Kronprinz hat den NS-Verbrechern ‚Vorschub‘ geleistet.“ Aber erheblich? „Streng genommen muss diese Erheblichkeit messbar sein. Aber wer kann oder soll sie wie messen? Unmöglich.“

Das Buch ist in fünf größere Abschnitte und einen Schlussteil mit drei Streitgesprächen unterteilt. Die Frage, wie „erheblich“ juristisch zu fassen sei, beschäftigt die Juristen, ebenso der Ausgleichsvertrag zwischen Preußen und den Hohenzollern von 1926. Die Historiker behandeln mit unterschiedlicher Akzentsetzung nicht nur wie Malinowski akribisch die Ereignisse der Jahre 1932 und 1933, sondern diskutieren auch die Rolle des Kaiserreiches in der europäischen Politik, gehen auf die umstrittene These vom deutschen Sonderweg ein und erörtern den heutigen rigiden Moralismus über jedes kleinste historische Geschehen.

Mit Blick auf Kulturgüter, die wichtiger Gegenstand im juristischen Streit sind, beklagt der schon erwähnte Ottomeyer den generell vielfach fahrlässig und gedankenlos erfolgten Ausverkauf uneretzlicher Kulturschätze aus deutschen Fürstenthümern (Thurn und Taxis, Ba-

den). Das Kulturschutzgesetz von 2016 habe bislang „keine Verbesserung“ gebracht. Sein betrübtetes Fazit: „Das ‚Tafelsilber‘ ist rasch verkauft, aber der Verlust ist endgültig.“ Ebenfalls in diesem Abschnitt zeigt Herausgeber Kroll, wie ehemalige Königs- und Fürstenthümer in den süd- und südosteuropäischen Staaten restituiert wurden, teilweise – wie in Rumänien – äußerst nobel, in Bulgarien zögerlich, in Griechenland halbherzig, in Italien bislang gar nicht. Manche Maßnahmen könnten, so Kroll, auch Deutschland ein Beispiel sein.

Dass ein solches Thema Temperament hervorruft, ist verständlich. Aber ausgerechnet Kroll gehen dabei die Pferde durch. So schilt er Malinowski und andere als „Kammerjäger, Stubenjakobiner und selbsternannte Aufklärer“. Richtig ist, dass wissenschaftliche Debatten kontrovers geführt werden können und sollen; aber der Anstand sollte gewahrt bleiben.



Stephan Malinowski: „Die Hohenzollern und die Nazis. Geschichte einer Kollaboration“, Propyläen Verlag, Berlin 2021, gebunden, 752 Seiten, 35 Euro



Frank-Lothar Kroll/Christian Hillgruber/Michael Wolffsohn (Hg.): „Die Hohenzollerndebatte. Beiträge zu einem geschichtspolitischen Streit“, Duncker & Humblot Verlag, Berlin 2021, gebunden, 430 Seiten, 29,90 Euro

SCHICKSAL

Wie ein Zugvogel

Die Königsbergerin Sigrid Uhlig erlebte als Kleinkind das Kriegsende – Unsicherheit und Furcht bestimmten ihre Kindheit

Ich bin 1942 in Königsberg geboren. Vor dem Krieg wohnten wir im Stadtteil Unterhaberberg in der Borchertstraße. Gern hätte ich Siegfried Lenz und Marion Gräfin Dönhoff aus Ostpreußen persönlich kennengelernt. Leider ist es beim Wollen geblieben.

Wir waren zu Hause fünf Geschwister, ein Junge und vier Mädchen. Meine Geschwister waren alle bedeutend älter als ich. Königsberg wurde total zerstört. Die wenigen brauchbaren Wohnungen oder Häuser wurden von den russischen Soldaten bewohnt, die ihre Familien nachgeholt hatten. Es gab eine Behörde, die in leerstehende Wohnungen/Häuser in der Stadt und auf dem Land Menschen einquartierte.

Manche Behausungen waren in einem derart desolaten Zustand, dass sie nur zu bestimmten Jahreszeiten bewohnbar waren. Bei denen, die in Ordnung waren, kamen oft die Besitzer zurück. Ohne festen Wohnraum gab es keine Arbeit und ohne Arbeit keine Lebensmittel. Wir sind nicht geflüchtet, obwohl wir es vorhatten. Die Schiffe wurden bombardiert. Deshalb blieben wir in Königsberg. Nach meinem Empfinden waren die Lebensmittel nach dem Krieg noch knapper als während des Krieges. Einer von der noch vorhandenen Familie war immer unterwegs, um Lebensmittel aufzutreiben. Es gab keine Esskastanien mehr und alles an Kräutern und Gräsern, was sich zu Lebensmitteln verarbeiten ließ, war abgerentet. Es gab auch kein Heizmaterial.

Lebensmittel waren knapper als während des Kriegs

Mein Vater war auch nicht mehr in Königsberg. Er arbeitete auf einer Kolchose in einiger Entfernung als Dolmetscher, da er gut Polnisch und Russisch sprach. Die Russen setzten die deutschen Arbeitskräfte dort ein, wo sie gebraucht wurden. Wir, meine Mutter, meine Schwester Herta und ich, wurden vorübergehend auf dem Land untergebracht und waren in einem Treck auf dem Weg von der Stadt aufs Land. Zum Abend gerieten wir an eine Steinbaracke, bestehend aus einem sehr großen Raum und einem kleinen. Mütter mit Kindern und Kranke kamen in den kleinen Raum. Dort gab es einen großen Kachelofen. Irgendwer trieb ein paar Äste auf. Der Ofen wurde nur lauwarm. Jeder hielt seine Hände dran, und ein kleines Gefühl von Wärme entstand. Es gab auch zwei Betten, nur mit Matratze ohne etwas zum Zudecken. Ein Bett bekamen meine Mutter und ich, das andere blieb auch nicht leer.

In unserem Zimmer war unter anderem ein sehr großer dicker Mann. Er barmte, wie krank er sei und wie schwer das Leben. Die Menschen waren erschöpft und hungrig und nach kurzer Zeit verbateten sie sich das Gerede, denn es ging allen so. Alle anderen setzten sich auf den Fußboden, rückten eng zusammen und schliefen ein. Meine Mutter muss furchtbare Schmerzen gehabt haben. Sie schrie. Die anderen Flüchtlinge beschwerten sich deswegen. Gegen Morgen wurde ich wach und fror erbärmlich. Ich wollte näher an meine Mutter heranrücken und stellte fest, dass sie nicht mehr neben mir lag, sondern dieser unsympathische dicke Mann. Es war noch dunkel. Meine Schwester konnte ich nicht sehen. Ich fühlte mich so was von verlassen unter diesen vielen fremden Menschen und diesem Mann neben mir und begann laut zu weinen.

Wieder wurde der Schlaf der Flüchtlinge unterbrochen. Meine Mutter war in



Nach dem Zweiten Weltkrieg: Leben im zerstörten Königsberg

Foto: Bildarchiv Ostpreußen

der Nacht gestorben. Man hatte sie auf den wieder kalten Kachelofen gelegt und dieser Mann hatte durchgesetzt, dass er sich in das Bett legte.

Es dauerte einige Zeit, bis meine Schwester unter den vielen Schlafenden zum Vorschein kam. Sobald es hell wurde, verließen wir das Gebäude. Im Vorbeigehen nahmen die Menschen von meiner Mutter Abschied. Ich sollte nicht hingucken, aber alle gingen dicht gedrängt so vorbei, dass sie sie anschauten, sodass ich das Gleiche tat. Erst da sah ich sie auf

dem Ofen liegen. Ein Mann schien für den Treck verantwortlich zu sein. Woher er einen Spaten mit einem zerbrochenen Stiel nahm, weiß ich nicht. Meine Mutter wurde notdürftig begraben. Als mein Vater davon erfuhr, grub er sie aus und beerdigte sie auf einem Friedhof.

Als einmal die Not besonders groß war, fingen meine Schwestern eine Katze. Sie war nur Haut und Knochen. Sie wurde geschlachtet und gekocht. In den Topf schauten mehr Augen rein als Fettaggen raus. Junge russische Soldaten besuchten

uns. Sie wollten den Krieg für kurze Zeit vergessen. Einer war betrunken und wollte Herta vergewaltigen. Sie beschimpfte ihn als Schwein. Das war das schlimmste Wort, das es für sie gab. Er legte sein Gewehr auf sie an. Die anderen Soldaten gingen dazwischen. Eine Zeit lang kamen immer dieselben. Einer hatte einen etwas höheren Rang. Sie benahmen sich sehr ordentlich und höflich und wollten mit Gleichaltrigen zusammen sein.

Manchmal lagen wir schon im Bett. Ich war eingeschlafen. Der Ranghöhere saß neben mir und wollte mich sehen. Ganz vorsichtig nahm er etwas die Decke weg. Kaum, dass ich die Augen aufhatte und eine russische Uniform sah, begann ich zu schreien. Wir hatten die Angst vor den Russen bereits mit der Muttermilch eingesogen. Alle lachten. Er half, mich zu beruhigen und sagte, ich solle mir was wünschen. Ich wünschte mir Schokolade. Meine beiden Schwestern waren entsetzt. Wo sollte er in diesen Zeiten Schokolade hernehmen? Er sagte nur: „Du bekommst Schokolade!“

Der russische Soldat opferte seine Notration

Als er das nächste Mal kam, schlief ich schon wieder. Er weckte mich. Auf dem Nachtschrank lag ein Riegel Schokolade. Ich durfte ihn allein essen. Lange hörten wir nichts mehr von ihnen, aber als sie wiederkamen, war der Schokoladengeber nicht dabei. Sie erzählten, er sei bei einer kämpferischen Handlung erschossen worden. Die Schokolade war seine Notration gewesen.

Meine Tante Minna hatte eine eigene Wohnung. Einige Zeit lebte ich mit meiner Schwester Herta bei ihr. Mit Minna waren wir in der Stadt unterwegs. Wir hatten gerade eine Kreuzung überquert, da lag quer ein Torso mit Kopf auf dem Fußgängerweg. Das Gesicht sah aus, als würde es lachen. Die Tante zog mich schnell vorbei. Ich fragte sie, warum er lacht, wenn er doch tot war.

Der große Hunger führte dazu, dass man sogar normale Kastanien mitbrachte. Minna legte sie in die Glut des Kachelofens. Wir probierten, sie zu essen. Sie waren so bitter, dass uns davon übel wurde. Kartoffeln waren knapp. Manchmal gab es Salzkartoffeln. Die Schalen wur-

den für den nächsten Tag aufgehoben, davon gab es Kartoffelsuppe. Meine Schwester Herta starb im Februar 1946 an Typhus, auch Minna verstarb. Irgendwann waren meine Schwester Hildegard und ich der Rest der Familie. Sie musste dafür sorgen, dass wir etwas zu essen bekamen. Ich war vier, lernte die Türe verschließen, wenn ich die Wohnung verließ, um auf die Toilette zu gehen, wenn es dunkel war, kein Licht anzumachen, damit die Russen denken sollten, es wohne niemand darin, und mich dort aufzuhalten, wo man mich nicht sah, wenn jemand durchs Schlüsselloch spähte.

Reise von Kinderheim zu Kinderheim

Wenn meine Schwester nicht zu einer bestimmten Zeit zurück war, bekam ich Angst, dass ich ganz allein sein würde. Weinen durfte ich nicht. Die Wohnung war oft nicht geheizt, und so verbrachten wir viel Zeit im Bett. Wegen der mangelhaften Ernährung wurden schon simple Erkältungen zum Problem. Meine Schwester wurde krank und kam ins Elisabeth-Krankenhaus. Dort war in einer Etage ein Kinderheim, in das ich später auch kam. Das Kinderheim wurde im August/September 1946 von Königsberg an einen Ort an der Ostsee verlegt. Im Februar 1947 begann die Reise des Kinderheims nach Mitteldeutschland im Güterwaggon. Ich habe später immer auf dem Gebiet der DDR gelebt.

Egal wie klein oder jung wir waren, wir gehorchten, weil wir wussten, es war überlebensnotwendig. Dazu kamen in den ersten Jahren meiner Grundschulzeit die Beschimpfungen als Ausländerin. Mich wehren und durchsetzen lernte ich mit dem Eintritt ins Berufsleben. Die Ausländerin, die keine war und nur einen anderen Dialekt sprach, wollte nicht aufpassen, nicht beobachtet und möglichst in Ruhe gelassen werden.

Der Krieg und die Nachkriegszeit haben mir und vielen anderen die Kindheit gestohlen. Nicht nur der Krieg hat viele Familien auseinandergerissen. Die Teilung Deutschlands setzte den I-Punkt drauf. Richtig schlimm empfand ich es nach der Mauerschließung am 13. August 1961. Mein Vater, meine Schwester Hildegard und ich, wir fanden uns auf dem Gebiet der DDR 1950 wieder. Mein Bruder war in Gefangenschaft geraten und auf dem Gebiet der Bundesrepublik entlassen worden. Ich denke, ein Teil der Republikfluchten lag darin begründet, dass sich Familien aus beiden deutschen Staaten nicht gegenseitig besuchen konnten.

Was bedeutet für mich Heimat? Über diese Frage habe ich viel nachgedacht und keine befriedigende Antwort gefunden. Wirklich zu Hause fühle ich mich in meiner Wohnung. Königsberg ist mein Geburtsort, gilt mir nicht als Heimat. Obwohl es noch Erinnerungen an die lange deutsche Zeit gibt, ist es keine deutsche Stadt mehr, sondern eine typisch russische. Vielleicht, wenn wir dortgeblieben wären?

Ich komme mir vor wie ein Zugvogel. Einmal im Jahr muss ich raus aus Deutschland, irgendwohin in die weite Welt. Aufgezeichnet von Silvia Friedrich



Elisabeth-Krankenhaus in Königsberg: Hier befand sich ein Kinderheim, in dem Sigrid Uhlig und ihre Schwester untergebracht wurden

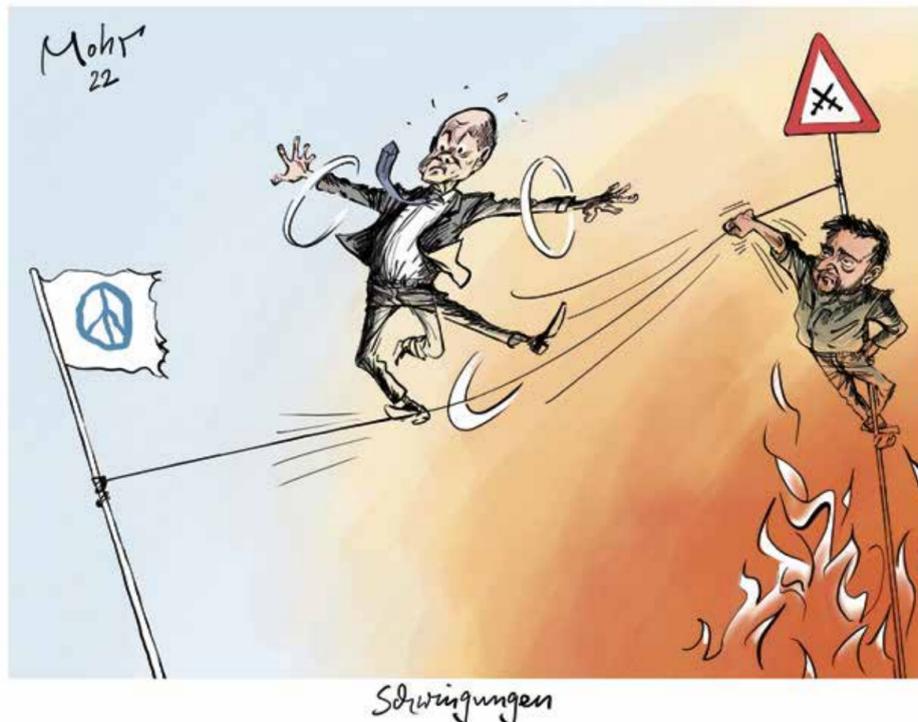
Foto: Bildarchiv Ostpreußen



Sigrid Uhlig: „Sonnensamenblumen geflüstert“, Engelsdorfer Verlag, Leipzig 2019, Taschenbuch, 169 Seiten, 12 Euro

● AUFGESCHNAPPT

Gewissenhaftes berufliches Engagement kann hart bestraft werden. Das musste Stephan Kohn erfahren. Der Oberregierungsrat, der im Bundesinnenministerium im Bereich „Schutz kritischer Infrastrukturen“ arbeitete, wurde aus dem Beamtenverhältnis entfernt. Kohn hatte im Frühjahr 2020 auf breiter Grundlage eine Analyse der Corona-Maßnahmen vorgenommen und festgestellt, dass die Kollateralschäden den angestrebten Nutzen bei Weitem überstiegen. Die Regierung habe „kopfflos“ gehandelt (die PAZ berichtete). Kohns Analyse erwies sich aus heutiger Sicht als weitgehend zutreffend. Selbst in der aktuellen Lage dürfte eine Reihe von Versorgungsengpässen Folge der Maßnahmen und nicht des Ukrainekrieges sein. Vorgeworfen wurden Kohn, dessen Analyse in die Öffentlichkeit gelangt war, ein verletzte Vertrauensverhältnis, missachtete Vorschriften, der nicht eingehaltene Dienstweg und Ähnliches. Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit seiner Arbeit ist seitens der Regierung jedoch nie erfolgt. E.L.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Matthias Schrappe, emeritierter Professor für Innere Medizin und von 2007 bis 2011 Vizechef des Sachverständigenrats zur Begutachtung im Gesundheitswesen, sagt gegenüber „heise.de“ (18. März), warum die Impfpflicht scheitert – und wieso viele Abgeordnete des Bundestages das nicht zugeben:

„Die Impfpflicht wird genauso wie in Österreich scheitern. Das Konzept ist unausgegoren und weder hinsichtlich Eignung, Notwendigkeit noch Verhältnismäßigkeit zu begründen ... Ich denke, viele der Abgeordneten können ohne Gesichtsverlust nicht zurück. Sie haben nicht die Kraft einzugestehen, dass sie sich auf den Holzweg begeben haben. Anders ist es nicht zu erklären – was aber ein Riesenproblem darstellt.“

Der bekannte US-Politikwissenschaftler Francis Fukuyama glaubt an einen Sieg der Ukrainer und ist zuversichtlich hinsichtlich der Folgen des russisch-ukrainischen Krieges. In der „Neuen Zürcher Zeitung“ (16. März) sagt er voraus:

„Putin wird die Niederlage seiner Armee nicht überleben. Er erhält Unterstützung, weil er als starker Mann wahrgenommen wird; was hat er noch zu bieten, sobald er seine Unfähigkeit unter Beweis gestellt hat und seiner Machtmittel beraubt ist? ... Eine russische Niederlage wird eine ‚Wiedergeburt der Freiheit‘ ermöglichen, und sie wird den Blues vom Niedergang der globalen Demokratie vertreiben. Der Geist von 1989 wird weiterleben, dank den mutigen Ukrainern.“

Nach der Corona-Pandemie dient jetzt der Ukrainekrieg als Vorwand für eine, vor allem von Frankreich geforderte, gemeinsame Schuldenaufnahme der EU. Jörg Krämer, Chefvolkswirt der Commerzbank, warnt in der „Welt“ (19. März) vor den Folgen:

„Gemeinsame Anleihen schaffen gefährliche Anreize. Die Staaten geben Geld aus, ohne sich selbst am Kapitalmarkt verschulden zu müssen. Stattdessen laden sie die Schuldenaufnahme bei der EU ab. Die Staaten sind für die Folgen ihrer Mehrausgaben nicht mehr direkt verantwortlich. Das schafft Anreize für unsolidere Haushalte. Aber am Ende müssen die Bürger in der EU die Schulden zurückzahlen.“

● WORT DER WOCHE

„Während anderswo Menschen über die großen Fragen der nationalen Bestimmung und der Religionsfreiheit kämpfen und sterben, werden Woke andere Menschen canceln, weil sie falsche Pronomen verwendet haben.“

Daniel Greenfield, auf seinem Blog (16. März) zur Unfähigkeit, politisch korrekter („woker“) Zeitgenossen, die Wirklichkeit unserer Epoche zu erkennen

DER WOCHENRÜCKBLICK

Plötzlich von gestern

Wie die „Spitzen des Fortschritts“ zu Dinosauriern wurden, und wie alles noch ein bisschen bizarrer geht

VON HANS HECKEL

Stellen Sie sich vor, Sie seien gerade erst Mitte 20 und hätten sich bislang wie die spitzeste Spitze des Fortschritts gefühlt, wie die personifizierte Zukunft selbst. Doch dann passiert plötzlich etwas Ungeheuerliches und Sie finden sich über Nacht in der Rolle des politischen Dinosauriers wieder. Brutal weggepusht vom Meteoriten-Einschlag der Geschichte, völlig aus der Zeit gefallen, ganz und gar von gestern.

Wenn Sie sich dieses Drama vorstellen können, dann ahnen Sie, wie sich Luisa Neubauer gerade fühlt. Auf einer Diskussionsveranstaltung zum Thema „Feministische Außenpolitik“ machte das deutsche Gesicht von „Fridays for Future“ ihrem gemarterten Herzen Luft. „Diffus und beklemmend“ empfinde sie die Gefühlslage in Deutschland. Es ist wohl eher ihre eigene Gefühlslage. „Diffus“, weil sie mit den historischen Umwälzungen seit Ausbruch des Ukrainekrieges einfach nichts anfangen kann. Mit aller Gewalt versucht sie stattdessen, die neue Zeit durchs alte Sieb ihrer alten ideologischen Dogmen zu quetschen. Dabei herausgekommen ist ein Phrasenbrei, der an Erbrochenes erinnert. Das kann einen schon „beklemmen“.

Tapfere Männer, die an der Front für den Sieg und die Freiheit ihres Landes kämpfen. Frauen und Kinder, die derweil in Sicherheit gebracht werden? Solche Bilder haben in Neubauers Welt keinen Andockpunkt. „Wir erleben einen militaristischen und patriarchalen Rückschritt in eine Zeit, von der man glaubte, sie überwunden zu haben“, so die zutiefst Irritierte. Ihr sekundiert die Feministin Kristina Lunz, die gerade erst ein Buch über „Feministische Außenpolitik“ veröffentlicht hat, am 24. Februar, Punktlandung!

Für Lunz steht fest: „Wir brauchen eine Abkehr vom Fokus auf militärische Sicherheit hin zu menschlicher Sicherheit.“ Und Neubauer ergänzt: „Frieden im 21. Jahrhundert heißt, Klimagerechtigkeit einzufordern.“

Zusammengefasst: Wir müssen die Waffen niederlegen und Windräder aufstellen. Dann passiert auch kein Krieg mehr. Etwas anderes zu denken, ist „militaristisch und patriarchal“. Lunz räumt ein: „Das sind Utopien, aber die sind energie- und sinngebend.“ Und das sei „eine gute Sache“. So gondeln sie in ihrer energiegeladenen und sinngebenden Zeitkapsel durch eine Welt,

die sie nicht mehr verstehen. Eigentlich müsste man sie beneiden.

In jener Kapsel sind sie nicht allein. Da stecken noch andere Leute drin, die es in ihrer Wirklichkeitsverdrängung durchaus noch einen Zacken schärfer treiben können, wie uns die (in den USA lebende) pakistanische Autorin Rafia Zakaria vorführt. Im Interview mit der „Welt“ reichert sie unser Wissen noch um den Aspekt Rassismus an, der natürlich weiß sei und mit dem sich sogar weiße Feministinnen angesteckt hätten. Sie bestand darauf, dass im Abdruck des Gesprächs „weiß“ klein und kursiv und „schwarz“ durchweg groß und normal gedruckt wird, „um die soziale Dimension der Begriffe hervorzuheben“, wie uns im Abspann erklärt wird.

Zusammengefasst lautet ihre These: Der Westen ist an allem schuld und die „Schwarzen“, womit sie auch die Orientalen meint, sind die Opfer. Wie originell. Die Frage, ob sie sich in den USA als Frau freier fühle als in Pakistan, findet Zakaria „unfair“. Schließlich sei Pakistan jahrelang von den Briten besetzt gewesen, und die hätten auch die Grenzen des Landes gezogen.

Ganz schlimm sind die Polen!

Aha. Die Unterdrückung der Frau kam also erst mit den Briten ins Land. Und eine ganz wesentliche Ursache für die Unfreiheit ist es, dass eine fremde Macht die Staatsgrenzen fixiert hat. Demzufolge müssten die Frauenrechte in Deutschland in etwa dem Stand des talibanischen Afghanistan entsprechen. Denn alle im 20. Jahrhundert gezogenen Außengrenzen unseres Landes wurden bekanntlich von fremden Siegermächten diktiert: Oder-Neiße, Eupen-Malmedy, Elsass-Lothringen ebenso wie die Grenze quer durch das alte Herzogtum Schleswig.

Überhaupt, „Frauenrechte“ – was ist das eigentlich? Da hat die antirassistische Feministin Zakaria eine ganz eigene Lesart: „Wenn man ständig über Zwangsehen und Genitalverstümmelung spricht, ist das eine Priorisierung des Westens.“ Die Frauen im muslimischen Raum finden das also alles gar nicht so schlimm. Oder regen sich bloß künstlich darüber auf, die blöden Weiber.

Besonders unappetitlich findet die junge Pakistanerin, die Pakistan ganz toll findet und deshalb lieber in den USA lebt, die Polen. Ja, die Polen! Die hätten Millionen für eine Mauer ausgegeben, um Flüchtlinge aus Afghanistan und Syrien abzuwehren, aber jetzt

Wir brauchen keine Waffen, sondern Windräder. Dann gibt es auch keine Kriege mehr, meint Luisa Neubauer



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

öffnen sie alle Türen für die flüchtenden Ukrainer. Warum? Natürlich, weiß Zakaria, weil die Ukrainer „weiß“ seien. Die orientalischen Länder wären nie so rassistisch, liest man zwischen den Zeilen. Ja, wir erinnern uns, wie die reichen arabischen Ölfürstentümer seit 2015 ihre Türen weit öffneten für die Flüchtlinge aus Syrien und dann Afghanistan. Wie jetzt? Sie erinnern sich nicht daran?

Sie brauchen nicht in Ihrem Tagebuch zu stöbern, um Ihre Erinnerungslücken aufzufüllen. Sie werden dort nichts finden. In Wahrheit haben die steinreichen muslimischen Öl-Länder am Golf die Türen fest verschlossen gehalten für ihre muslimischen Brüder aus Syrien oder Afghanistan. Viel lieber importieren sie pakistanische Billigarbeiter, die auf den Prunkbaustellen der Emire für einen Hungerlohn schufteten und sterben dürfen, ehe man sie Mann für Mann wieder in ihre Heimat zurückschickt, sobald sie nicht mehr gebraucht werden. Aber vermutlich mache ich mich hier nur wieder der „westlichen Priorisierung“ schuldig, wenn ich das so sehe.

So krallen sich die einen, wie Neubauer und Lunz, verbissen in die Klischees ihres abgewrackten Zeitgeistes, während andere wie Zakaria die ideologischen Irrläufe der alten Zeit sogar noch einmal ins völlig Bizarre steigern – wie in einem letzten, hysterischen Aufbläuen. Es geht aber noch ein bisschen besser, also schlechter, indem man den pathetischen Dünnsinn der jüngsten Vergangenheit mit einem Ungeist vermählt, der sogar noch älter ist und längst überwunden geglaubt war.

Laut „Tagesspiegel“ hat der Waffenhersteller Heckler & Koch Mitarbeiter mit russischen Wurzeln aus der Abteilung „Beschuss“ abgezogen, wo die Waffen geprüft werden. Die Betroffenen seien Deutsche, einige hätten sogar bei der Bundeswehr gedient. Aber sie hätten einen familiären Hintergrund, der „auf Russland oder andere Nachfolgestaaten der Sowjetunion hinweist“, wie wir erfahren. Die Maßnahme erfolge mit dem „Ziel, unsere Mitarbeiter und ihre Familienangehörigen zu schützen“, so die Firma. Schützen? Wovon?

Egal, denn: „Den Vorwurf der Diskriminierung weisen wir auf das Schärfste von uns“, insistiert Heckler & Koch. Ja sicher, weltoffen und bunt und so. Die Gewerkschaft findet die Maßnahme übrigens „nicht verhältnismäßig“. Das ist alles? Wie niedlich. Wir hätten da Ausdrücke parat, die in einer Zeitung wie dieser aus hygienischen Gründen nicht gedruckt werden.